Klassenkampf

Kommunistisches Organ für den Bezirk Halle-Merseburg

Der „Klassenkampf" erscheint jeden Werktag nachmittag, außer Sonn- und Feiertag. Bezugspreis: frei Haus monatlich 2.30 Mark, durch die Post bezogen 2.00 Mark ohne Zustellungsgebühr. Verlag und Druck: Produktiv-Genossenschaft für den Bezirk Halle-Merseburg eGmbH. Halle, Lerchenfeldstraße 14

Mit der Illustrierten Arbeiter-Zeitung **Der Rote Stern**

Anzeigenpreis: 13 Pf. f. d. mm Höhe u. Spalte; 70 Pf. im Textteil. Fernrufe: (Red.) 21045. (Verl.) 21047, (Prod.-Gen.) 22281. Telegr.-Adr.: Klassenkampf Halle. Bankkonten: Commerz- u. Privat-Bank Halle; Friedmann & Co. Halle; Kreisbank d. Saalkreises. Halle. Postscheckkonto: Leipzig 106848 Fritz Kroh, Halle.

Einzelpreis 15 Pf. | Halle, Mittwoch, 20. Februar 1929 | 9. Jahrgang • Nr. 43

Spaltungsoffensive der Gewerkschaftsführer

DMV.-Bezirksleiter Rößler legt den kommunistischen Ortsverwaltungsmitgliedern schamlose Reverse vor — Gesinnungszwang und Spaltungsterror im Interesse der Koalitionspolitik

Betriebe, antwortet den Spaltern

durch geschlossenes Auftreten unter Führung der Gewerkschaftsopposition

Halle, 20. Februar.

Ausgerechnet der „links"sozialdemokratische Bezirksleiter Rößler, Halle, hat im Auftrage der sozialimperialistischen Führer der SPD. den ersten Schlag zur Spaltung der freien Gewerkschaften durchgeführt. Der Mann, dessen ganze Tätigkeit seit seiner Gastrolle in der USPD. in nichts anderem besteht, als in der schmutzigsten Hetze gegen die Kommunisten, hat damit eine Aufgabe erhalten, die hundertprozentig der Rolle dieser linkssozialdemokratischen Ehreleure entspricht. Im Auftrage des Hauptvorstandes des DMV. hat er nämlich sieben kommunistischen Genossen der Ortsverwaltung des DMV. Halle folgenden Revers zur Unterschrift vorgelegt, der in seiner Endkonsequenz auf nichts weiteres hinausläuft, als auf die Spaltung der Gewerkschaften. Der Revers lautet:

Das Dokument der politischen Erpresser

Erklärung, vorgelegt der hallischen Ortsverwaltung des DMV. auf Veranlassung des Hauptvorstandes durch Bezirksleiter Rößler

Unterzeichneter erklärt, daß er die Beschlüsse der Kommunistischen Internationale und der Zentrale der KPD. in der Gewerkschaftsfrage nicht anerkennt und sich dagegen wendet, falls Außenstehende oder Mitglieder des DMV. versuchen sollten, diese innerhalb der Organisation zu propagieren.

Für mich als Mitglied der Ortsverwaltung des DMV. ist nur maßgebend das Statut, Verbandstagsbeschlüsse sowie Anweisungen des Vorstandes und der Bezirksleitung. Gegenüber den letzten Beschlüssen der Kommunistischen Partei zur Betriebsrätewahl mache ich ausdrücklich hervor, daß für mich der Beschluß des Verbandstages in Karlsruhe maßgebend ist, der die Beschlüsse des erweiterten Beirats von 1920, des Gewerkschaftskongresses in Leipzig von 1922 sowie vorhergehender Verbandstage betrifft.

Es ist mir bekannt, daß der Beschluß des Verbandstages zu Kassel zwingend vorschreibt:

a) Die Wahl der Betriebsräte muß nach einheitlicher freigewerkschaftlicher Kandidatenliste erfolgen.

b) Eine Organisation innerhalb der Organisation ist unzulässig und mit den Verbandsinteressen unvereinbar.

c) Kein Mitglied darf im Verband eine Tätigkeit ausüben, nach Anweisung von Stellen, die außerhalb der Organisation stehen.

d) Für die Einberufung von Gewerkschaftsversammlungen und Kongressen, Betriebsrätekonferenzen, Ortsausschüssen des ADGB. usw. sind zuständig die in den Statuten der Gewerkschaft vorgesehenen Organe.

Ich bin mir dessen bewußt, daß ein Verstoß gegen die Beschlüsse meinen Ausschluß aus dem Deutschen Metallarbeiterverband zur Folge hat.

*

Dieses schamlose Erpresserdokument kommt nicht von ungefähr. Es ist die konsequente Fortsetzung aller Versuche der reformistischen Bureaukratie, die Linksbewegung der Arbeiterklasse zu zersetzen, ihre wachsende Kampfkraft zu schwächen und die sich in den Betrieben unter Führung der Gewerkschaftsopposition immer mehr entwickelnde Einheitsfront der Arbeiterklasse zu zerstören.

Je weiter die sozialdemokratischen Führer nach rechts marschieren, je enger sie mit dem Staatsapparat der Trustbourgeoisie und mit dem Trustkapital selbst verwachsen, je mehr sie auch im Interesse des Unternehmerprofites auf die Verhinderung aller Wirtschaftskämpfe, der Bekämpfung jeder Lohnerhöhung und der Forderung nach Achtstundentag sich einsetzen müssen, je brutaler sie alle Forderungen der Erwerbslosen im Namen der Bourgeoisie bekämpfen, je intensiver sie die sozialimperialistische Wehrpolitik des neudeutschen Imperialismus betreiben, je brutaler müssen sie gegen die wachsende Opposition innerhalb der Gewerkschaften und besonders gegen die Führer dieser Opposition, die Kommunisten, vorgehen.

Daß dieser erste Schlag zur Spaltung der Gewerkschaften ausgerechnet im Deutschen Metallarbeiterverband, Ortsverwaltung Halle, geführt wird, hat ebenfalls seine Gründe. Die Metallarbeiterschaft von Halle ist trotz aller Versuche durch die Rößler und Konsorten, **sie von unserer Führung loszulösen, ein festes Bollwerk im Kampf gegen den Reformismus geblieben.** Gerade die gute proletarische Einstellung der hallischen Metallarbeiter hat in dem letzten Jahr das Organisationsverhältnis gestärkt. Viele hundert neue Mitglieder sind durch die Kommunisten dem Deutschen Metallarbeiterverband zugeführt worden. Parallel damit ging auch das Wachsen des Klassen- und Kampfbewußtseins, der entschiedene Wille, unter Führung der Kommunisten, den Reformismus restlos zu schlagen und den Arbeitermassen bessere Existenzbedingungen zu erkämpfen.

Gerade weil sich hier die Linksbewegung des deutschen Proletariats mit am schärfsten herausgebildet hatte, mußte hier zuerst der Schlag geführt werden. Den Rößler und Konsorten kommt es dabei nicht darauf an, daß das zerstört wird, was von dem gesamten Funktionärkörper des Metallarbeiterverbandes in unendlich zäher und beharrlicher Kleinarbeit aufgebaut worden ist.

Weiter ist es besonders die hervorragende Bedeutung, die Mitteldeutschland im Kampf gegen die Trustbourgeoisie und gegen die Kriegsgefahr spielt, die die Reformisten veranlaßt hat, hier zuerst loszuschlagen. In der Ortsverwaltung Halle des Deutschen Metallarbeiterverbandes sitzen Kommunisten, die an der Spitze von Betrieben stehen, die morgen schon in riesigen Mengen Giftgase, Tanks, Munitionswagen, Granaten usw. für den Krieg herstellen können. Das mitteldeutsche Wirtschaftsgebiet wird bei dem kommenden Krieg eine entscheidende Rolle spielen und

die Entscheidung darüber, ob die mitteldeutsche Metallarbeiterschaft den Kriegskurs der Sozialdemokratie mitmacht oder den Bürgerkrieg gegen den Krieg erklärt, liegt im wesentlichen darin, wer die Gewerkschafts- und Betriebspositionen im Bezirk Halle-Merseburg in den Händen hält.

Durch diese Tatsache entlarvt sich dieses neue Spaltungsmanöver der Rößler u. Ko. als ein verbrecherischer Akt im Interesse der Vorbereitung des Krieges, denn nicht die Sozialdemokraten, die Daniel, ehemaliger Betriebsrat von Leuna, jetzt Merseburger Wohlfahrtsdirektor, Krüger, ehemaliger Gewerkschaftssekretär, jetzt Polizeipräsident von Weißenfels, Merseburg, Leuna, Zeitz, Waentig, Novembersozialist, bürgerlicher Professor und Nachfolger des „Schmiedes" Hörsing, Beims, ehemaliger Holzarbeiter, jetzt reaktionärer Bürgermeister von Magdeburg, Claus, Golostein, Stammer und Konsorten, werden das Proletariat zum Kampf gegen den Krieg aufrufen. Im Gegenteil, sie werden das Proletariat zum „Durchhalten" veranlassen und die Kommunisten einsperren und verfolgen.

Heute spalten sie im Interesse der Politik der Trustbourgeoisie die Gewerkschaften, morgen werden sie noch offener jenseits der Barrikaden stehen und die Maschinengewehre gegen das Proletariat kommandieren, wenn es sich gegen den Kriegskurs des neudeutschen Imperialismus erhebt.

(Fortsetzung auf Seite 2)

Rundfunk-„Attentäter" vor Gericht

(Eig. Meldg.) Berlin, 19. Februar.

In einem dichtbesetzten, für die Zuhörermassen viel zu kleinen Gerichtssaale des Schöffengerichts Neukölln wurde heute gegen die Genossen Dr. Karl Frank, Scherlinsky und Peuke wegen der

Entführung des „Vorwärts"-Redakteurs Schwarz

in der bekannten Rundfunkaffäre während des Panzerkreuzer-Volksentscheids verhandelt. Genosse Frank wurde zu 4 Monaten, die Genossen Scherlinsky und Peuke zu je 3 Monaten Gefängnis verurteilt. Außerdem erhielten die Genossen Frank und Scherlinsky je 20 Mk. Geldstrafe wegen unbefugten Waffentragens. Bei Genossen Frank wird die fünfwöchige Untersuchungshaft auf die Strafe angerechnet.

In der Urteilsbegründung wurde ausgeführt: Alle drei Angeklagten haben aus innerer politischer Ueberzeugung gehandelt. Obwohl jedoch die Angeklagten in der Person des Redakteurs Schwarz die Sozialdemokratische Partei treffen wollten, haben sie den Redakteur Schwarz durch Nötigung und Freiheitsberaubung persönlich getroffen. Das falle strafverschärfend ins Gewicht. Der Rundfunk sei ein besonders geeignetes Mittel zur Beeinflussung der Oeffentlichkeit; deshalb hat der Staat die Rundfunkverwaltung übernommen, deshalb war auch der „Anschlag" auf den Rundfunk eine Verletzung der Staatsautorität! Eine Haftentlassung Franks, der der geistige Urheber der Rundfunkentführung gewesen sei, könne nicht stattfinden, auch könne Strafaussetzung nicht gewährt werden, weil die Angeklagten in ihrem Schlußwort erklärten, daß sie dieselbe Tat jederzeit wieder begehen würden, wenn das notwendig sei.

Der Verlauf der Verhandlungen

Die drei angeklagten Genossen wurden von den Rechtsanwälten Dr. Apfel und Dr. Löwenthal verteidigt; den Verhandlungsvorsitz führte Landgerichtsdirektor Schäfer, die Anklage vertrat Staatsanwaltschaftsrat Köhler. In den einzelnen Flügeln des Gerichtsgebäudes und am Eingang waren Polizeimannschaften in großer Zahl stationiert. Genosse Frank wurde ungeheuerlicherweise gefesselt ins Gerichtsgebäude geführt und, wie Rechtsanwalt Dr. Apfel mitteilte, bis zur Eröffnung der Verhandlung in einer dunklen Zelle eingekerkert. Weder der Vorsitzende noch der Staatsanwalt wollten diese brutalen Maßnahmen veranlaßt haben. Bei ihrer Vernehmung schilderten die angeklagten Genossen ausführlich, wie sie, auf die Eitelkeit des Redakteurs Schwarz bauend, die Entführung vorbereitet und durchgeführt haben. Unter großer Heiterkeit aller Anwesenden überreichte Genosse Scherlinsky dem Gericht die Kinderpistole, mit der er Herrn Schwarz während der Autofahrt ins Grüne in Schach gehalten hat. Schwarz habe schließlich selbst gebeten, ihn bis in die Nähe von Groß-Zieten mitzunehmen, weil es ihm nach Berlin zu weit war. Genosse Peuke bemerkte, das Motiv für die ganze Sache sei die Absicht gewesen, das bürgerliche Schweigen über den Volksentscheid zu brechen. Er wie auch Genosse Frank verbreiteten sich eingehend über die Stellungnahme der Kommunisten zum bürgerlichen Klassenstaat und gegen die Kriegsrüstungen gegen die UdSSR. und betonten, daß sie durch die Bereitstellung des Rundfunks für den Volksentscheid gegen den Panzerkreuzerbau auch ihrerseits dazu beitragen wollten, den Kampf gegen den neudeutschen Imperialismus zu führen. Es gelang dem Gerichtsvorsitzenden nicht, die Genossen durch ständige Unterbrechungen an den Ausführungen über die politischen Beweggründe ihrer Tat zu hindern.

Gegenüber einem plumpen Versuche des Redakteurs Schwarz, die Kommunistische Partei als solche für die Entführungsaffäre verantwortlich zu machen, erklärten alle drei Genossen übereinstimmend, daß sie ihre Tat voll und ganz auf sich nehmen und von niemandem dazu „angestiftet" worden sind.

Das Urteil ging bei Genossen Frank über den Antrag des Staatsanwalts, der für alle Angeklagte drei Monate Gefängnis beantragt hatte, noch hinaus. Mit diesem Urteil ist nunmehr die „Ehre" der SPD. wieder mal gerettet! Es ist charakteristisch, daß die SPD. zur Wahrung ihrer „Ehre" die Klassenjustiz anrief und daß die Klassenjustiz ihr bereitwilligst zur Hilfe eilte. Die Verurteilung unserer Genossen ändert jedoch nichts daran, daß die SPD. durch die ganze Angelegenheit schwer kompromittiert ist. Die mutige Tat der drei Genossen, die vor der Klassenjustiz stolz und freimütig als Kommunisten aufgetreten sind, wird der Kommunistischen Partei **die Sympathie wachsender Arbeitermassen sichern.**

Eine ganze Ortsverwaltung des BAV. abgesetzt

Der Spaltungskurs der reformistischen Bureaukratie

(Eig. Drahtm.) Essen, 20. Februar.

Vor einigen Wochen traten die Gewerkschaftsbureaukraten an die Ortsverwaltung der BAV.-Zahlstelle Zabernberg heran, um sie auf Grund der Entschließung der Bergarbeiterkonferenz aufzulösen und die Funktionäre ihrer Funktionen zu entheben. Jetzt hat der Hauptvorstand diesen Beschluß durchgeführt und die gesamte Ortsverwaltung abgesetzt. Für Sonntag, den 3. März, ist eine Versammlung anberaumt, in der die Neuwahl erfolgt. Die Bureaukraten lehnten ab, noch irgendwelche Untersuchungen oder Aussprache unter den Kameraden herbeizuführen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019290220-19/fragment/page=0001

(Fortsetzung von Seite 1)

Aber noch aus einem anderen Grunde haben die Handke und Rößler ihren ersten Schlag hier in Halle geführt. In der Ortsverwaltung Halle des DMV. sitzen die aus der Kommunistischen Partei ausgeschlossenen Drescher und König, die während der letzten Metallarbeiterbewegung, die u. a. „Einheit mit den Rößler u. Ko. im Interesse des gemeinsamen Kampfes gegen die Trustbourgeoisie" predigten, der gemeinsamen Front mit denjengen Leuten also, die nur noch an der Spitze der Gewerkschaften stehen, um die Kämpfe um Lohn und Brot im Interesse der Trustbourgeoisie zu verhindern. Auf den weiteren Verrat dieser Leute bauen die Statthalter der Bourgeoisie im Lager der Arbeiterklasse, die Rößler u. Ko., zusammen den praktischen Teil ihres Planes auf.

In den Riß, den Drescher und König mit ihrem Verrat in die Metallarbeiterschaft von Halle sprengten, fällt Rößlers neues Pulver, um ihn weiter zu sprengen, bis zum Bruch der freigewerkschaftlichen Organisation des DMV. in Halle.

Durch nichts kann der Weg der Drescher und König deutlicher als ein Hilfsdienst für den Reformismus und damit für die Trustbourgeoisie entlarvt werden, als durch die Tatsache, daß Rößler dort versucht, den Keil der Spaltung weiter hineinzutreiben, wo ihn im Auftrag der Brandler-Fraktion König und Drescher angesetzt hatten.

Doch die Reformisten aller Schattierungen sollen sich irren! Genau so wenig, wie es gelang, durch die Ausschlüsse von Höder, Lademann und besonders von Karl Lütt ich die geschlossene Front der hallischen Metallarbeiterschaft zu zerbrechen, genau so wenig wird das mit dem jetzigen Manöver gelingen. Genau so wenig wie der von Rößler propagierte und von Drescher und König willig aufgenommene Versuch, einen Gegensatz zwischen der kommunistischen Parteileitung und der Redaktion des „Klassenkampf" einerseits und der Metallarbeiterschaft andererseits herzustellen, fehlgeschlagen ist, wird dieser Versuch, die kommunistischen Funktionäre von ihrer Partei zu trennen, schmählich Schiffbruch erleiden.

Die klare Antwort, die die Metallarbeiterschaft Mitteldeutschlands auf den Vorstoß der Rößler u. Ko. erteilen wird, kann nur die sein:

Wir weichen keinen Schritt breit vor Euch zurück! Jetzt zurückweichen, das hieße, Eurer Mobilisierung der Gehirne für die Interessen der Trustbourgeoisie und ihrer Rüstungs- und Kriegspolitik den Weg bereiten. Gerade weil wir täglich immer mehr erkennen, daß die sozialdemokratischen Führer sich immer mehr und offener zu Feinden der Arbeiterklasse entwickeln, und sich die Kommunistische Partei immer klarer als die einzige Arbeiterpartei, die einzige Führerin des revolutionären Klassenkampfes gegen die Bourgeoisie erweist, werden wir unbekümmert um Eure Drohungen und Einschüchterungsversuche unsere Auffassung mit ganzer Kraft weiterhin vertreten. Die Funktionäre des DMV. sind nicht durch die Verbandsbureaukratie, sondern durch die Mitgliedschaft in satzungsgemäßen Wahlen an die Spitze der Ortsverwaltung gestellt worden. Auf den schändlichen Gesinnungszwang, den Ihr Reformisten auszuüben versucht, um die Spaltung der Gewerkschaften zu provozieren, werden alle wirklich klassenbewußten Mitglieder des DMV. im Bezirke Halle-Merseburg sowohl wie im Reich mit einem energischen Proteststurm antworten.

Alle Betriebe müssen sofort in Belegschaftsversammlungen gegen die Offensive der Verbandszerstörer Stellung nehmen. In allen freigewerkschaftlichen Veranstaltungen muß mit aller Energie und Rücksichtslosigkeit der Kampf gegen diese Provokation geführt werden. Protesttelegramme sind an den Hauptvorstand zu richten und — was die Hauptsache ist — noch viel fester als bisher ist in den Betrieben die Einheitsfront des gesamten Proletariats auf der Basis des Kampfes gegen Koalitionspolitik, Kriegskurs, Schlichtungswesen und Spaltungsmaßnahmen zu errichten. Die gesamte Betriebsrätewahlkampagne hat in diesem Zusammenhang eine ungeheure Bedeutung und muß nun erst recht zur Mobilisierung der Massen und zur Bildung der einheitlichen Klassenfront benutzt werden.

Entfacht den Proteststurm in Betrieb und Gewerkschaft!

Stärkt die Gewerkschaftsopposition! Organisiert den letzten Kollegen zum Kampf gegen Trustbourgeoisie und Reformismus!

Werdet Mitglieder der Kommunistischen Partei! Schafft in jedem Betrieb aktive kommunistische Betriebszellen!

Nun erst recht proletarische Einheitsfront in den Betrieben!

Nieder mit dem Gesinnungszwang, mit den Spaltungsversuchen! Nieder mit dem Schlichtungswesen, der Koalitionspolitik, dem Kriegskurs!

Erst spalten — dann zum Kanonenfutter erziehen

Die Spaltungspolitik des Bundesvorstandes des ADGB. hat, wie wir schon des öfteren aufgezeigt haben, seine tieferen Ursachen. Man will alle revolutionären oppositionellen Elemente in der Sportorganisation unschädlich machen und wirft sie hinaus, löst Kartelle auf, damit die reformistischen Führer in den so gereinigten Sportverbänden desto leichteres Spiel haben, sie im Sinne der Koalitionspolitik zu beeinflussen. Die Ar[illegible] Sportorganisationen sollen, wenn es nach dem [illegible]en jener Herren geht, genau so wie das Reichsbanner das K[illegible]futter für den nächsten imperialistischen Krieg abgeben, den die SPD.-Führer gemeinsam mit der Bourgeoisie vorbereiten. Ein interessantes Beispiel dafür, wie systematisch an die Verseuchung der Hirne [illegible] Arbeitersportler im Sinne des sozialimperialistischen Kurses der SPD.-Führer gegangen wird, wird uns aus Bremen berichtet: Unserem dortigen Bruderorgan, der „Arbeiterzeitung", ging folgende Bekanntmachung des ATSB. mit der Bitte um Veröffentlichung zu:

„Mittwoch, den 13. Februar: Teilnahme des Vereins an der Versammlung in Sielers Festsälen. Referent: Genosse Dr. Deutsch, Wien, (Vorsitzender der Sozialistischen Sport-Internationale) über „Wehrhafte Demokratie".

Der österreichische Sozialdemokrat Deutsch will die Arbeitersportler für das sozialimperialistische Wehrprogramm der SPD.-Führer gewinnen, was auch in den Zeitschriften, die von den reformistischen Sportführern redigiert werden, versucht wird. Unser Bruderorgan lehnte natürlich die Propaganda für diese SPD.-Versammlung, in der Deutsch sprechen sollte, entschieden ab. Dieses Beispiel zeigt nur, wie berechtigt und notwendig der Kampf der revolutionären Opposition in der Arbeitersport- und Turnbewegung ist und daß er verschärft gegen die Reformisten fortgeführt werden muß.

Hungerlohntarif der Kölner Metallarbeiter

soll verlängert werden

(Eig. Drahtm.) **Köln**, 20. Februar.

In den letzten Tagen fand in Köln eine Aussprache zwischen dem Verband der Metallindustriellen und den Gewerkschaften über den Lohntarif statt. Jetzt hat der Metallindustriellenverband den Lohntarif zum 31. März gekündigt und zugleich den provokatorischen Vorschlag gemacht, den bisherigen Lohntarif auf die Dauer von weiteren zwei Jahren unverändert bestehen zu lassen.

Verschärfte Hausknechtsdiktatur des Herrn Loebe

(Eig. Meldg.) **Berlin**, 19. Februar.

Die Hausknechtsdiktatur Loebes im Reichstage wurde heute durch Beschlüsse des Aeltestenausschusses, die von Loebe persönlich beantragt waren, restlos gebilligt. Der Aeltestenausschuß beschloß, dem Präsidenten Loebe weitgehende Vollmachten zur Aufrechterhaltung der „Ordnung" im Reichstage zu geben. Die Zahl der uniformierten und nicht uniformierten Polizei, d. h. also auch der Spitzel, im Reichstage soll erhöht werden. Abgeordnete, die „gegen die Ordnung des Hauses gröblich verstoßen" und aus der Sitzung ausgeschlossen werden, sollen, wenn sie dem Ausschluß nicht Folge leisten, in Zukunft für eine größere Zahl von Sitzungen aus dem Reichstag entfernt werden können und dann das Recht auf die Diäten und auf die Fahrkarten verlieren.

Der Reichstagspolizei wird außerdem der Befehl erteilt, sich in Zukunft an die Immunität von Abgeordneten nicht zu scheren, die mit „störenden" Tribünenbesuchern zusammenwirken, sondern die Abgeordneten sofort zu verhaften. In solchen Fällen soll gegen die Abgeordneten ein Verfahren wegen Hausfriedensbruchs eingeleitet werden. Loebe seinerseits gab im Aeltestenausschuß die Versicherung ab, daß er künftig gegen jedes Schimpfwort und jeden beschimpfenden Zuruf von Abgeordneten mit unnachsichtlicher Schärfe vorgehen wird.

Die Hausknechtsdiktatur Loebes sehte bekanntlich in dem Moment ein, als die sozialdemokratische Fraktion ihre eigenen demagogischen Erwerbslosenanträge niederstimmte und dafür die empörten Proteste der erwerbslosen Tribünenbesucher erntete. Das malen entzog Loebe der kommunistischen Fraktion die Tribünenkarten. Es ist nichts als die Furcht der sozialdemokratischen Verräter vor der Empörung der Massen, die zu der Hausknechtsdiktatur gegen die kommunistische Reichstagsfraktion führte. Die Deutschnationalen und Volksparteiler den sozialdemokratischen Reichstagspräsidenten und seine Fraktion dabei voll und ganz unterstützen, vervollständigt nur dieses Bild. Die Erwerbslosen und die gesamte Arbeiterschaft wird ihre Konsequenzen daraus zu ziehen wissen.

Trotzki ersucht Loebe um Einreise

Beim Präsidenten des Reichstages, dem Sozialdemokraten Loebe, ist ein Telegramm Trotzkis aus Peza eingegangen, wonach dieser unter Berufung auf eine Erinnerungsaufzeichnung Loebes im Reichstag denselben ersucht, ihm die Einreiseerlaubnis zu besorgen.

Zur gleichen Zeit stellt die Räte-Union in einer Erklärung zur Ausweisung Trotzkis noch einmal mit aller Deutlichkeit fest, daß diese Ausweisung wegen antisowjetischer Tätigkeit Trotzkis erfolgt ist. Die besonderen Wünsche Trotzkis haben dabei

Aufmarsch der Erwerbslosen des Niederrheins

Die sozialdemokratischen Delegierten treten in die KPD. ein

Am Sonntag trat im Gewerkschaftshaus Wald bei Solingen die Bezirkskonferenz der Erwerbslosen des Niederrheins zusammen. Anwesend waren 69 Delegierte aus 32 Orten, davon 28 Mitglieder der KPD., 3 Sozialdemokraten, 3 Mitglieder des Kommunistischen Jugendverbandes und der Rest Parteilose. Der Vertreter des Reichserwerbslosenausschusses hielt ein Referat über den Stand der Erwerbslosigkeit und die Forderungen der Erwerbslosen und brandmarkte insbesondere die verräterische Haltung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion bei der Beratung der Erwerbslosenanträge im Sozialpolitischen Ausschuß und im Plenum des Reichstages. In der Diskussion erklärten sämtliche Redner, daß sie sich vollkommen hinter die Forderungen der KPD. stellen und gemeinsam mit ihren kommunistischen Kollegen für deren Durchsetzung kämpfen werden.

Die drei sozialdemokratischen Delegierten ließen erklären, daß nur die KPD. offen und rücksichtslos für die Interessen der Erwerbslosen eintrete, daß die SPD. sie aber im Stich lasse, sie würden daher der SPD. den Rücken kehren.

Diese Erklärung wurde mit großer Begeisterung entgegengenommen. Im weiteren Verlauf der Konferenz wurden die im Reichsausschuß der Erwerbslosen aufgestellten Forderungen an den Reichstag und an die Kommunen angenommen. Die Konferenz wurde in dem festen Willen geschlossen, noch energischer als bisher für die Mobilisierung der Erwerbslosen und für die Durchkämpfung der aufgestellten Forderungen einzutreten.

Kommunisten setzen ihre Forderungen durch

(Eig. Drahtm.) **Berlin**, 20. Februar.

Unter dem Druck der Arbeiter hat gestern die Sitzung des besonderen Stadtverordnetenausschusses den kommunistischen Dringlichkeitsantrag betreffend Hilfsmaßnahmen aus Anlaß der Kälte angenommen. Der Antrag verlangt Massenwärmestuben einzurichten, an Arbeitslose warmes Mittagessen abzugeben, den städtischen Angestellten, die im Freien arbeiten, Schutzkleidung usw. zu liefern, sowie Maßnahmen zur Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln und Kohlen zu treffen. Auch die anderen Punkte wurden angenommen und werden der am Donnerstag stattfindenden Stadtverordnetensitzung unterbreitet.

Erwerbslose stehen zur Partei

26 Neuaufnahmen in einer Erwerbslosenversammlung

Die Erwerbslosen erkennen immer mehr, daß nur die Kommunistische Partei ernsthaft sich für ihre Interessen und Forderungen einsetzt. Die Ortsgruppe Lauenburg (Pommern) der KPD. hatte die Erwerbslosen zu einer öffentlichen Versammlung eingeladen. Der Saal war bis auf den letzten Platz gefüllt. Nach einem längeren Referat setzte eine lebhafte Diskussion ein, in der besonders die Notwendigkeit des gemeinsamen Kampfes der erwerbstätigen und erwerbslosen Arbeiter hervorgehoben wird. Als Erfolg ihrer Arbeit konnte die Lauenburger Ortsgruppe am Schluß der Versammlung 26 neue Parteimitglieder aufnehmen. — Brano!

Barbarische Gefangenenbehandlung

(Eig. Drahtm.) **Berlin**, 20. Februar.

Seit drei Wochen wird der Genosse Walter Schulz in Haft gehalten und einer geradezu barbarischen Behandlung unterworfen. Die Staatsanwaltschaft wirft ihm sogenannte „Zersetzungsarbeit" vor, ohne es bisher für nötig zu halten, die Voruntersuchung gegen den Genossen Schulz abzuschließen. Nun hat man ihm den für jeden Gefangenen selbstverständlichen täglichen Spaziergang entzogen, obwohl der Genosse Schulz sich nicht der geringste hat zuschulden kommen lassen. Nicht genug damit, wird ihm die Auslieferung von Lebensmitteln und Zeitungen, sa selbst theoretischer Bücher verweigert. Da zum Protest herausfordernden Hafthedingungen, denen sa nicht mehr der Genosse Schulz unterworfen ist, strafen alle Behauptungen über „humane Gefangenenbehandlung" Lüge.

„Großer Erfolg" des ADGB.

auf dem Gebiete der Invalidenversicherung

Der ADGB.-Vorstand hat in einer Eingabe an die Reichsregierung zum Ausdruck gebracht, daß er eine sofortige Erhöhung der Grundrenten und eine Herabsetzung der Altersgrenze von 65 auf 60 Jahre nicht wünsche.

Die Reichsregierung hat sofort versuchtaren lassen, daß sie in diesen zwei Punkten der Eingabe des ADGB.-Vorstandes gern Rechnung trage.

Das alles ist kein verspäteter Faschingsscherz, sondern bittere Wahrheit.

Die alten Arbeiter können's bezeugen!

Arbeitsinvaliden, meldet Euch zum Wort

Woll Ihr hungern, damit Panzerkreuzer gebaut werden?

„Der Deutsche", das Tagesorgan der christlichen Gewerkschaften, veröffentlicht in seiner Ausgabe vom 14. Februar eine Mitteilung von besonderer Seite, daß der sozialdemokratische Reichsfinanzminister Hilferding von der Invalidenversicherung 164 Millionen Mark als Reichsanleihe zurückbehält. Die Anleihe ist erst 1935 rückzahlbar. Wörtlich schreibt „Der Deutsche":

„Der Reichsfinanzminister behält rund 164 Millionen Reichsmark, die er als Reichsbeitrag an die Invalidenversicherungsanstalten in barem Gelde abführen müßte, zurück und gibt den Versicherungsanstalten dafür Schuldverschreibungen des Reiches."

Diese Zurückbehaltung von 164 Millionen ist deshalb so unerhört, weil die Erhöhung der erbärmlich niedrigen Renten und die Herabsetzung der Altersgrenze mit dem angeblichen Mangel an Mitteln begründet wird. Der Sozialdemokrat Hilferding behält die 164 Millionen zurück, damit die Durchführung des Panzerkreuzerprogramms nicht gefährdet wird und aus demselben Grunde ließ der ADGB.-Vorstand die Forderung auf Herabsetzung der Altersgrenze von 65 auf 60 Jahre fallen.

Die sozialdemokratischen Führer des Zentralverbandes der Arbeitsinvaliden haben bisher zu alledem geschwiegen. Auch sie sind damit einverstanden, daß die Panzerkreuzer auf Kosten der alten und invaliden Arbeiter gebaut werden. Deshalb müssen sich die Opfer selbst vernehmlich zum Wort melden.

Doch Erhöhung der Umsatzsteuer?

Die „Kölnische Zeitung" vom 19. Februar veröffentlicht an hervorragender Stelle ein Berliner Telegramm, nach dem der Reichsrat beabsichtigt, bis zum 28. Februar den Etat des Reichshaushalts behandelt zu haben, und neue Vorschläge für die Deckung des Defizits auszuarbeiten, da der Reichsrat angeblich das Deckungsprogramm des sozialdemokratischen Finanzministers Hilferding ablehne. In diesem Falle bliebe der Reichsregierung keine andere Möglichkeit, als die Erhöhung der Umsatzsteuer als Ausweg aus den drohenden Schwierigkeiten zu beschließen. Da die sozialdemokratische Presse gegen die Umsatzsteuer bisher sehr scharf Stellung genommen hätte, ständen die sozialdemokratischen Minister im Reichskabinett vor einer schweren Entscheidung. Da aber der Etat aufs engste mit der Koalitionsfrage zusammenhinge, müsse ein Ausweg gesucht werden.

Das Zentrum hat auch bisher schon zu erkennen gegeben, daß die Erhöhung der Umsatzsteuer für das Zentrum durchaus diskutabel sei. Es ist deshalb absolut möglich, daß die sozialdemokratischen Minister auch in dieser Frage vor dem Trustkapital kapitulieren, das mit größter Entschiedenheit die Erhöhung der Umsatzsteuer zur Beseitigung des Defizits fordert, weil gerade die Umsatzsteuer am leichtesten auf die breiten Massen der Werktätigen abzuwälzen ist.

Die Großhandelsindexziffer hat sich mit 139,5 gegenüber 138,9 der Vorwoche um 0,4 Prozent erhöht.

Im Strafrechtsausschuß des Reichstages haben die Kommunisten Anträge eingereicht, die die Beseitigung der bestehenden Ausnahmebestimmungen gegen die Feuerbestattung fordern.

Der Sächsische Landtag hat den kommunistischen Antrag auf Ungültigkeitswahl und Auflösung des Landtags abgelehnt.

Das Textilschiedsgericht tritt in Funktion

Der Reichsarbeitsminister Wissell hat für das zentrale Schiedsgericht in der Textilindustrie den bisherigen Schlichter für Oberschlesien, Brahn, zum Vorsitzenden ernannt. Dieser oberschlesische Schlichter ist bekannt durch seine Schiedssprüche. Die Textilarbeiter wissen ohnehin schon, was sie von dem zentralen Schiedsgericht zu erwarten haben.

Dabei ist die Lage für die Textilarbeiter günstig, um durch den Kampf ihre Forderungen durchzusetzen. In den einzelnen Konfektionsindustrien, wie Berlin und Breslau, macht sich schon eine starke Knappheit an Stoffen bemerkbar. Das „Berliner Tageblatt" schreibt in seiner Ausgabe vom 19. Februar:

„Die Arbeitgeber sind zurzeit an dieser Einigung um so mehr interessiert, als die Frühjahrssaison bevorsteht."

Das ist der Grund, weshalb die Unternehmer weitere Kampfmaßnahmen der Arbeiter fürchten, und alle Karten auf den Schiedsspruch des „neutralen" Schiedsgerichts setzen.

Nun, der Kuhhandel hat begonnen. Die Abwürgung der Forderungen der Arbeiter durch dieses Schiedsgericht ist beschlossen. Jetzt liegt es an den Textilarbeitern, den Textilbaronen und den Gewerkschaftsführern einen dicken Strich durch die Rechnung zu machen.

65 000 Textilarbeiter, wovon 60 Prozent Frauen sind, stehen zurzeit in Sachsen, Thüringen und in der Lausitz im Kampf.

Ueber 20 kleinere Tarifgebiete in der Textilindustrie befinden sich außer den Kampfgebieten in einer Lohnbewegung. Alle Anzeichen deuten darauf hin, daß in der Textilindustrie eine weitere Besserung der Konjunktur, für die verschiedenen Branchen sogar eine Hochkonjunktur, in den nächsten Monaten bevorsteht. Trotz allen Geschreies der Unternehmer sind ihnen die urzeit ausgebrochenen Kämpfe äußerst unangenehm.

Die ganzen Jahre sind durch die Schlichtungsinstanzen elende Schiedssprüche für die Textilarbeiter gefällt worden. Die Textilarbeiter dürfen sich das jetzt nicht mehr gefallen lassen. Der Abwürgung der Kämpfe durch die Schlichtungsinstanzen und dem Verrat der Gewerkschaftsführer müssen endlich Grenzen gesetzt werden. Jetzt müssen die Textilarbeiter die Führung der Kämpfe den Gewerkschaftsführern aus der Hand nehmen. Schluß mit der Passivität. Klärt den letzten Textilarbeiter über die Einheitsfront zwischen den Textilbaronen und Gewerkschaftsführern auf. Laßt Euch nicht erneut bis zum Jahre 1930 durch ein Diktat der Schlichtungsmaschine fesseln. Wählt Euch Kampfleitungen in den Betrieben aus den besten Kollegen, welche die Textilarbeiter zum Siege führen werden.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019290220-19/fragment/page=0002

Kampf gegen den Sozialimperialismus

oder neue Illusionen?

Am vergangenen Sonntag fanden abermals zahlreiche Konferenzen und Bezirksparteitage der SPD. statt, in denen die sozialdemokratischen Arbeiter mit größter Entschiedenheit gegen die Koalitions- und speziell die Aufrüstungs- und Landesverteidigungspolitik der SPD. Stellung nahmen.

Auf dem Bezirksparteitag der SPD. Zwickau-Plauen, der von 221 Delegierten besucht war, wurden mehrere Resolutionen angenommen, in denen die Parteivorstandsrichtlinien zur Wehrpolitik, der Weiterbau des Panzerkreuzers A abgelehnt und der Bruch mit der Koalitionspolitik gefordert wurde. Der Bau des Panzerkreuzers A wird in den Entschließungen als „ein Schlag gegen die Grundsätze der Sozialdemokratie" bezeichnet. Auch wird erklärt, daß die unter Führung von Sozialdemokraten stehende Reichsregierung bisher keinerlei Maßnahmen im Interesse der Arbeiterklasse durchsetzen konnte und in zahlreichen Fällen (wie z. B. auch beim Arbeitsschutzgesetz und Steuervereinheitlichungsgesetz usw.) nichts weiter tun konnte (?), als die von der Bürgerblockregierung ausgearbeiteten Gesetzesvorlagen zu verbessern".

Auf dem Bezirksparteitag der SPD. Ostpreußen, auf dem der Parteivorstandsvertreter Westphal mit größter Entschiedenheit für das offizielle Wehrprogramm eintrat und die Parteibureaukratie alle Hebel in Bewegung setzte, um eine Vertagung des Wehrprogramms durchzusetzen, wurde von den Delegierten mit großer Mehrheit beschlossen, sowohl den offiziellen Wehrprogrammentwurf wie auch den Vertagungsantrag abzulehnen und eine völlige Aenderung des Artikels 3 des Wehrprogramms zu fordern.

Eine Unterbezirkskonferenz der SPD. Jena beschloß, vom Parteitag die Zurückziehung der Wehrvorlage zum Zwecke weiterer Durchberatung in der Mitgliedschaft zu fordern.

Auf dem Bezirksparteitag der SPD. in Mittelschlesien, auf dem Loebe das Referat für das sozialimperialistische Wehrprogramm und Dr. Eckstein das Korreferat für die Zentristen hielt, wurde unter Ablehnung eines weitergehenden Antrages des Ortsvereins Breslau beschlossen, den Parteitag zu ersuchen, daß er die Wehrkommission (!) mit der Ausarbeitung eines neuen Entwurfes beauftrage.

Selbst auf der SPD.-Unterbezirkskonferenz Köln-Bonn-Siegkreis gelang es den Sozialimperialisten nicht, eine Resolution für die vorbehaltlose Anerkennung des offiziellen Wehrprogramms durchzusetzen; es wurde lediglich eine Entschließung angenommen, wonach der Entwurf der Wehrkommission als „eine brauchbare Grundlage zur Aussprache auf dem Parteitage" angesehen wird.

So äußert sich in der ganzen Sozialdemokratie das Wachstum des Widerstandes der Arbeitermassen gegen den sozialimperialistischen Kurs der Aufrüstung und des Krieges, wie er vom Parteivorstand vertreten wird.

Die sozialdemokratischen Arbeiter rebellieren

Die Konferenz des SPD.-Unterbezirks Erfurt

nahm folgende Entschließung zum Wehrprogramm an:

„Die Unterbezirkskonferenz der SPD. Erfurt betrachtet den Entwurf der Wehrkommission nicht als geeignete Grundlage für die Schaffung eines Wehrprogramms. Sie erwartet deshalb vom Magdeburger Parteitag die Zurückverweisung an die Mitgliedschaft, um in weiterer Diskussion die notwendige Klärung herbeizuführen, damit ein sozialdemokratisches Wehrprogramm geschaffen wird, das den Befreiungskampf der Arbeiterklasse national und international tatkräftig unterstützt."

Die Unterbezirkskonferenz Erfurt beschließt zum Bericht der Reichstagsfraktion: „Der Parteitag in Magdeburg wird ersucht, die Reichstagsfraktion zu beauftragen, die Etatstitel der Reichsmarine abzulehnen."

Der SPD.-Ortsverein Apolda

richtet an den Magdeburger Parteitag den Antrag, den berüchtigten Artikel 3 des offiziellen Wehrprogramms aufzuheben, weil er im Widerspruch zu der Forderung der „grundsätzlichen Verwerfung des Krieges als Mittel der Politik" stehe.

SPD. erklärt: „Das Vaterland über die Partei"

„Wer diese Republik für „unseren" Staat hält, wer in ihr nicht ein kapitalistisches Ausbeutungsinstrument sieht, der handelt nur logisch, wenn er diesem Staate auch die Wehr und die Waffen zubilligt."

(„Plauener Volkszeitung" vom 16. Februar.)

„Glaubt eine sozialistische Partei daran, daß das Vaterland mit militärischen Mitteln nicht nur verteidigt werden könne, sondern auch müsse, besaht sie also entschieden die Wehrdienstpflicht, dann ist es nicht zu begreifen, warum sie nicht alles, aber auch alles tun sollte, um diese Pflicht ernsthaft und bis zum letzten zu erfüllen. Dann haben diejenigen, die man halb spöttisch, halb verächtlich als Sozialpatrioten bezeichnet, durchaus recht gehabt, als sie sich für Kanonen und Granaten verwendeten; sie taten ihre Pflicht. Und wenn einmal das gemeinsame Vaterland in Gefahr geraten sollte, dann hat jeder Sozialist, der so denkt, nicht nur die Pflicht, alle Verteidigungsmaßnahmen des Staates gutzuheißen, sondern dann gibt es für Menschen mit gesunden Gliedern gar keine andere Möglichkeit, als sich selbst einzusetzen."

(Ernst Reinhard, Vorsitzender der Schweizer Sozialdemokratie in der Chemnitzer „Volksstimme" vom 16. Februar.)

Der SPD.-Parteivorstand verlangt in seinem Wehrprogramm von den Arbeitern diese Bereitschaft. Hab und Gut und Leben und auch das sozialistische Gewissen für die Wehrmacht Waffen des neudeutschen Imperialismus hinzugeben.

Sozialdemokratische Arbeiter, die Ihr das nicht wollt, verlaßt die SPD.! Tretet ein in die Kommunistische Partei!

Neuer Koalitionsschacher

(Eig. Meldg.) **Berlin**, 19. Februar.

Reichskanzler Hermann Müller begab sich heute mittag zu Hindenburg, um von ihm die neuesten Befehle über die Weiterführung der Koalitionsverhandlungen im Reiche entgegenzunehmen. Vormittags fand eine Unterredung zwischen Stresemann und dem Zentrumsvorsitzenden Kaas statt, über die Stresemann in einer Sitzung des Fraktionsvorstandes der Deutschen Volkspartei Bericht erstattete. Die Verhandlungen zwischen Stresemann und Kaas spiegeln sich auch im Preußischen Landtag wider. Der Vorsitzende der Fraktion der Deutschen Volkspartei, Stendel, hatte eine Besprechung mit dem Zentrumsabgeordneten Heß, in der die bekannten „Mißverständnisse" über die Ministerforderungen des Zentrums aus der Welt geschafft werden sollen; auch wird zwischen beiden Fraktionen die Frage des Kontorats erörtert werden. — Bezeichnenderweise hat also nunmehr, obwohl der „Vorwärts" erst am letzten Sonntag seine Mission als Führer der Koalitionsverhandlungen laut verkündete, die Deutsche Volkspartei die Initiative in dem neuen Koalitionsschacher ergriffen. Die SPD. wird nicht einmal mehr gefragt.

Aus dem Preußischen Landtag

Nach Abschluß der Faschingsferien ist der Landtag am Dienstag wieder zusammengetreten, um die Etatberatungen fortzusetzen. Zur Debatte stand der Haushalt der Handels- und Gewerbeverwaltung. Hierzu hielt der demokratische Handelsminister Dr. Schreiber eine große Rede über die Wirtschaftslage.

Diese Rede erweckte allgemein den Eindruck einer Empfehlung an die Schwerindustrie.

Der Redner der Sozialdemokraten, Abg. Thiele, fand an der scharfmacherischen Rede seines Koalitionsgenossen in der Staatsregierung nichts auszusetzen.

Der Deutschnationale Dr. Gerstorff machte Propaganda im Sinne des neudeutschen Imperialismus, indem er gesteigerte Förderung der Fliegerei verlangte.

Der Zentrumsmann Kölges unterstrich die Forderungen des Ministers auf neue Steuergeschenke für die Trustbourgeoisie.

Genossin Hanna Ludewig zerstörte in einer vorzüglichen Rede die Ammenmärchen des Handelsministers über die „geringe Rentabilität" der deutschen Unternehmungen in Industrie und Landwirtschaft.

Kurze politische Meldungen aus aller Welt

Die Kleinrentnerfürsorge stand jetzt im Reichstag zur Debatte, wobei die Genossin Ahrendsee kommunistische Anträge auf Erhöhung der Unterstützungssätze für die Kleinrentner begründete. Diese Anträge wurden jedoch abgelehnt.

Im Hauptausschuß des Preußischen Landtages wurde am 18. Februar der Etat des Finanzministeriums behandelt, wobei unser Genosse Kasper an diesem Etat bewies, daß die preußische Regierung und ihr Finanzminister nur Agenten des Trust- und Finanzkapitals sind.

Der Stabschef der irischen Armee, General Daniel Hogan, ist zurückgetreten.

In Leningrad beginnt der Prozeß gegen den Vertreter einer englischen Firma, der Firma Morgan Crucible Company, Wolfman, der der Bestechung von Staatsbeamten beschuldigt wird.

Der ordentlich Rätekongreß der RSFSR. (Russische Sozialistische Föderative Sowjetrepubliken) ist zum 10. Mai d. J. einberufen.

In Kempten im Allgäu wurde ein tschechischer Offiziersschüler unter dem Verdacht der Spionage verhaftet.

Der spanische Ministerrat hat das Dekret über den Beitritt Spaniens zum Kellogg-Pakt unterzeichnet, weil es ja zum guten Ton der imperialistischen Staaten gehört, sich kriegsächtend zu gebärden, indessen man Panzerkreuzer baut.

In Nordspanien, in der Provinz Logrono, wurden heftige Erdstöße wahrgenommen, die eine beträchtliche Wucht hatten, daß von den benachbarten Bergen gewaltige Felsmassen ins Tal geschleudert wurden.

In Rhodesien ist infolge eines Eisenbahnerstreiks der ganze Eisenbahnverkehr stillgelegt worden.

In Mexiko wurden beim Einsturz einer Kaserne sieben Soldaten getötet und etwa zwölf verletzt.

Ueberwältigender Sieg der Parteimehrheit

über Rechte und Versöhnler auf dem Leipziger Bezirks-Parteitag

In Leipzig fand am 16. und 17. Februar der Bezirks-Parteitag der KPD., Bezirk Westsachsen, statt. Nach dem Referat des Genossen Thälmann und der Diskussion fanden die Abstimmungen über die vorgelegten politischen Resolutionen sowie die Wahl der neuen Bezirksleitung statt. Das Ergebnis der Abstimmung über die von der Parteimehrheit vorgelegte Resolution bedeutet eine vernichtende Niederlage der Rechten und Versöhnler. Die Resolution wurde mit 165 gegen 21 Stimmen angenommen. Die Rechten konnten nur noch 17 Stimmen für sich aufbringen. Vollkommen aufgerieben wurde im Verlaufe der Diskussion die vom Genossen Georg Schumann geführte Gruppe der Versöhnler. Die von ihm vorgelegte Resolution erhielt ganze vier Stimmen. Unser sächsisches Parteiorgan, die „Sächsische Arbeiter-Zeitung", schreibt dazu u. a.:

„Damit hat der Bezirks-Parteitag die fünf Monate lange innerparteiliche Diskussion abgeschlossen mit dem Ergebnis, daß die überwältigende Mehrheit der von der Mitgliedschaft gewählten Delegierten entschlossen ihren Willen zur restlosen Vernichtung des Liquidatorentums und zur völligen Ueberwindung der die Rechten stützenden Versöhnlertums bekundet hat. Der Bezirks-Parteitag hat sich zugleich eine Leitung geschaffen, die Gewähr dafür bietet, daß die praktische Politik der Partei in konkreter Durchführung der Beschlüsse des 6. Weltkongresses und des ZK. der Partei alle die Möglichkeiten ausschöpft, die die günstige gegenwärtige Lage für den wachsenden Einfluß der Partei eröffnet."

PETROLEUM

ROMAN VON UPTON SINCLAIR

Autorisierte Übersetzung aus dem amerikanischen Manuskript von HERMYNIA ZUR MÜHLEN

Copyright 1927 by MALIK-VERLAG A.-G., Berlin W 50

[98]

Um diese Zeit arbeitete Bunny für den „Jungen Studenten" einen ergreifenden Protest gegen den rumänischen weißen Terror aus. Er ließ das fast fertige Manuskript auf dem Schreibtisch seines Hotelzimmers liegen. Als er wieder heimkam, war es verschwunden, und alles Befragen des Hotelpersonals war umsonst. Einige Tage nachher kam Bertie wieder einmal wutschnaubend daher. „Du kennst den Inhalt seines Manuskriptes, er bedeckt sie alle mit Schmach und Schande!

„Edon läßt mich also bespitzeln!" rief Bunny, nahe daran, ebenfalls einen Wutanfall zu bekommen.

„Assisini" erwiderte Bertie. „Es war der französische Geheimdienst. Glaubt Du denn, daß die Regierung nicht unentwegt der bolschewistischen Propaganda auf der Spur ist? Oder daß man Dir gestatten wird, dieses Land als Mittelpunkt einer Verschwörung gegen den Frieden Europas zu benützen?"

„Sind die Leute wirklich dumm genug, zu glauben, sie könnten mich hindern, heimzuberichten, was ich in Wien erfahren habe?" fragte Bunny. „Ich werde den Artikel noch einmal schreiben und mit allen Spitzeln zum Trotz nach Amerika gelangen lassen."

Da brach Bertie zusammen und weinte. „Von allen Ländern der Welt mußt Du Dir ausgerechnet Rumänien aussuchen! Ich habe erzählt gezogen, um mit Vernes Hilfe in Washington und mit Prinz Marescus Unterstützung in Bukarest dort für Edon einen hohen Posten zu erlangen. Und jetzt kommst Du daher und beschmutzt uns mit Deinem Dreck!"

Sie hatte noch mehr zu sagen: „Du blinder Narr, siehst Du denn nicht, daß Prinz Marescu sich für Vi interessiert? Willst Du sie ihm überlassen? Der Prinz wird natürlich von dieser Angelegenheit durch die französische Regierung hören, die Rumänien gegen Rußland bewaffnet. Wie, wenn er nach Paris zurückkäme und zum Duell forderte?"

Und der junge Frechdachs erwiderte: „Wir werden mit Tennisschlägern kämpfen."

IV

Dann aber kam es zur Krise. Bunny erhielt einen Brief, der zwar mit einer französischen Marke frankiert war, dessen vertraute Handschrift jedoch sein Herz rascher pochen ließ. Er riß den Umschlag auf und las:

„Mein lieber Sohn, ich bin für einige Tage in dieser Stadt. Willst Du mit mir zusammentreffen? In Erinnerung an alte Zeiten Dein Paul Watkins."

Bunny zählte nun bereits vierunzwanzig Jahre, doch war ihm noch jetzt zumute wie vor elf Jahren in Frau Groartys Hinterhof, als er vom Vater fortgelaufen war und gerufen hatte: „Paul! Paul! Wo sind Sie? Bitte, gehen Sie nicht fort!" Er hatte eine Verabredung mit Vi, doch machte er sich frei; er veranlaßte Bertie, Vi zu einem jener diplomatischen Tees einzuladen, wo man die Gäste hatte, dem Prinzen X und der Fürstin Y vorgestellt zu werden. Dann eilte Bunny nach dem billigen Hotel, wo der Freund wohnte.

Paul war hager und abgezehrt. Man reist nicht nach Moskau, um dick zu werden. Aber auf seinem ernsten Gesicht strahlte die Helle des Fanatismus, — jenes Fanatismus, den sein Bruder Eli der Herrlichkeit des Herrn nannte. Der Vater hätte erklärt, die beiden Brüder seien gleich verrückt; Bunny jedoch war anderer Ansicht. Er verspottete Elis Gott, glaubte aber an jenen Pauls, zumindest so weit, um in seiner Gegenwart zu erschauern. Paul hatte abermals unter einer Arbeiterregierung gelebt, diesmal jedoch nicht als amerikanischer Lohnsklave, als Streikbrecher in Uniform, sondern als freier Mann und Herr der Zukunft. In dem trübseligen dunklen Zimmer saß Bunny einem Apostel gegenüber; Paul mit dem düsteren, entschlossenen Gesicht und den arbeitsgewohnten Händen war die Verkörperung des revolutionären Proletariats.

Und die Wunder, von denen er berichtete, waren echt. Zuerst ein geistiges Wunder: ein Hundertmillionenvolk, proklamiert seine Herrschaft und stürzt seine Herren, die Ausbeuter, Könige, Priester, Kapitalisten, die ganze Parasitenbande. Zugleich aber auch ein physisches Wunder, denn dieses Hundertmillionenvolk beherrscht ein Sechstel der Erdoberfläche, schafft eine neue Kultur, ein Muster für die Zukunft. Es ist zwar noch arm, denn es hat ein zugrunde gerichtetes Land übernommen. Aber was bedeuten einige Jahre, ein wenig Hunger im Vergleich zu den jahrhundertelangen Folterqualen, die es überlebt hat?

Paul schilderte, was er in Moskau gesehen: vor allem die Jugendbewegung, eine ganze neue Generation, die frei und mit klarem Blick herangezogen wird, die die natürlichen Tatsachen kennt, dem Proletariat dient, statt auf seinem Rücken emporzuklimmen und ein Geschlecht der Parasiten zu gründen. Ueberall sah man diese jungen Kommunisten, in Klassenzimmern, auf Sportplätzen, auf den Straßen, marschierend, singend, Reden lauschend. Paul selbst hatte in seinem schlechten Russisch mit Tausenden von ihnen gesprochen; nie hatte er etwas Bedeutungsvolleres erlebt.

Nun gab es in seinem Leben nur noch ein Interesse: den jungen Arbeitern Amerikas von den jungen Arbeitern Rußlands zu berichten. Er begann damit, indem er Bunny davon erzählte!

Er sprach über die Kongresse, denen er beigewohnt hatte, jene internationalen Zusammenkünfte, wo die zukünftige Politik der Parteien aller Länder festgelegt wurde. Selbstverständlich erhob Bunny dagegen Protest. „Glaubst Du wirklich, Paul, daß die amerikanische Partei ihr Vorgehen von einem fremden Lande bestimmen lassen kann?"

Paul schlichte. „Freilich ist das nicht so einfach; die russischen Führer können nur schwer begreifen, wie rückständig Amerika ist. Aber was kann man sonst tun? Entweder man erstreht eine Weltordnung, oder nicht. Läßt man aber die Parteien der verschiedenen Länder selbst ihr Vorgehen bestimmen, so steht man genau dort, wo man vor dem Kriege stand, hat Leute, die sich Sozialisten nennen, im Namen des Sozialismus über Macht verfügen, tatsächlich jedoch Patrioten sind, bereit, die Ausbeuter des eigenen Landes im Kriege gegen die Ausbeuter anderer Länder zu unterstützen.

Und gerade diese Gefahr bedroht die Menschheit und kann nur durch die Dritte Internationale verhindert werden, durch eine Weltdiktatur, die ihre Befehle durchsetzt. Die Weltdiktatur des Proletariats aber hat ihren Sitz in Moskau, weil andernfalls die Delegierten eingesperrt oder ermordet würden, wie dies in Genf geschehen ist. Doch werden nur wenige Jahre vergehen, bis die Dritte Internationale ihren Kongreß in Berlin abhalten wird, dann in Paris und London, und schließlich auch in Neuyork. Das Weltproletariat wird seine Vertreter entsenden, der Kongreß wird seine Verfügungen erlassen und die Nationen werden mit den Kriegen aufhören, darauf könnt Ihr wetten!" So sprach Paul, und wie gewöhnlich ließ Bunny sich von Pauls Begeisterung mitreißen.

V

Es gab so viele Dinge, die Bunny erfahren wollte, er lud Paul zum Abendessen ein; sie saßen an einem kleinen Tisch eines Cafés im Freien und verbrachten dort im eifrigen Gespräch fast den ganzen Abend. Paul berichtete von den Schulen, von den neuen in Amerika gemachten pädagogischen Entdeckungen, die aber nur in Rußland angewandt werden konnten, von den Zeitungen und Büchern, von den modernen fortschrittlichen Schriftstellern, deren Werke ins Russische übersetzt und über die Hälfte von zwei Erdteilen verbreitet wurden. Er erzählte auch von der Industrie, von den ungeheueren Mühen, mit denen ein Volk aus nichts, ohne Kapital, ohne Hilfe von außen, eine moderne Welt aufzubauen versuchte. Paul schilderte die Petroleumindustrie unter dem Sowjetsystem, den staatlichen Trust, der die Gewerkschaften anerkannte und bei dem sie mitzureden hatten. Die Arbeiter gaben Zeitungen heraus, hatten Klubs und Wohnvereinigungen; so entstehe eine neue Kultur, die auf der Arbeit, nicht aber auf der Ausbeutung beruhte.

Paul befand sich auf der Rückreise nach Amerika, würde wahrscheinlich als Organisator nach Kalifornien gesandt werden, weil er diesen Teil des Landes am besten kannte. Er hatte in Veradisse geheime Versammlungen abgehalten, bis er ermüdet und vom Petroleumfeld vertrieben wurde, von dem Ort, wo er geboren und aufgewachsen war! Aber das schadete nichts; die Partei besaß auf dem Feld eine „Zelle", Literatur wurde verteilt und auch gelesen.

Bunny seinerseits berichtete, was er in Wien erfahren, und wie sein Artikel über Rumänien gestohlen worden war.

„In den europäischen Hauptstädten", meinte Paul, „gibt es mehr Spitzel als Läuse. Höchstwahrscheinlich sitzt an irgendeinem der Nachbartische ein Geheimagent und versucht, unser Gespräch zu belauschen. Mein Gepäck wird alle paar Tage durchsucht. Die Regierungen sind völlig idiotisch: sie versuchen, die Arbeiterbewegung zu zermalmen, steigern aber gleichzeitig ihre Rüstungen, bereiten sich auf den nächsten Krieg vor, der den Sieg des Bolschewismus ebenso unvermeidlich machen wird wie den Sonnenaufgang."

„Glaubst Du wirklich, daß es noch einen Krieg geben wird, Paul?"

Paul lachte. „Frage Deinen tüchtigen Schwager. Der wird es wissen."

„Er würde es mir nicht sagen, denn wir sprechen kaum miteinander."

„Die Rüstungen produzieren rein automatisch Kriege; jene Kapitalisten, die Munition herstellen, müssen dafür sorgen, daß die Munition verwandt wird, damit sie wieder neue herstellen können."

Bunny meinte, der Gedanke an einen neuen Krieg sei so schauerlich, daß man gar nicht daran denken könne.

„Deshalb denkt Ihr auch nicht daran, und das erleichtert es den großen Geschäftsleuten, ihn vorzubereiten." Er dachte eine Weile nach und sagte schließlich: „Seitdem ich Europa bereise, habe ich häufig an jenen Abend gedacht, da wir uns zum ersten Male sahen. Erinnerst Du Dich daran, mein Sohn?"

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019290220-19/fragment/page=0003

Zehn Jahre Komintern

Die Geburt der Kommunistischen Internationale

Die 1. Internationale — die von Marx und Engels geleitete nationale Arbeiterassoziation — bildete sich 1864 und hörte 1872 faktisch auf zu existieren Der Chartismus in England, die Ereignisse von 1848 auf dem europäischen Kontinent, besonders die Ereignisse in Deutschland und Frankreich, die europäische Krise der 50er Jahre, der italienische Krieg, der polnische Aufstand, der Krimkrieg die Befreiung der Bauern in Rußland, der preußisch-österreichische Krieg, der deutsch-französische Krieg und die Pariser Kommune — das sind die wichtigsten historischen Ereignisse, die die Entstehung der Ersten Internationale vorbereitet, ihre Geburt bedingt und ihrer Arbeit im Laufe von fast eines ganzen Jahrzehntes den Inhalt gegeben haben. Der Chartismus in England und die Ereignisse von 1848 auf dem Kontinent bilden gewissermaßen eine Einleitung zu der Tätigkeit der 1. Internationale; die Pariser Kommune war ihr Schwanengesang.

Die 2. Internationale wurde 1889 geboren und spaltete sich 1914; sie existierte in ihrer ursprünglichen Form genau ein Vierteljahrhundert. An ihrer Wiege stand die deutsche Sozialdemokratie, die eigentlich während der ganzen 25 Jahre eine entscheidende Rolle in ihr spielte. Der Sieg der dritten Republik in Frankreich, die Bismarck-Periode in Deutschland, der russisch-türkische Krieg, das Sozialistengesetz in Deutschland, die ersten Entwickelungsetappen des Kapitalismus in Rußland, der Burenkrieg, der Boxeraufstand, eine Reihe einzelner Kriege gegen die Kolonien, der russisch-japanische Krieg, die russische Revolution von 1905, die revolutionären Bewegungen in der Türkei, in Persien und China, der Krieg in Tripolis und die dem Weltkriege vorangegangenen Balkankriege, das ist der historische Hintergrund, auf dem sich die 2. Internationale bildet und entwickelt.

Der rapide Aufstieg der Sozialdemokratie und die erste russische Revolution, das sind die zwei Tatsachen, die dieser ganzen zweiten Periode der 2. Internationale einen unauslöschlichen Stempel aufgedrückt haben.

Der stetig zunehmende Opportunismus in der deutschen Sozialdemokratie war gleichzeitig Symptom und Faktor der langsamen opportunistischen Verwandlung der 2. Internationale. Die erste russische Revolution hat, trotzdem sie nicht siegreich war, eine tiefe Differenzierung innerhalb der 2. Internationale eingeleitet, indem sie einen revolutionären Flügel in der Internationale vorbereitet, ihre Spaltung eingeleitet und damit die Entstehung der Kommunistischen Internationale bis zu einem gewissen Grade vorbereitet hat.

Das Jahrzehnt 1905 bis 1914 kann gewissermaßen als

die Keimperiode der Komintern

angesehen werden. Die erste russische Revolution hat zweifellos schon an und für sich den Samen der wahren proletarischen kampffähigen Internationale gelegt. Die Niederlage der ersten russischen Revolution und die Siege der Weltreaktion haben in diesem Zusammenhange bewirkt, daß der Samen keine schnellen Früchte getragen hat. Aber er ist nicht umsonst gesät worden: ein Dutzend Jahre später ist er aufgegangen.

Das Jahr 1905 in Rußland, die revolutionären Ereignisse in China, in der Türkei und in Persien, die ihrerseits mit dem Jahr 1905 in Rußland in enger Beziehung stehen, lokale imperialistische Kriege, die den ersten imperialistischen Weltkrieg einleiten, dieser Weltkrieg selbst, mit allen seinen Wechselfällen, insbesondere mit der Verschärfung der nationalen Frage, mit den ersten krampfhaften Versuchen der kolonialen und halbkolonialen Länder, sich gegen ihre Unterdrücker zu erheben. Der Sieg der bürgerlichen Revolution in Rußland im Februar 1917 und der Sieg der großen proletarischen Revolution in Rußland im Oktober desselben Jahres; der Sturz der Monarchie in Deutschland und Oesterreich-Ungarn, die von den ersten großen Aufstandsbewegungen des Proletariats fast in ganz Europa begleitet waren; revolutionäre Ereignisse in Finnland, in Ungarn, in der Türkei und auf dem Balkan; der Bürgerkrieg im Verlaufe der proletarischen Revolution in Rußland; Blockade dieser proletarischen Revolution durch den europäischen Imperialismus und der siegreiche Kampf der russischen Arbeiter gegen diese Blockade; Einführung der neuen ökonomischen Politik in Rußland und die großen Erfolge des sozialistischen Aufbaues in USSR. auf der Grundlage der neuen ökonomischen Politik; revolutionäre Ereignisse in Deutschland in den Jahren 1919, 1921, 1923; Generalstreik in England; gigantischer revolutionärer Aufschwung in China und die Aktion des Weltimperialismus gegen die chinesische Revolution mit Feuer und Schwert — das sind die wichtigsten Ereignisse, die die Entstehung der Komintern vorbereitet und der Arbeit ihres ersten Jahrzehnts den Inhalt gegeben haben.

Die Kommunistische Internationale ist die internationale Assoziation der Arbeiterschaft der Epoche der imperialistischen Kriege und der proletarischen Revolutionen.

Diese internationale Arbeiterassoziation steht vom ersten Tage ihres Bestehens an voll und ganz auf dem Boden der Lehren von Marx und Lenin. Die Kommunistische Internationale ist im Feuer des imperialistischen Weltkrieges und der Siege der proletarischen Revolution in Rußland geboren worden.

In den ersten Jahren des 20. Jahrhunderts nimmt der Imperialismus festgefügte Formen an. Die Weltgeschichte wird konstatieren, daß das letzte Stadium des Kapitalismus gerade in dieser Periode einsetzt. Dieser Zeitpunkt eröffnet ebenfalls die Epoche der imperialistischen Kriege und der schnellen Reife der proletarischen Revolutionen. Noch kurz vor dem Weltkriege von 1914 erklärten die anerkanntesten Führer der 2. Internationale der ganzen Welt, daß das Proletariat einen imperialistischen Krieg mit einer proletarischen Revolution beantworten werde. In der bekannten Rede August Bebels zur Zeit des Marokko-Konfliktes hieß es:

„Hinter dem großen Weltkrieg steht die große Weltrevolution. Es beginnt die Götterdämmerung der bürgerlichen Gesellschaftsordnung, schon hört man das Grabgeläute für die staatliche und gesellschaftliche Ordnung der Bourgeoisie."

Und Otto Bauer schrieb in seiner „Nationalen Frage" 1908 buchstäblich folgendes:

„Es besteht kein Zweifel darüber, daß der künftige imperialistische Weltkrieg einen revolutionären Umsturz nach sich ziehen wird. Die imperialistische Weltkatastrophe wird zweifellos der Anfang eines sozialistischen Weltumsturzes sein."

Otto Bauer irrte sich nicht. Der imperialistische Weltkrieg führte tatsächlich zum Anfang der sozialistischen Weltrevolution. Aber Otto Bauer selbst und alle übrigen Führer der 2. Internationale befanden sich in dem Augenblick, als diese große historische Stunde geschlagen hatte, nicht im Lager der Revolution, sondern im Lager der Gegenrevolution. Diese Führer versprachen und beschworen es nochmals, feierlich in dem Berühmten Basler Manifest, daß die 2. Internationale an die Spitze der Revolution treten werde, die durch den Krieg hervorgerufen werden wird. Aber da das nicht geschah, da die 2. Internationale einen schmachvollen Bankrott erlitt, mußte die Geschichte eine andere Weltorganisation schaffen, die die unvermeidliche Funktion zu übernehmen hat. Eine solche Organisation war die Komintern.

Die Hegemonie in der internationalen Arbeiterbewegung, die anfangs England gehörte, später zu Frankreich überging, war in der Epoche der 2. Internationale zweifellos in den Händen Deutschlands, d. h. der deutschen Sozialdemokratie. Mit dem Siege der russischen Revolution und dem Entstehen der Komintern ging die Hegemonie in der internationalen Arbeiterbewegung zu Rußland über — „natürlich nur für kurze Zeit" (Lenin). Wenn die proletarische Revolution in den entscheidenden Ländern der Welt siegen wird, wird Rußland „ein zurückgebliebenes Sowjetland" neben anderen fortgeschritteneren Sowjetländern sein.

Im März 1919 wurde die Komintern gebildet. Einige Monate nach diesem historischen Ereignis sagte Lenin in einer seiner bedeutendsten, tiefsten Reden (auf dem Kongreß der kommunistischen Organisationen der östlichen Völker): „Es versteht sich von selbst, daß nur das Proletariat aller fortgeschrittenen Länder endgültig siegen wird, wir Russen aber fangen die Sache an, die später das deutsche, französische oder englische Proletariat festigen wird, aber wir sehen, daß sie ohne die Hilfe der werktätigen Massen der unterdrückten kolonialen Völker und vor allem der Völker des Ostens nicht siegen werden. Wir müssen uns darüber klar werden, daß die Vorhut allein nicht den Uebergang zum Kommunismus verwirklichen kann." (Bd. 16, S. 390.)

„Es wird immer deutlicher", sagte Lenin in derselben Rede, „daß die sozialistische Revolution, die in der ganzen Welt näher rückt, keinesfalls nur in dem Siege des Proletariats eines jeden Landes gegen seine Bourgeoisie bestehen wird, die sozialistische Revolution wird nicht nur und nicht vorwiegend ein Kampf der revolutionären Proletarier in jedem Lande gegen ihre Bourgeoisie sein, nein, er wird ein Kampf aller von dem Imperialismus unterdrückten Kolonien und Länder, aller abhängigen Länder gegen den internationalen Imperialismus sein." (Ebenda 388.)

Bereits 1919, zur Zeit der schnellen Siege der Revolution richtet Lenin das Wort an die fortgeschrittenen Proletarier Europas und Amerikas und gleichzeitig an Hunderte von Millionen der unterdrückten Völker des Ostens und sagte ihnen: Die Weltrevolution wird „wenn man nach ihrem Anfang urteilt, viele Jahre und viele Mühen kosten". Die Komintern vermerkt das erste Jahrzehnt ihres Bestehens mit einem Rückblick auf manche berauschende Siege und manche schwere Niederlage.

Der Sieg der sozialistischen Revolution in Rußland und die Entstehung der Kommunistischen Internationale sind untrennbar miteinander verbunden. Die Menschheit wird diese welthistorischen Ereignisse zu einem Grenzstein zweier Epochen, zu einem Anfang der neuen Zeitrechnung machen. Die Komintern ist aus dem Kriege und der Revolution geboren und eines der Ziele, die sie sich setzt, ist: mit Hilfe neuer siegreicher proletarischer Revolutionen neue imperialistische Kriege zu vermeiden.

„Die Befreiung der Arbeit, die nicht eine lokale, nicht eine nationale, sondern eine soziale Aufgabe ist berührt die Interessen aller Länder in denen die gegenwärtige Gesellschaftsordnung herrscht, und erfordert zu ihrer Lösung der theoretischen und praktischen gegenseitigen Einwirkung der fortgeschrittenen Länder", schrieb Marx in den Satzungen der 1. Internationale.

Die Komintern, die im März 1919 in der Hauptstadt der Russischen Sozialistischen Föderativen Sowjetrepublik, in der Stadt Moskau gegründet wurde, erklärte feierlich der ganzen Welt, daß sie

die Fortsetzung und Vollendung der großen, von der 1. Internationalen Arbeiterassoziation begonnenen Sache

übernehme. Die Komintern setzte sich das Ziel: Kampf mit allen Mitteln, sogar mit der Waffe in der Hand, um den Sturz der internationalen Bourgeoisie und die Schaffung der internationalen Sowjetrepublik, dieser Uebergangsstufe zur vollständigen Beseitigung des Staates.

Die Kommunistische Internationale hält die Diktatur des Proletariats für das einzige Mittel für die Befreiung der Menschheit von den Gräueln des Kapitalismus und die Kommunistische Internationale hält die Sowjetmacht für die historisch gegebene Form dieser Diktatur des Proletariats.

Diese stolzen, von Lenin eingegebenen und im Namen des 2. Weltkongresses der Komintern abgegebenen Worte (siehe das erste Statut der Komintern) werden, allen zum Trotz, Wirklichkeit werden.

G. Sinowjew.

Werbt für den „Klassenkampf"

Rechtsauskunft des „Klassenkampf"

Arbeitslosenunterstützung, Anrechnung. Nach § 112 des Arbeitslosenversicherungsgesetzes wird das, was der Arbeitslose durch Gelegenheitsarbeit verdient, zum Teil auf die Arbeitslosenunterstützung angerechnet. Nicht angerechnet wird der Verdienst, der in der Woche den fünften Teil seiner vollen Wochenunterstützung, einschließlich der Familienzuschläge, nicht übersteigt. Der Mehrverdienst wird zur Hälfte auf die Unterstützung angerechnet. Unfallrenten und Waisenrenten die der Unterstützungsempfänger für sich oder seine Kinder erhält, oder die Invalidenrente, die seine Frau erhält, können auf die Arbeitslosenunterstützung nicht angerechnet werden. Wer dagegen als Arbeitsloser für seine Person eine Invalidenrente oder eine Unfallrente von über 66⅔ Prozent oder eine Militärversorgung in gleicher Höhe erhält, hat nach §§ 87, 88 keinen Anspruch auf Arbeitslosenunterstützung, weil er als arbeitsunfähig im Sinne des Arbeitslosenversicherungsgesetzes gelten würde. Anders dagegen ist es für die Empfänger von Krisenunterstützung. Während die Arbeitslosenunterstützung auf einer Versicherung beruht, bei der die Frage der Bedürftigkeit überhaupt nicht zu prüfen ist, und daher Renten bis zu 66⅔ Prozent nicht angerechnet werden dürfen, so hat die Krisenfürsorge, wie schon die Bezeichnung sagt, den Charakter einer Fürsorge, bei der die Bedürftigkeit geprüft wird. Bei der Krisenfürsorge werden alle Renten, die der Antragsteller bezieht, auf die Unterstützung angerechnet. Eine Ausnahme besteht nur für Kriegsbeschädigte, bei denen die Pflegezulage, Führerhundzulage und die Zusatzrente nicht angerechnet werden, dagegen aber der übrige Teil der Rente. Nicht angerechnet werden hierbei die Arbeitslosenunterstützung aus einer Gewerkschaft oder sonstigen Vereinigung oder Versicherung, die sich der Erwerbslose durch eigene Beitragszahlung erworben hat. Was der Krisenunterstützungsempfänger durch Gelegenheitsarbeit verdient, wird zum Teil angerechnet in derselben Weise, wie oben bei der Arbeitslosenunterstützung geschildert. Der Arbeitsverdienst der Angehörigen des Unterstützungsempfängers wird wie folgt angerechnet: Anrechnungsfrei sind für jeden Angehörigen, wenn die Unterstützung nach dem Einheitslohn aus Klasse I gezahlt wird, wöchentlich 4 RM., aus Klasse II 4,80 RM., Klasse III 5,60 RM., Klasse IV 6,30 RM., Klasse V 6,75 RM., Klasse VI 8,25 RM., Klasse VII 8,58 RM., Klasse VIII 9 RM. Von dem Mehrverdienst der Angehörigen wird die Hälfte auf die Unterstützung angerechnet. Auf den Familienzuschlag werden angerechnet die Renten der Angehörigen, die diese aus der Reichsversorgung beziehen, ferner das Pflegegeld und Unterhaltsrente oder Unterhaltsrente für ein minderjähriges Kind.

Frostschäden, Haftung des Hauswirts. Bei Wasserrohrbrüchen innerhalb der Wohnung des Mieters, sowie beim Einfrieren oder Zerspringen der Abortrohre durch Frost haftet der Mieter nur dann, wenn ihm eine Fahrlässigkeit nachgewiesen werden kann und dadurch der Schaden eingetreten ist, z. B. **wenn der Mieter die Fenster des Aborts oder der Küche nicht geschlossen hat** (§ 823 u. 276 BGB.) Eine Haftung kann unter Umständen für den Mieter schon dann eintreten, wenn im Abort oder in seinen Mieträumen, in denen Wasserleitungsrohre sich befinden, die Fenster nicht geschlossen werden können oder Fensterscheiben fehlen und der Mieter dem Hauswirt diesen Mangel nicht gemeldet hat. Der Mieter ist nach § 545 BGB. verpflichtet, jeden eintretenden Mangel dem Hauswirt unverzüglich zu melden. — **In allen anderen Fällen haftet der Hauswirt für jeden derartigen Schaden.** Die Haftung des Hauswirts besteht auch dann, wenn der Mieter entweder aus Mangel an Kohlen oder aus Mangel an Geld die Küche nicht heizte und im Wohnzimmer mit kochte, so daß dadurch das Wasserrohr in der Küche einfror oder gar zersprang. Es besteht keine gesetzliche Pflicht, wonach der Mieter sämtliche Räume bei Kälte heizen muß. Selbst dann haftet der Hauswirt noch für den Schaden, wenn der Mieter, z. B. bei Wasserrohrbruch sofort einen Klempner holte, weil der Hauswirt von dem Mieter nicht rechtzeitig zu erreichen war, weil dann der Mieter im Interesse des Hauswirts eine Geschäftsführung ohne Auftrag für den Hauswirt ausübte, für die der Hauswirt einzutreten hat (§§ 677, 679 BGB.).

Pfandvertrag, Sicherheitspfand. Nach § 1204 BGB. kann sich der Gläubiger zur Sicherung seiner Forderung von dem Schuldner eine bewegliche Sache als Pfand geben lassen. Sogar für eine künftig erst entstehende Forderung des Gläubigers können Schuldner und Gläubiger vereinbaren, daß der Schuldner dem Gläubiger Sachen verpfändet. Der Pfandvertrag selbst braucht nicht einmal schriftlich abgeschlossen sein, sondern bereits eine mündliche Vereinbarung ist gültig. Für alle solche Fälle ist jedoch der schriftliche Vertrag dringend anzuraten. Er bedarf zu seiner Gültigkeit keiner gerichtlichen oder notariellen Beglaubigung. Erforderlich ist darin nur, daß die vertragschließenden Personen genau bezeichnet sind, die Forderung des Gläubigers bezeichnet ist und die verpfändeten Gegenstände einzeln genau nach Zahl und Art genau beschrieben werden, um später Streitigkeiten zu verhüten. Ebenso ist ratsam in dem Vertrage den Fälligkeitstag der Rückzahlung der Schuld anzugeben. In allen Fällen erlangt der Pfandvertrag Rechtsgültigkeit nur dann, wenn die Pfandstücke dem Gläubiger übergeben sind. Ohne Pfandübergabe keine Verpfändung (§ 1205). Werden auf diese Weise Möbelstücke oder andere größere Gegenstände verpfändet, so kommt es oft vor, daß der Verpfändende die Gegenstände noch gern weiter benutzen möchte und andererseits der Pfändende keinen Platz hat, die Pfandstücke selbst unterzubringen. Für diesen Fall kann der Pfändende die ihm übergebenen Pfandstücke in der Wohnung des Verpfändenden zur Verwahrung oder sie ihm mietweise belassen. Auch das wird am besten schriftlich im Vertrag festgehalten. So als Sicherheitspfand verpfändete Gegenstände können nicht noch einmal von einem anderen Gläubiger gepfändet werden. Zu warnen ist jedoch davor, solche Pfandverträge nur zu dem Zwecke fingiert vorzunehmen, um die Pfandgegenstände vor dem Zugriff durch einen anderen Gläubiger zu schützen. Darin kann einmal strafbarer Betrug erblickt werden, und zum andern könnte der Pfändende, ohne Zahlung geleistet zu haben, sich tatsächlich in den Besitz der Pfandgegenstände setzen, unter Umständen sogar mit Hilfe des Gerichts, denn der Verpfändende würde nicht gern vor Gericht einwenden, daß es nicht ernst gemeint sei, sondern ein Betrug sein sollte.

Stadt-Theater
Heute 543
Mittwoch
20—23 Uhr
Die Barberina
Donnerstag
20—22¼ Uhr
Der Barbier von Sevilla

Masken für Herren und Damen billig Albert-Schmidt-Straße 6, 3 Trepp.

Brennholz
Abbruch J. Lewin
Marktplatz 6 in Fuhren u. einzeln spottbill. zu verkauf.
Lindner & Richter
Fernspr. 21450

Walhalla
Dir.: O. Kleinhann
Telephon 28385
Heute 20 Uhr:
Herrnfeld-Theater-Gastspiel
Ein Theatererfolg ersten Ranges!
Gesamtdarstellerische Leistung höchster Art
Ein Lachschlager, wie ihn keine zweite Bühne aufzuweis. hat
Wer ist der Vater
Schwank in 3 Akten von Anton Herrnfeld
Gewöhnliche Preise ab 60 Pf.
Sonntag ½16 Uhr:
Familien-Vorstell.
Wer ist der Vater
Kleine Preise
ab 50 ₰ bis 2,00 ℳ

Siedlerverein Nonnewitz b. Theißen
Voranzeige! Unser diesjähriges
V. Siedlerfest 307
findet am 29., 30. Juni u. 1. Juli 1929 statt und bitten wir die Nachbarvereine hiervon Kenntnis zu nehmen Die Festkommission

Ansichtspostkarten empf. die Volksbuchhandlungen

Joachim Ringelnatz
Deutschlands populärster
Dichter-Humorist
spricht allabendlich aus seinen Werken
im 546
Modernen Theater
Darum versäume niemand diesen Spielplan!
Karten ab 11 Uhr ununterbrochen im Bureau des M. T.
Steinbrecher & Jasper, Markt
Schloßmann, Preußenring 1

Kohlenfuhren
Stelle meine 4 schweren Gespanne, bis 100 Zentner, zur Verfügung
Paul Wiebach, Kartonnagenfabrik
Schillerstraße 46 Telephon 24971

Eisenbahner-Filzstiefel
Wachtposten-Schuhe, Fausthandschuhe (getragen, aber gut erhalten), großer Posten eingetroffen, verkauft billig um zu räumen
J. Sternlicht, Alt. Markt 11, Gold. Kette

W. I. LENIN
Die Periode der „Iskra"
Sämtliche Werke, Band IV, 1. Halbband
Dieser Band umfaßt die Zeit vom Frühjahr 1900 bis Anfang 1902. Das Kennzeichen dieser Periode in Rußland war der Uebergang der sozialistischen Arbeiterbewegung vom Zirkelwesen zu einer breiten proletarischen Massenbewegung. In diese Periode fällt die Geburtsstunde des Bolschewismus, der Kampf Lenins um die neuen taktischen Richtlinien für die moderne Arbeiterbewegung, um den Charakter und die Rolle der Partei beginnt.
Umfang des Bandes etwa 450 Seiten
Volksausgabe (in Leinen gebunden) ....8 Mk.
Mitglieder der KPD. erhalten Sonder-Rabatt
Wie die früher erschienenen Bände XIII und XX der Sämtlichen Werke Lenins ist auch dieser Band in sich abgeschlossen und kann einzeln bezogen werden. Jeder Kolporteur, Litobmann und jede Buchhandlung nimmt die Bestellung an.
Zu beziehen durch die **Bezirks-Zentral-Buchhandlung, Halle a. d. S., Lerchenfeldstraße 14** und deren Filialen: **Halle,** Harz 1; **Ammendorf,** Hallische Str. 9; **Bitterfeld,** Burgstr. 40; **Eisleben,** Rathausstr. 7; **Merseburg,** Schmale Str. 18; **Torgau,** Schulzenstr. 14; **Weißenfels,** Marienstr. 46 **Wittenberg,** Jüdenstr. 10; **Zeitz,** Wendische Straße 21

Violin- u. Mandolin Unterricht erteilt **August May,** Torstr. 10

Hausfrauen kauft nur bei unseren **Inserenten!**

Volkshochschule Halle
Bruno H. Bürgel
der bekannte Astronom, Redner u. Schriftsteller spricht über:
Im Unendlichen. — Der Aufbau der Sternenwelt. (Mit Lichtbildern)
Donnerstag, 21. Februar, 20 Uhr, in der Aula des Reform-Realgymnasiums, Friesenstraße 3-4
Karten 1,00 Mk., an der Abendkasse 1,25 Mk.

DRUCKSACHEN
JEDER ART
LIEFERT DIE
PRODUKTIV-GENOSSENSCHAFT
F. D. BEZIRK HALLE-MERSEBURG, eGmbH
HALLE A. S., LERCHENFELDSTRASSE 14
FERNSPRECHER: 21045, 21047, 22251
ABT.: BUCH- UND KUNSTDRUCKEREI

Ia. Speisekartoffeln 538
billig
Lebensmittelhaus, Spitze 24

Wo speise ich gut und billig im
Volkspark?
Burgstraße 27 Tel. 21107

Der Herr Regierungspräsident in Merseburg hat das Mindestdeckgeld für Ziegen für das Kalenderjahr 1929 auf 2,50 Mk. festgesetzt. [308]

Eisleben (Lutherstadt), den 7. Februar 1929.

Der Stadt-Ausschuß. J. V. gez.: Dr. Waltsgott.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019290220-19/fragment/page=0004

Nr. 43 — 9. Jahrgang 1. Beilage

Halle, 20. Februar 1929

Der proletarische Reporter

Mit Feder und Kamera quer durch die Welt

Panzerkreuzer „Meschrabpom"

Die Erfolge der sozialdemokratischen Koalitionsminister in der Flottenpolitik Deutschlands haben ansteckend gewirkt auf die Bolschewisten in der Sowjetunion. So ist jetzt der Bau eines wassersstoßenden Kriegsschiffes in Angriff genommen, welches alles bisher Dagewesene auf diesem Gebiete in den Schatten stellt. Während aber in Deutschland gewisse vaterlandsfeindliche Kreise alles unternommen haben, um den Bau eines Panzerkreuzers zu verhindern, ja sogar versuchten, eine Volksabstimmung in dieser Frage herbeizuführen, wird in Rußland der Bau dieses Kriegsschiffes mit großem Enthusiasmus begrüßt.

Interessant ist die Tatsache, daß gerade jene Kreise, welche in Deutschland die Bewegung gegen den Panzerkreuzer in Szene setzten, bei dem Bau des russischen Kreuzers ihre Finger im Spiel haben, ja sogar die eigentlichen Inszenatoren sind.

Der Bau und die Leitung dieses Kriegsschiffes wurden von der russischen Abteilung der Internationalen Arbeiter-Hilfe übernommen und das Schiff wird auch den Namen „Meschrabpom", die russische Abkürzung für die Internationale Arbeiter-Hilfe, tragen.

Aber es kommt noch schöner. Während immerhin die Anhänger der deutschen Flottenpolitik mit der „Bedrohung des heimischen Herdes" operieren und so den Massen die „Notwendigkeit" zum Bau der Panzerkreuzer A — B — C — usw. suggerierten, geben die russischen Bolschewiken unumwunden zu, daß der Panzerkreuzer „Meschrabpom" lediglich gegen den „inneren Feind" losgelassen werden soll, bis zu dessen vollständiger Vernichtung.

Das Schiff liegt zurzeit im Hafen von Astrachan, dem Mündungspunkt der Wolga und

hat schon mit der Uebernahme der Munition und eigenartiger Instrumente, wie man sie bis jetzt noch nie auf Kriegsschiffen gesehen hat, begonnen.

Geheimnisvolle Ballen, kleine runde Blechbüchsen werden in großen Mengen verladen. Die Mobilmachung des Schiffes soll mit dem Anfang der Navigation erfolgen. Der Feldzug geht nämlich gegen den gefährlichsten inneren Feind, der nicht allein in Rußland, sondern auch in allen kapitalistischen Ländern als der größte Schädling am Wohl der werktätigen Massen auftritt.

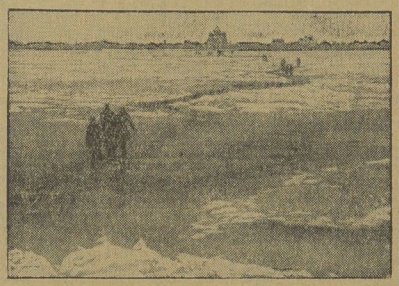
Der Feind heißt Unwissenheit, und den Kampf nennt man in Rußland Kulturrevolution

Gegen diesen Feind zu kämpfen, soll die Aufgabe der neuen Sowjetflotte sein, die im nächsten Jahr vergrößert werden soll und erhält dadurch, daß die Internationale Arbeiter-Hilfe diese Aktion durchführt, den Charakter einer internationalen Solidaritätsbewegung.

Das Schiff ist eines der bekannten Fracht- und Passagierdampfer, welche regelmäßig die Wolga und Kama befahren. Allerdings mußte der Dampfer vom Kiel bis Oberdeck umgebaut werden. In den unteren Räumen befinden sich die Lese- und Diskussionsräume, ferner ein besonderer Lektionssaal.

Im Mitteldeck ist ein Kinotheater für zirka 700 Besucher eingebaut.

Täglich werden für ganz kleine Eintrittspreise, für Arbeitslose und Dorfarme ohne Zahlung, die neuesten Kulturfilme vorgeführt. An das Kino schließen sich Unterhaltungsraum, Radiosaal und Teestube an. Das Promenadendeck enthält eine Ausstellung russischer Produktion, Kiosk für Literatur, Annahmestelle für staatliche Sparkasse usw.



Die Wolga bei Saratow

Spaziergang übers Eis

Die Aufgabe dieser Kulturexpedition ist, bis in die entferntesten Wolga-Ortschaften, wo keine regelmäßige Dampferverbindung besteht, vorzudringen und durch Vorführungen und Vorträge über alle Kulturfragen, agronomische Vorträge usw. zur Aufklärung der Arbeiter- und Bauernmassen beizutragen.

„Kulturni pochob" d. h. Kulturfeldzug der Internationalen Arbeiter-Hilfe nennt sich diese Aktion, geschaffen zum Wohle der proletarischen Massen.

Jos. Schneider, Moskau.

Katastrophe in einem Pariser Nachtasyl

Elf Personen durch Gas getötet

In einem Nachtasyl wurden gestern nacht elf Personen durch Ausströmen von Gas, das auf einen Rohrbruch zurückzuführen war, getötet.

Ueber die Gasvergiftungen wird berichtet, daß der Versuch der Feuerwehr, Rettung zu bringen, deshalb fehlgeschlagen ist, weil man die Bewußtlosen in einen benachbarten, ebenfalls mit Gas angefüllten Raum brachte.

Täglich Gaskatastrophen auch in Deutschland

Eine ganze Familie durch Gasvergiftung verunglückt

In Trier wurde eine aus Vater, Mutter und einem 25jährigen Sohn bestehende Familie **tot in den Betten aufgefunden.** Es liegt Gasvergiftung vor. Eine zweite im gleichen Hause wohnende Familie konnte noch um Hilfe rufen und wurde ins Krankenhaus gebracht. Das Gas war infolge eines Rohrbruchs von der Straße aus ins Haus eingedrungen.

Schwere Gasexplosion in Solingen

In Solingen erfolgte in der unteren Hauptstraße eine schwere Gasexplosion.

Bereits gestern abend hatte ein dortiger Einwohner Gasgeruch bemerkt. Die Arbeiter des Gaswerks konnten jedoch die undichte Stelle nicht finden. Man öffnete daher die Kanalschächte, damit das Gas entweichen konnte. Das Gas sammelte sich nun in einem verschlossen gewesenen Kanal

und explodierte schließlich mit großer Gewalt.

Vier Passanten wurden durch die Explosion verletzt, davon einer schwer. In einer Straßenfront von etwa 120 Meter Länge sind sämtliche Spiegel- und Fensterscheiben im Erdgeschoß der anliegenden Häuser zerstört. Im Umkreis des Schachts hat sich die Straße um etwa einen halben Meter gehoben und bietet ein Bild großer Verwüstung.

Mutter und Tochter erstickt

In dem Dorfe Baalberge bei Bernburg wurden die Landwirtsfrau Schwärzel und ihre zu Besuch bei ihr weilende Tochter durch Kohlenoxydgase vergiftet, die einem seit langen zum erstenmal wieder geheizten Ofen entströmten, dessen Rohr mit einem Lappen verstopft war.

Jede Polizei blamiert sich so gut sie kann

Die Steuermarken des Fleischermeisters

In Burg bei Magdeburg sind bei dem Fleischermeister Schmiel für 1450 Mark Einkommensteuermarken beschlagnahmt worden, weil man annahm, daß die Wertzeichen **aus dem großen Einbruch in ein Berliner Postamt stammen könnten.** Ein Berliner Kriminalkommissar, der in Burg darüber Untersuchungen anstellte, hat jedoch festgestellt, daß Marken dieser Art bei dem Berliner Einbruch nicht entwendet worden sind daß also die Vorräte des Schmiel nicht damit im Zusammenhang stehen können. Da aber angenommen wird, daß die Wertzeichen aus Einbrüchen in jener Gegend stammen, so sind Schmiel und sein Buchhalter Langner in Haft behalten worden.

Der Tod in der Zuckertrommel

Einen entsetzlichen Tod erlitten zwei 18jährige Arbeiter in der Zuckerfabrik Waschleben bei Erfurt. Sie hatten sich während der Frühstückspause in eine zum Zuckertrocknen aufgestellte Trommel der Zuckerfabrik gesetzt und diese in Gang gebracht. Da die Trommel mit großer Geschwindigkeit rotierte, gelang es ihnen nicht, sie wieder abzustellen. Nach der Frühstückspause fand man beide in **fürchterlich verstümmeltem Zustande tot in der Trommel auf.**

Der Lohngeldräuber Dümisch,

der vor mehreren Wochen auf der Zeche Königsborn bei Dortmund 250 000 Mark Lohngelder erbeutet hat, wurde gestern in Hamburg festgenommen. Bei seiner Verurteilung werden ihm als einem Pinkerton-Häuptling sicherlich mildernde Umstände zugesprochen werden.

Betriebsmord!

Bei einer Explosion von ca. 100 Litern flüssiger Luft im Schacht Merkers (Rhön) wurden **zwei Arbeiter in Stücke gerissen.**

Auch eine Austragung von Konkurrenzstreitigkeiten

In Altenburg erstach der Viehhändler Kirmse den Viehhändler Lichtenstein, schnitt der Leiche den Kopf ab und verletzte die Frau des Ermordeten lebensgefährlich. Der Täter ist flüchtig.

Der brasilianische Kaffeedistrikt

ist durch eine Ueberschwemmung, die größte seit 40 Jahren, heimgesucht worden. 5000 Häuser stehen unter Wasser, 25 000 Personen sind obdachlos.

Wettermeldungen aus aller Welt

Risse im Neckar- und Rheineis

Beim Ueberschreiten des Neckars in der Gegend von Mannheim brachen gestern zwei junge Leute durch die Eisdecke. Während der 25jährige Kauffmann aus Ludwigshafen gerettet werden konnte, ist seine Begleiterin, eine 19jährige Mannheimerin, unter der Eisdecke verschwunden.

Auch im Rheineis sind inzwischen unter donnerähnlichem Krachen kilometerlange Risse entstanden. Die Bevölkerung, die noch am Sonntag den ganzen Tag über den Rhein schritt, wurde dringend davor gewarnt, den Fluß zu überschreiten.

Schneesturm in der Krim

In der Krim wütet ein schwerer Schneesturm. Der Schnee liegt an manchen Stellen fünf Meter hoch. Der Eisenbahnverkehr ist unterbrochen.

Frühlingswetter in Neuyork

Das Frühlingswetter, das seit Sonntag in Neuyork herrscht, steht in scharfem Gegensatz zu den Temperaturstürzen bis zu 11 Grad Celsius Kälte im mittleren Westen, in Kansas und Nebraska. Nunmehr wird in Neuyork ein Kälteeinbruch aus Kanada erwartet.

Die Kälte in der Libyschen Wüste

Die Kältewelle hat die Libysche Wüste zwischen Marsa Matruh und der Oaase Siwe erreicht. Dort bedeckte sich nach einem Regen die Oberfläche der Wüste mit Eis.

Eisenbahnunfall bei Kempten im Allgäu

Ein Toter, ein Schwerverletzter

Gestern nachmittag um 2.30 Uhr fuhr der Nachgüterzug 8430 bei der Einfahrt in den Kemptener Güterbahnhof auf eine Wagenpartie auf.

Der Lokomotivführer erlitt dabei so schwere Verletzungen, daß er kurz darauf starb.

Ein Hilfsarbeiter wurde schwerverletzt ins Krankenhaus eingeliefert. Die Lokomotive und ein Güterwagen wurden stark beschädigt.

Byrds Polarexpedition

Das Proviantschiff „Eleanor Bolling" der antarktischen Expedition Byrds traf am vergangenen Sonnabend, von der Walfischbucht kommend, in Dunedin ein und nimmt neue Ladung ein, um dann wieder nach der Walfischbucht zurückzufahren. Der Kapitän des Schiffes, Brown, erklärte, daß Anfang nächsten Sommers Flugzeuge ins Landinnere zum Grabe des Forschers Kapitän Scott fliegen würden. Er glaube nicht, daß der Polarflug vor dem nächsten Sommer stattfinden könne.

In Toul

ist, wie der „Matin" berichtet, das Proviantamt durch Feuer teilweise zerstört worden.

Auf dem Bahnhof Boucle in Ostflandern

fuhr ein Personenzug auf einen Güterzug auf. Zwei Personen wurden getötet und 20 bis 25 verletzt.

Bei Dijon

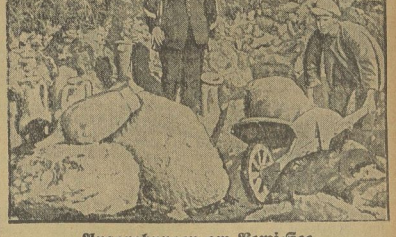
wurde gestern früh ein Postauto überfallen. Der Chauffeur des Autos wurde schwer verletzt aufgefunden.

Opel wird amerikanisch

Wir erinnern uns noch, mit welchem Aufwand an Hurra-Patriotismus die Firma Opel groß geworden ist. Auch die Konjunktur, sich billig adeln zu lassen, erwischten die Herren Opel gerade noch am Schwanze. Sie machten kein schlechtes Geschäft.

Aber die Zeiten haben sich geändert, und die goldene Internationale verspricht noch mehr Einkünfte als das betonte Nationalbewußtsein. Von Opels benutzen diese Gelegenheit, mehr zu verdienen. Sie verkaufen ihre Werke für guten Preis an die „General Motors" nach Amerika, an den größten Automobilkonzern der Erde. Den Rüsselsheimer Arbeitern ist es gleichgültig, welche Nationalität der Ausbeuter vertritt, gegen den sich ihre Feindschaft richtet.

70 000 Mark für ein Buch. Auf der Bücherauktion des Neuyorker Hauses Kern wurde wieder einmal ein Rekord geschlagen. Die Erstausgabe — nicht einmal das Manuskript — des weltbekannten Werkes „Gullivers Reisen" von Swift war in einem Exemplar zur Versteigerung gekommen. Nach aufregendem „Gefecht" wurde es dem Meistbietenden für den Betrag von 70 000 Mark zugesprochen. Für eine Bücherschrankprotzerei haben die Kapitalisten ja schon oft das Zehnfache eines Arbeiterjahreseinkommens übrig gehabt.



Ausgrabungen am Nemi-See

Der Nemi-See in den Albaner-Bergen bei Rom wird ausgepumpt, um zwei Prunkschiffe des Kaisers Tiberius von unermeßlichem Werte freizulegen. Nach monatelangen Arbeiten ist es nun gelungen, den Spiegel des Sees um zwei Meter zu senken. An den trockengelegten Ufern hat man jetzt die ersten Funde gemacht, und zwar, wie unser Bild zeigt, wertvolle Terrakottakrüge aus dem antiken Rom. Mussolini wird die Prunkschiffe vielleicht dem Papst verehren.

Immer treu!

Der Zimmermann: Hilfe Herr Leutnant! Wir sind überfallen. Der Verbrecherverein „Immertreu" schießt! Ein Kamerad ist tot.

Skyolentnant: Was sagen Sie! Immertreu! Wir sind immer treu dem Befehl des Herrn Zörgiebel. Sehen Sie nicht, daß wir eine Beerdigung des RFB. auseinanderhauen müssen? Wir haben keine Zeit, uns um Sie zu kümmern. Machen Sie die Fensterladen zu, dann kann Ihnen nichts passieren!

Aus der Februarnummer des **„Tribunal"**
Illustrierte Justizzeitung (bisher Roter Helfer)
Preis 10 Pfennig

Erhältlich in allen Arbeiterbuchhandlungen, Bezirksbüros der Roten Hilfe und bei den Funktionären der Roten Hilfe.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019290220-19/fragment/page=0005

Stadt Halle

20. Februar 1929.

Die Rote Armee ruft Dich

auf, alle Kräfte zur Verteidigung Sowjet-Rußlands einzusetzen. Je stärker die Kapitalisten aller Länder ihre Rüstungen zum Krieg gegen die Sowjetunion betreiben, desto intensiver müssen wir an die Vorbereitung des Schutzwalls um unser Arbeitervaterland arbeiten. Auch

Halle

muß seine Verbundenheit mit der Roten Armee bekunden.

Arbeiter, Klassengenossen, Kameraden, besucht den Werbeabend des RFB., Ortsgruppe Halle,

am 22. Februar 1929, abends 8 Uhr, im „Volkspark". Eintritt 50 Pf., Erwerbslose 30 Pf.

Nachwehen zum Leuchtturm-Prozeß

Stahlhelmer sind immer harmlose, junge Leute — Wieder ein mildes Urteil

Das überaus milde Urteil im Leuchtturmprozeß hatte die Stahlhelmregisseure kühn gemacht und veranlaßt, eine „Protestversammlung" gegen diese Ungerechtigkeit aufzuziehen. Diese fand am 6. November v. J. im „Wintergarten" statt.

Im Verlauf dieser Versammlung ist auch die Schupo in der Kritik schlecht davon gekommen. An „Aufwiegelung zum Klassenhaß" scheint es nicht gefehlt zu haben. Nach Schluß der Veranstaltung glaubte man, den Riebeckplatz für sich beanspruchen zu können. Polizei und Rotfrontkämpfer wurden mit Schmährufen nicht verschont. Der Bäcker W., welcher in der Uniform des RFB. von den Stahlhelmstrolchen erwischt wurde, wurde von einer Horte „Losgelassenen" derartig mißhandelt, daß er in Schutzhaft genommen werden mußte.

Den betreffenden Polizeibeamten griff man ebenfalls tätlich an und beide wurden umringt und abgeriegelt. Deswegen hatten sich der 20jährige Klempner K. Gebhardt und der Hausdiener K. Wilhelm, beide aus Halle, vor den Geschworenen zu verantworten. Die Staatsanwaltschaft sah in ihrer Handlungsweise nur Widerstand gegen die Staatsgewalt. Beide erklärten sich selbstverständlich als unschuldig. Auffällig war, daß die Zeugen alle erst nach ihrer Aussage vereidigt wurden. Dem „gedächtnisschwachen", aber „wortreichen" Jungstahlhelmführer Knoop mußten gar erst seine bei der Voruntersuchung gemachten Aussagen vorgelesen werden. An Widersprüchen mangelt es nicht.

Der Antrag des Staatsanwaltes lautete gegen Gebhardt wegen Widerstands auf 150 Mark Geldstrafe, während Wilhelm mit 30 Mark hart genug bestraft wäre.

Für den „arischen" Rechtsanwalt Peters war ein Freispruch selbstverständlich. Von der Wahrheit der Aussagen seiner Mandanten war er fest überzeugt, während die Aussagen der Schupos seiner Meinung nach lückenhaft und unsicher waren. Das Gericht belegte G. mit 60 Mark und W. mit 12 Mark Geldstrafe.

Das hätten rote Frontkämpfer sein müssen!

Der Knochen-SPD.-Stadtrat

Ein besonderes Vergnügen bereitet uns jedesmal das Studium des „Volksblatt"-Berichtes über die jeweiligen hallischen Stadtverordnetenversammlungen. Man kann bei diesem Studium Erfahrungen sammeln in mancherlei Hinsicht. Eine, die man immer wieder machen wird, ist die, daß man beim Vergleich mit den Berichten der bürgerlichen Zeitungen eine absolute Uebereinstimmung in der Polemik gegen die verhaßten Kommunisten finden wird. Eine zweite besteht darin, daß man den Lokalredakteur des „Volksblättchens" immer wieder als Jongleur von Wortbildungen entdecken kann, die die ungetrübteste Heiterkeit erwecken. So berichtet der gute Mann gestern folgendes: „Eine ganze Kollektion kommunistischer Redner nagte noch eine Weile an dem Knochen-SPD.-Stadtrat herum . . ."

Wir überlassen es der Phantasie der hallischen Arbeiter, sich dieses Bild näher auszumalen.

Polizeibeamte schwören nie falsch!

Vor dem Schöffengericht kam eine Angelegenheit zur Verhandlung, die dem Genossen Borrmann in seiner Eigenschaft als Führer der RFB.-Ortsgruppe Halle ein polizeiliches Strafmandat eingebracht hatte.

Im Oktober des vorigen Jahres marschierten die Teilnehmer eines Funktionärkursus des RFB. unter Führung des Genossen B. vom Paradeplatz zur Eichendorffstraße. Wegen Pflasterarbeiten war die obere Bernburger Straße von Ecke Mühlweg bis Reileck gesperrt, da aber genügend Platz für die marschierende Kolonne auf der rechten Hälfte des Fahrdammes war, beabsichtigte Genosse B., diese Straße entlang zu marschieren. In zahlreichen ähnlichen Fällen war dies ohne jede Schwierigkeit möglich gewesen, anders sollte es allerdings diesmal werden.

Wie immer bei solchen Gelegenheiten, begleitete auch an dem fraglichen Abend ein Polizeiwachtmeister „zum Schutze der Marschierenden" den Zug. Nachdem dieser merkte, daß die Kolonne die obere Bernburger Straße herauf zu marschieren beabsichtigte, drängte er sich, ohne vorher mit dem Führer des Zuges Rücksprache genommen zu haben, in die Kolonne und schrie ihr entgegen, daß diese Straße nicht entlang marschiert werden dürfe. Bei der Größe der Kolonne war es selbstverständlich, daß durch dieses eigenartige Vorgehen des „Schutz"polizisten eine gewisse Unruhe und, hiermit verbunden, eine Stockung des Straßenverkehrs eintrat. Genosse Borrmann gab deshalb an die Marschierenden einfach den Befehl, in Rotten links und rechts den Bürgersteig zu benutzen. Unter dem Gelächter aller Umstehenden mußte der den Fahrdamm hütende Staatswächter nun einsehen, daß seine Provokation ohne Erfolg gewesen war. Seine Rache für diese Blamage suchte er in einer Anzeige, die er gegen den Genossen B. erstattete.

Nur 6 Mark wollte die „arme" Polizeiverwaltung für den Verstoß gegen die Verkehrsvorschriften haben.

In der Verhandlung vor dem Schöffengericht versuchte der Vorsitzende den Genossen Borrmann zur Rücknahme seines Einspruches zu bewegen, indem er darauf hinwies, daß die erteilte Strafe so gering sei, daß bei einer durch das Gericht zu verhängenden Strafe dieselbe wohl bedeutend höher wird.

Der Herr Amtsgerichtsrat gab sich also gar keine Mühe, den sonst üblichen Schein einer „Objektivität" zu wahren.

Aus dem Munde des Amtsrichters hörten wir dann auch, daß der Polizeiwachtmeister Hartwig häufig als Zeuge vor den Schranken des Gerichts erscheint. Man hat es allem Anschein nach also hier mit einem jener „Ordnungshüter" zu tun, die ihre Stärke in dem Erstatten möglichst vieler Anzeigen sehen.

„Bei Gott dem Allmächtigen" beschwor er, schon vor der Mühlwegkreuzung den Gen. Borrmann darauf aufmerksam gemacht zu haben, daß der Zug die gesperrte Straßenhälfte nicht marschieren dürfte. Der Antrag des Genossen Borrmann, die von ihm dem Gericht bereits vorher genannten Zeugen, die das Gegenteil beweisen können, nunmehr zu laden und den Termin vorläufig zu vertagen, wurde abgelehnt. Der Vorsitzende war der Meinung, daß die Aussage eines Polizeibeamten, besonders wenn er unter Eid macht, unbedingt der Wahrheit entsprechen müsse. Alle vom Genossen B. gemachten gegenteiligen Einwendungen fanden einfach kein Gehör. Das Gericht schloß sich dem Antrage des Staatsanwaltes an und verurteilte den Genossen B. zu 30 Mark Geldstrafe.

Das letzte Wort ist in dieser Angelegenheit allerdings noch nicht gesprochen. Wir werden dem anzeigewütigen Schupo beweisen, daß auch ein Beamter etwas vorsichtiger mit einer Eidesleistung umzugehen hat, als das bei manchem allgemein üblich zu sein scheint!

Erschütterndes Dokument hallischen Wohnungselends

Unter den menschenunwürdigsten Verhältnissen „wohnt" der Arbeiter Otto Koch, Halle, Langestraße 6. Das Haus ist ein altes Gebäude und in einem Zustand, daß ein Wohnen darin zur Unmöglichkeit wird. Trotzdem ist dieses Haus von zahlreichen Proleten bewohnt. Unter anderen auch von dem oben genannten Arbeiter. Dieser „wohnt" mit seiner Familie (16 Personen) in einer Stube von zirka 20 Quadratmeter Fläche. Die Stube ist 2,10 Meter hoch. Die 16 Personen setzen sich zum großen Teil aus Kindern zusammen, die laut ärztlichem Gutachten tuberkulös sind. Die „Schlafkammer" ist zirka 16 Quadratmeter groß. In der „Kammer" ist alles feucht. Die Wände sind vereist und voller Reif. Der Fußboden verfault. Die Bettstellen faulen an, die Matratzen verschimmeln und die Betten sind feucht und verstockt. In diesem Raum stehen drei Betten, in denen zehn z. T. erwachsene Personen schlafen. Ein Skandal, der seinesgleichen sucht. Infolge Platzmangels können Betten nicht aufgestellt werden, so daß ein Familienmitglied zeitweise auf den Dielen geschlafen hat. Die „Küche" ist ein dunkles Loch (6 Quadratmeter). Ein Bett ist hier aufgestellt. Die Wohnung ist von Aerzten für unbewohnbar begutachtet worden. Trotz aller Bemühungen beim Wohnungsamt bekommt der Arbeiter keine andere Wohnung. Seine Beschwerden sind ohne Wirkung. Man verweist ihn auf den Tauschweg. Der Arbeiter wohnt seit Jahren in dieser „Wohnung". Durch die Feuchtigkeit in den Wänden ist ihm großer Schaden entstanden. Er muß fast jedes Jahr neue Matratzen und Betten kaufen. Daß es derartige Zustände gibt, ist bezeichnend für das soziale Gesicht dieser Republik. Wir fordern, daß hier schleunigst Abhilfe geschaffen wird.

Das Sprachorgan des Proletariats

im Bezirk Halle-Merseburg, die Zeitung, die zum großen Teil nur von Arbeitern geschrieben wird, ist der „Klassenkampf". Seine wichtigsten Mitarbeiter in Stadt und Land, im Betrieb und auf der Straße sind

die Arbeiterkorrespondenten

Sie und die Redaktion wollen am nächsten Sonntag, dem 24. Februar, vormittags 9 Uhr, in Halle, Produktivgenossenschaft, Lerchenfeldstraße 14, zusammenkommen zu ernster Aussprache, zu einer Zusammenkunft, wo wir Wünsche, Beschwerden, Anregungen besprechen wollen.

Kommt alle zur Konferenz am nächsten Sonntag!

Stahlhelmrummel — Tierarzt — Nächstenliebe!

Am 9. September v. J. trat der Tierarzt R. Roggendorf aus Lauchstädt in „seligem" Zustande per Auto die Rückfahrt vom Stahlhelmrummel in Schafstädt an. Auf der Straße Lauchstädt—Schafstädt, die als ziemlich verkehrsreich bekannt ist, überfuhr er den Zimmermann Sch., der sich erheblich verletzte und noch heute an Krücken geht.

Der Tierarzt lehnte es einfach ab, den Schwerverletzten in seinem Auto nach der nächsten Ortschaft zu bringen.

Seine Besoffenheit wurde dem Roggendorf durch mehrere Zeugen nachgewiesen. R. wollte bestreiten, als Täter überhaupt in Frage zu kommen, da sich an seinem Auto keinerlei Anzeichen eines Zusammenstoßes gezeigt hätten. Man bedenke, von einem Zusammenstoß mit einem Menschen will dieser kluge Mann nichts gemerkt haben.

Das Gericht ging über den Antrag des Staatsanwaltes von 400 Mark hinaus.

Es unterstrich die rohe Handlungsweise des Angeklagten und erkannte auf 600 Mark Geldstrafe, sowie Tragung der Gerichtskosten.

Der arme Zimmermann aber behält einen Knacks sein Lebelang.

Schlüssel gefunden in der Wörmlitzer Straße. Abzuholen Stadtgutweg 9 II r.

Eva, das Operettenmädel

Nach dem Geist von Weimar und dem preußischen Parademarsch die Wirtschaftsdemokratie

Zu den größten Vergnügungen des deutschen Spießers gehört es, in vergangenen Zeiten herumzuschnüffeln und dort künstlerische Ausgrabungen vorzunehmen, um den Massen die brutale Wirklichkeit mit romantischem Zauber zu verdecken. Es versteht sich daher, daß nur die Funde Verwertung finden, die solcherlei Hokuspokuszweck erfüllen. Stößt der Bürger auf eine Kulturschicht zurückliegender Epochen, die heute noch aktuell wirken könnte, die nicht nur für ihre eigene Zeitgestaltung, sondern auch für die heutige gewisse typische Charakterzüge aufweist, und zwar im fortschrittlichen Sinne — dann wird über die sonst mit Jubelgeschrei begrüßte antike Aquisition schnell wieder eine Schicht geistiges Mottenpulver geschüttet. So geschah es, als am hallischen Stadttheater Verdis Oper „Die beiden Foscari" aus achtzigjährigem Schlummer zu ihrem großen musikalischen Leben erweckt wurde. Wäre es ein Deutscher gewesen, von dem man ein Jugendwerk ausgrub, die bürgerliche Welt hätte gejubelt ob der „Entdeckung eines bestimmten Entwicklungsstadiums, das zwar völlige Reife noch vermissen läßt, aber die Grundzüge des Genies schon erheblich durchschillern ließe" . . . In diesem Stil wären sich die bürgerlichen Zeitungen bestimmt ergangen. Aber Verdi war kein Deutscher, sondern nur ein Italiener, noch dazu einer, der manchmal rebellierte, und der Nationalismus ist eine Zier.

Da stock ich schon. Denn im Programmheft, das am Tage der Uraufführung der „beiden Foscari" herauskam, macht sich ein Artikel des Kapellmeisters Siegbert Mees breit, nicht etwa über Verdi, sondern über Franz Lehar und seine Operette „Eva", bei der er schamhaft die Bezeichnung „Das Fabrikmädel" wegläßt. Franz Lehar ist nun zwar auch kein Germane, sondern ein Ungar, und zwischen Mussolini und Horthy gibt es keinen Unterschied. Aber von Lehar wird ein altes Werk ausgegraben dessen ungeachtet und ungeachtet des ordinären Rhythmus, der seine Operetten kennzeichnet. Denn diese Musik aus dem Jahre 1911 scheint den Motiven einer Wettgurgelveranstaltung entnommen zu sein. Aber was macht das alles: Franz Lehar war der Schöpfer der Goethe-Operette „Friederike", und wer Tauber sowie die Tantieme hat, braucht für den Erfolg seiner ältesten Schwarten nicht zu sorgen.

Da ist es denn sehr aufschlußreich, wie im Verdi-Uraufführungs-Programmheft von Herrn Mees verkündet wird, Lehar „gestaltet opernhafte Rezitative, die untermalt werden von alterierten Akkordfortschreitungen." **Ich weiß nicht, was das ist, erhebe daher** auch nicht den Anspruch, mit jenen Fachleuten konkurrieren zu können, die bei Lehar Opernstil, bei Verdi dagegen operettenhafte Züge entdecken. Eins aber ist dazu zu sagen: daß es sich um ein Kulturbanausentum handelt, für das es keinen parlamentarischen Ausdruck mehr gibt.

Formale Dinge sind ja immer an ihren Inhalt gebunden. Und wenn man den kennt, braucht's einen nicht zu wundern, daß Herr Mees auf dem Rücken des Verdi-Programms schreiben darf: „In diesen Tagen wird Franz Lehar besonders gefeiert." Denn die Operette des Stadttheaters entwickelt sich so folgerichtig wie nur möglich. Daß auf den Geist von Weimar der preußische Parademarsch folgen mußte, auf „Friederike" die „Barberina", ist ebenso selbstverständlich wie die Entwicklung vom Parademarsch zur direkten Verhöhnung der Arbeiterschaft, zur Anpreisung einer Wirtschaftsdemokratie, für die Herr Hilferding das theoretische Programm liefert. Denn das und nichts anderes bedeutet die Operette „Eva" (das Fabrikmädel)". Die alte Geschichte vom Chef, der die arme Arbeiterin schließlich doch noch heiratet, ist hier in einer ganz besonders niederträchtigen Weise aufgezogen. Das „Aschenbrödelein" bekommt seinen „Märchenprinzen", bekommt Kleider und Schmucksachen, die aus dem Schweiße von Evas schuftenden Kolleginne erpreßt worden sind, und die Bühnenarbeiter des Theaters mußten sich deswegen zu der widerwärtigen Statistenrolle einer moralisch verprügelten, etwas Aufsässigkeit mimenden Rotte hergeben, während aus dem Chor ein gelber Werkverein gebildet wird, der auf den Chef der Glasfabrik ein Hoch nach dem andern ausbringt. Ist es gleich künstlerischer Unsinn, hat es doch Methode. Eben erst ist „Schichtwechsel" im Schauspiel mit seiner Verhöhnung der Betriebsrätebewegung als Volksbühnenstück über die Bretter gegangen, im Thalia-Saal begibt sich unter Geschäftsaufsicht die Geschichte einer armen Kirchenmaus, die auch vom Chef geheuert wird, und nun „Eva", das Fabrikmädel. Die Verantwortlichen werden dazu wahrscheinlich bemerken, daß sie sich dabei „gar nichts gedacht" haben. Aber das ist ja ihre Tendenz, diese aus Stupidität und Böswilligkeit gemischte scheinbare Tendenzlosigkeit. Hohn und Gift für die werktätigen Massen.

Es ist der hallischen Arbeiterschaft aufs dringendste anzuraten, von dieser Operette fernzubleiben.

Olf.

Joachim Ringelnatz in Halle

Heute beginnt im „Modernen Theater" das interessante, nur für acht Tage bemessene Gastspiel des neuzeitlichen Dichters Deutschlands, Joachim Ringelnatz. Bei dem großen Anhänger- und Freundeskreis, dessen sich Ringelnatz auch bei den Hallensern erfreut, ist die Nachfrage nach Karten seit Bekanntgabe des Gastspiels eine sehr große und hat sich infolgedessen die Direktion entschlossen, den Kartenvorverkauf täglich ab 11 Uhr vormittags ununterbrochen im Bureau des „Modernen Theaters" stattfinden zu lassen.

Sturm über Asien

Gedanken eines Arbeiters

A.-K. Ich halte es für meine Pflicht, einige Zeilen über diesen Film zu schreiben, da nach meiner Meinung die Kernfrage noch nicht genügend berührt worden ist.

Man wirft uns vor, daß die Sowjetfilme tendenziös seien. Wir bestreiten das nicht. Wir sagen aber, daß es keine tendenzlosen Filme gibt. Auch in diesem Film ist eine gewisse Tendenz da, nicht so, wie es der kurzsichtige „Volksblatt"-Berichterstatter meint, der nur den Silberfuchs sieht. Die hallischen Arbeiter brauchen da auch nichts zu „mißdeuten". Der Film spricht für sich selbst. Die Tendenz des Filmes ist eine ausgesprochen antiimperialistische. Der Imperialismus in Reinkultur wird in diesem Film glänzend gezeigt. Geistlicher, Kaufmann und Soldat, das sind Säulen des Imperialismus. Und im Film sieht man sie in ihrer Tätigkeit. Aber auch die rebellierenden Massen, die gegen den Imperialismus kämpfen, werden richtig gezeigt. Der „Volksblatt"-Künstler sieht natürlich nicht diese Tendenz. Er sieht nur die Kunst an und für sich. Das ist auch erklärlich, da seine Partei und die gesamte 2. Internationale eine offen imperialistische Politik machen.

Der Schreiber dieser Zeilen kann berichten, wie „freundschaftlich" die Macdonald-Regierung in Transjordanien im Jahre 1923 gewirtschaftet hat. Es ist doch kein Unterschied zwischen den Engländern in Aegypten und den Engländern in der Mongolei. Macdonald und Baldwin sind in ihrer imperialistischen Politik gleich, und wir hallischen Arbeiter brauchen dazu nur zu sagen, daß wir genau fühlen, daß der Film „Sturm über Asien" ein Schlag ins Gesicht der Imperialisten ist.

Noch eins: Die bürgerliche und sozialdemokratische Presse bellt von einem „roten Imperialismus". Ich behaupte, daß ein imperialistischer Staat nie einen solchen Film drehen lassen wird. Wir sind sicher, daß die Sowjetregierung diesen Film in allen Kolonialländern hätte umsonst laufen lassen. Aber wir wissen auch sehr gut, daß die Imperialisten den Film niemals zulassen werden. Dagegen stellen wir fest, daß die Aufnahmen dieses Films in der Sowjetunion, in dem „geknebelten" Georgien und in anderen sowjetrussischen Bundesstaaten gedreht worden ist, ohne dem „roten Imperialismus" geschadet zu haben. Dieser Film ist das beste Dokument, um zu beweisen, daß der Sowjetstaat die freieste Republik für alle unterdrückten Völker ist. Wir sind sicher, daß die Kolonialvölker die Oktober-Revolution nachmachen werden.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019290220-19/fragment/page=0006

Arbeiter-Sport

Nr. 43 — Mittwoch, 20. Februar 1929

Die 5. Gruppe im ATuSB. bleibt weiter oppositionell

Eine Pleitekonferenz des Spalters Festerling in Könnern

Der von Festerling einberufene Gruppentag der 5. Gruppe am Sonntag in Könnern war eine Pleite für die Spalter. Die Reformisten wollten auf dieser Konferenz die Spaltung der Gruppe herbeiführen. Dies ist ihnen nicht gelungen. Von den 16 Vereinen, die die Gruppe zählt, waren nur sieben erschienen. Zur Eröffnung der Tagung stellte ein oppositioneller Genosse den Antrag, daß der ausgeschlossene Turnverein Seeben zugelassen wird. Die Reformisten stürzten sich mit einer Wut über die oppositionellen Genossen her und verlangten, daß die anwesenden ausgeschlossenen Seebener Genossen den Sitzungsraum verlassen sollten Nach einer erregten Debatte gaben letztere nach,

da die Tagung sowieso ein jämmerliches Bild in der Zusammensetzung abgab.

Trotzdem wurde bei der Bureauwahl der Genosse Schlechtweg aus Sennewitz zum Vorsitzenden gewählt.

Festerling hielt ein Referat zu den Ereignissen in der 5. Gruppe. Dabei entwickelte er eine ganz gemeine Kommunistenhetze. Die innerparteiliche Diskussion der KPD. mußte dazu herhalten, um sich vor den Mitgliedern wegen seiner spalterischen Tätigkeit etwas rechtfertigen zu können. Dennoch fanden seine Ausführungen keinen Anklang. Einige oppositionelle Delegierte gaben ihm die richtige Antwort und legten folgende Resolution vor, die mit vier gegen drei Stimmen angenommen wurde.

Die 5. Gruppe im 6. Bezirk des Arbeiter-Turn- und Sportbundes protestiert aufs schärfste gegen den diktatorischen Kurs, der von den Kommissaren des Bundesvorstandes Festerling, Drescher u. a. gegen die Turner und Sportler angewandt wird. Der Ausschluß des Turnvereins Seeben ist nur auf das Betreiben Festerlings zurückzuführen, was der Sportler Schöne, Teicha, bereits bestätigt hat.

Die Kommissare des Bundesvorstandes im 6. Bezirk zeigen nicht den geringsten Willen, die Arbeiter-Turn- und Sportbewegung aufzubauen. Im Gegenteil, ihre Maßnahmen beweisen, daß sie gegen jeden oppositionellen Verein mit Ausschlüssen drohen oder sie bereits durchgeführt haben. Die Nichtanerkennung des letzten Gruppentages am 30. Dezember v. J. läßt deutlich erkennen, daß Festerling die 5. Gruppe im Interesse der Politik der Sozialdemokratischen Partei zerschlagen will. Kein anderer Grund ist vorhanden, sonst wäre der Turnverein Seeben nicht ausgeschlossen worden. Die Delegierten der 5. Gruppe auf dem Gruppentag in Könnern wenden sich gegen die Spaltung der Arbeiter-Turn- und Sportbewegung. Sie stellen sich geschlossen hinter den alten Gruppenvorstand. Sie fordern, daß der Ausschluß des Turnverins Seeben zurückgenommen wird.

Die Turn- und Sportvereine der 5. Gruppe geloben, weiterhin sich für die Wiederaufnahme aller ausgeschlossenen Vereine und Mitglieder einzusetzen. Sie kämpfen für die Einheit der Arbeiter-Turn- und Sportbewegung, gegen die Spaltung derselben durch die Reformisten.

In der weiteren Debatte behauptete ein SPD.-Mann aus Könnern, daß der Ausschluß des Turnvereins Seeben zu Recht erfolgt sei. Auf einer Gruppentagung habe dieser Verein eine Sammlung für die IAH. zur Unterstützung der streikenden und ausgesperrten Ruhrarbeiter vorgenommen. Mit diesen Mitteln seien die unorganisierten Arbeiter unterstützt worden, und daher habe man gegen die gewerkschaftlichen Grundsätze verstoßen.

In Wirklichkeit wurde diese Sammlung nicht vom Turnverein Seeben angeregt, sondern von einem anderen Delegierten der Gruppentagung. An dieser Verleumdung ist zu ersehen, mit welchen Mitteln sich die Spalter der Opposition entledigen wollen. Auf dieser Tagung vertrat Schöne, Teicha, eine andere Ansicht über Seeben als früher. Er ist ein politischer Wechselbalg, wie man ihn selten wieder findet.

Bei der Wahl zeigte sich die ganze Kläglichkeit dieser, von den Reformisten einberufenen Spaltertagung. Da die wenigen oppositionellen Delegierten der Tagung keinen großen Wert beigemessen hatten, wählte man den SPD.-Schöne aus Teicha. Als die weiteren Funktionen besetzt werden sollten, fanden sich keine Genossen dafür. So wurde dieser „Allerweltskerl" noch Kassierer und technischer Leiter der Gruppe.

Anwesende SPD.-Sportler erklärten, nicht fähig zu sein, einen derartigen Posten zu bekleiden.

Als einige Delegierte über die staatlichen Zuschüsse für die Arbeiter-Turn- und Sportbewegung von Festerling Auskunft haben wollten, wie es komme, daß die Bürgerlichen mehr Mittel erhalten, gab dieser folgenden Bescheid:

„Die Verteilung der Mittel wird auf demokratischer Grundlage vorgenommen, und da die Deutschen Turner bedeutend stärker an Mitgliedern sind als die Arbeiter-Turn- und Sportbewegung, erhalten erstere auch mehr finanzielle Zuschüsse. Dies sei vollständig richtig."

Diese Einstellung kennzeichnet am allerbesten den Reformisten Festerling.

Das „Volksblatt" jubelt über einen großen Sieg der „Bundestreuen". Es schreibt von einer KPD.-Niederlage. Dies stimmt nicht. Ein Teil der Vereine hatte sich zur Besprechung der Lage in der 5. Gruppe in einem anderen Ort zusammengefunden. Somit war es leider Festerling möglich, den Schöne von Teicha in die Position des Gruppenvorsitzenden zu bringen. Trotzdem bleibt die 5. Gruppe weiterhin oppositionell. Da noch nicht einmal die Hälfte der Vereine auf der Tagung anwesend war, wird die Wahl der neuen Gruppenleitung durch die Mehrzahl der Vereine beanstandet werden. Bisher ist es in der Gruppe üblich gewesen, daß die Sportler der 5. Gruppe, die auf der Tagung anwesend waren, stimmberechtigt waren. Aus diesem Grunde hatte Festerling die Beschlüsse des Gruppentages vom 30. Dezember v. J. für nichtig erklärt.

Zu der Tagung in Könnern hatte Festerling den § 7 der Bezirkssatzung extra geändert.

Dieses Manöver läßt erkennen, daß er es darauf anlegen wollte, die Opposition zu schwächen. Dies ist ihm nicht gelungen. Der nächste Gruppentag wird den Spaltern zeigen, daß die Opposition weiterhin wächst. Schöne & Co. werden nicht in der Lage sein, die Gruppenarbeit zu leisten. Sportler, seid deshalb auf der Hut! Verlangt die sofortige Einberufung einer neuen Gruppentagung.

Des „Volksblatt" Mißgeschick

Wieder zu plump geschwindelt

Die Sozialdemokraten trauen den Arbeitersportlern auch gar nichts zu. Jeder Protestruf, der auf Sportlertagungen gegen den Spaltungskurs laut wird, erfolgt — wie es die Sozialdemokraten sagen — auf B e f e h l der KPD.

Da ist jetzt aber dem „Volksblatt" ein kleines Mißgeschick passiert. Am Sonntagvormittag fand in K ö n n e r n der Gruppentag der 5. Gruppe statt. Dort reichten die oppositionellen Genossen eine Resolution ein, die laut „Volksblatt"-Bericht

„...diesmal nicht auf der Seebener Gemeindeschreibmaschine, sondern in der Lerchenfeldstraße in Halle geschrieben war und von dem „z u f ä l l i g" in Könnern — allerdings nicht auf der Tagung — weilenden Herrn B e y l i n g erst früh importiert worden war".

In derselben Spalte, in welcher wir dies finden, steht der Bericht über den Athleten-Kreistag, der e b e n f a l l s am S o n n t a g, und zwar z u r g l e i c h e n Z e i t, stattfand, wie der Gruppentag in Könnern. Im Bericht über d i e s e Tagung schreibt das „Volksblatt wörtlich:

„Die Anwesenheit des „Klassenkampf"-Berichterstatters B e y l i n g bewies, daß die Leitung der hallischen KPD.-Zentrale dem Ausgang der Diskussion eine große Bedeutung beilegte."

Zur gleichen Uhrzeit kann er doch aber — selbst im Zeitalter des Raketenautos — nicht an zwei so einander e n t f e r n t e n Orten gewesen sein. Es bleibt also nur eins übrig: „die Spalter und „Volksblatt"-Seelen leiden am Verfolgungswahn.

W i r wollen an der kleinen Gegenüberstellung aber nur beweisen, daß der P r o t e s t g e g e n d i e S p a l t e r auch ohne „kommunistische Inspiration" i m m e r l a u t e r wird!

Die Spiele der Ausgeschlossenen

Sonntag, den 24. Februar, finden folgende Freundschaftsspiele statt:

75	½11 Uhr	Cröllwitz Jgd. — Reideburg Jgd.	ASC.
76	½12 Uhr	Cröllwitz 3. — Reideburg 3.	Trotha
77	13 Uhr	Cröllwitz 2. — Reideburg 2.	Lettin
78	½15 Uhr	Cröllwitz 1. — Reideburg 1.	ASC.
79	12 Uhr	Bruckdorf Jgd. — Viktoria Jgd.	Reideburg
80	13 Uhr	Bruckdorf 2. — Diemitz 2.	Gröbers
81	½15 Uhr	Bruckdorf 1. — Diemitz 1.	Trotha
82	12 Uhr	ASC. Jgd. — Lettin Jgd.	Cröllwitz
83	13 Uhr	ASC. 2. — Lettin 2.	Reideburg
84	½15 Uhr	ASC. 1. — Lettin 1.	Sportbrüder
85	½13 Uhr	Gröbers 2. — Trotha 2.	Bruckdorf
86	14 Uhr	Gröbers 1. — Trotha 1.	Viktoria
87	13 Uhr	Viktoria 2. — Sportbrüder 2.	Cröllwitz
88	½15 Uhr	Viktoria 1. — Sportbrüder 1.	Diemitz

Alle interessierenden Vereine haben umgehend an meine Adresse folgendes zu berichten: Gesamtvorstand (einzeln — genaue Adresse), Vereinsanschrift, Vereinslokal (Telephon), Platz, Straßenbahnverbindung, Vereinsfarbe, Anzahl der zur Serie teilnehmenden Mannschaften (Nenngeld: Vollmannschaften 2 Mark, Jugendmannschaften 1 Mark, Schülermannschaften frei). Selbige Beträge sind zu der Mittwoch, 20. Februar) abends im „Volkspark" stattfindenden Fußballbörse abzuführen. Restloses Erscheinen der Vereine zu letzterer ist Pflicht.

I. A.: O. Schönfeld.

Vereinsmitteilungen

Sportbrüder. Sonnabend, den 23. Februar, abends treffen sich alle Mitglieder im Hotel „Stadt Dresden" (Martinstr. 10). Die Versammlung fällt demgemäß aus. Erscheinen ist Ehrensache. [215

Germania - Felsenfest. Am Sonnabend, dem 23. Februar, abends 8 Uhr, im Vereinslokal großer Lumpenball. [216

Boxklub International. Allen Mitgliedern zur Kenntnis, daß unsere Monatsversammlung am Sonntag, dem 24. Februar, vormittags 10 Uhr, im Vereinslokal „Neumarkt-Bierhalle", Breitestraße, stattfindet. Erscheinen eines jeden Mitgliedes ist Pflicht, da wichtige Punkte auf der Tagesordnung stehen. Die Vereinsabzeichen sind angekommen, sie sind beim Kassierer erhältlich oder in der Uebungsstunde Mittwochs und Sonntags. Zuschrift: W. B a r t h, Große Wallstraße 2. [217

Amsdorf 1. und 2. Mannschaft sowie den angesetzten Schiedsrichtern zur Kenntnis, daß die mit Wetzmar vereinbarten Spiele am Sonntag, dem 24. Februar, wegen Witterungsverhältnissen ausfallen. **Arbeiter-Sportverein Wetzmar.** [218

Der 3. Kreis des Arbeiter-Samariter-Bundes steht geschlossen zur Opposition

Am Sonntag fand der in aller Stille einberufene Kreistag des 3. Kreises des Arbeiter-Samariter-Bundes in Halle statt. Was die Spaltungswut des Bundesvorstandes zuwege gebracht hat, das zeigte die schwache Beteiligung an der Konferenz. Abstimmungsberechtigte Delegierte waren, einschließlich Bundesvertreter, Kreisleitung und Bezirksleiter ganze zwölf Mann anwesend. Wenn aber K r e t z s c h m a r geglaubt hatte, er wäre die Owwosition los, dann sah er sich bitter enttäuscht. Deshalb legte er und sein Kompagnon Dunkel es auch von Anfang darauf an, die Anwesenden zu provozieren. Die Tagung begann mit der Mitteilung, daß an der Tagung nur solche Delegierte und Funktionäre teilnehmen dürften, die den Revers unterschrieben hätten. Nach einer kurzen Verhandlung der Delegierten unter sich, erklärten sich dieselben bereit, die Reverse zu unterschreiben.

Kretzschmar gab vor den Berichten einen Ueberblick über die Entwicklung der Verhältnisse im Bezirk. Dabei entschlüpften ihm folgende bemerkenswerte Aeußerungen: „Wir wollen den Kreis vorwärts bringen. Die ganze Schädelspalterei hat keinen Zweck mehr." (?) Eine bessere Kennzeichnung seiner bisherigen Arbeit konnte er wahrlich nicht geben.

Dann folgten die Berichte der Kreisleitung, die deutlich zeigten, daß das ganze, gegen die Opposition aufgezogene Manöver ein einziger Skandal des Bundesvorstandes ist. Wenn besonders der Kreistechniker Genosse Eger einen, wenn auch kurzen, so doch inhaltlich so lehrreichen Bericht geben konnte, dann zeigt sich sofort, wie verbrecherisch hier gearbeitet worden ist. Sein Bericht zeigte,

daß überall Aufbauarbeit geleistet worden ist, die nun durch die Spaltungsaktion so jäh unterbrochen wurde.

Nach einem Vortrage von D u n k e l kam es zur Wahl der neuen Kreisleitung. Kretzschmar rückte dabei mit einem „Wunsche" der Bundesleitung heraus, nämlich, man möchte doch Ferchlandt in seiner Funktion belassen. Die anderen Positionen könne der Kreistag besetzen. Natürlich endete dieser Punkt mit einer eklatanten Niederlage des Bundesvorstandes. Zunächst lehnte es der Kreistag entschieden ab, sich vom Bundesvorstand irgendeine Person oktroyieren zu lassen. Er verlangte volles Selbstbestimmungsrecht. Schließlich zog sich der „Dreibund" rKetzschmar, Dunkel und Ferchlandt zu einer Besprechung zurück. Bei ihrem Wiedererscheinen gaben sie dem Verlangen der Delegierten nach und ließen die Wahl stattfinden. Dieselbe war geheim und brachte den SPD.-Mannen Kretzschmar und Ko. ein überraschendes Ergebnis.

Es fielen auf Schatz (KPD.) sieben Stimmen,

auf Ferchlandt (Hausknecht des Bundesvorstandes) vier. Drei Stimmzettel waren unbeschrieben. Das war fatal, man wurde verstimmt. In einer gewundenen Erklärung versuchte Kretzschmar dieses Ergebnis als ein Mißtrauensvotum gegen Schatz hinzustellen.

Dabei entwickelte er folgende Logik, gegen Schatz seien auch diejenigen Delegierten, die weiße Stimmzettel abgegeben hätten. Natürlich rechnete er diese Ferchlandt zu. Natürlich kann nichts über die Tatsache hinwegtäuschen, daß Ferchlandt außer seiner eigenen nur noch die Stimme Kretzschmars, sowie zwei Stimmen aus den Bezirken erhielt. Und weil Kretzschmar merkte, daß sein Exempel eine Milchmädchenrechnung war, versuchte er nunmehr, die Delegierten in schäbigster Weise zu provozieren. Kübelweise wurde der Hohn über die Delegierten ausgegossen. Aber diese bewahrten die Ruhe, so daß Kretzschmars Absicht, die Sitzung auseinander zu sprengen, mißlang. Es wäre wirklich zu schön gewesen, wenn er wieder hätte aus der Sitzung rennen können, um die weitere Wahl zu verhindern.

Allein die Delegierten ließen ihn höhnen und wählten als weitere Mitglieder der Kreisleitung lauter oppositionelle Genossen.

Kein Mensch dachte auch nur daran, Ferchlandt zu irgendeiner Funktion vorzuschlagen.

Dasselbe Bild ergab sich bei der Wahl des Delegierten zum Bundestag. Obgleich hier die Vorgeschlagenen nicht mit abstimmen durften, war die Einigkeit eine noch geschlossenere. Es entfielen acht Stimmen auf Jaeckel (KPD., drei auf Eger (KPD.), eine war ungültig.

Das Benehmen von Kretzschmar und Dunkel war während dieser Wahlen einfach skandalös. Mit blöden Zwischenrufen versuchten sie die Delegierten immer wieder zu provozieren und machten sich dabei nur lächerlich. Ob sie es noch einmal wagen werden, ihre Spaltungsmanöver durchzuführen? Ganz ausgeschlossen ist dies ja nicht, obgleich eine ganze Reihe Anträge angenommen worden sind, die eindeutig beweisen, daß die Mitgliedschaft sich zu wehren weiß. Diese Anträge besagen:

Die Kolonne W e i ß e n f e l s stellt zu § 17 des Bundesstatuts folgende Aenderung: „Die Kreisleiterkonferenzen haben keine Statutenänderung zu fassen, dieses kann nur durch den Bundestag oder Urabstimmung geschehen."

Antrag der Kolonne Ammendorf

Der Bezirkstag des 1. Bezirks des 3. Kreises vom 27. Januar 1929 beantragt die Aufhebung der Verpflichtungserklärungen, welche die letzte Kreisleiterkonferenz in Chemnitz beschlossen hat.

Anträge der Kolonne Hettstedt

Der Bundesvorstand wird beauftragt, auf dem schnellsten Wege einen ordentlichen Kreistag für den 3. Kreis einzuberufen, damit sich der Kreis eine Leitung selbst wählen kann, die das Vertrauen der Kreiskolonne besitzt. Nur auf diesem Wege kommen wir vorwärts.

Da die Bundesmitglieder betreffs der Reverse nicht vorher gehört worden sind, als es die Kreisleiter in Chemnitz beschlossen haben, verlangt der 3. Bezirk, daß über dieses erst der Bundestag gehört werden soll.

Die Kolonne P i e s t e r i t z beantragt: Der kommende Bundestag wolle beschließen, daß alle ausgeschlossenen Genossen wieder aufgenommen werden.

Gesamtbezirkstag des 6. Bezirks

Wählt oppositionelle Delegierte — Stellt Anträge gegen die Spaltung — Bereitet die Abrechnung mit den Spaltern vor!

Der günstige Wind wehte uns wieder einmal ein Rundschreiben des sich „Bezirksvertreter" nennenden F e s t e r l i n g auf den Tisch, dem wir entnehmen, daß am

Sonntag, dem 17. März, 9.30 Uhr im „Volkspark"

der Bezirkstag aller Sparten des Arbeiter-Turn- und Sportbundes stattfindet. Die übliche Tagesordnung, wie einzelne Berichte, Anträge, W a h l e n, Veranstaltungen und Verschiedenes, ist bekanntgemacht. Das Wichtigste ist, **daß Anträge bis zum 26. Februar an** Festerling, Tiergartenstraße 7, eingereicht sein müssen. Folgendermaßen äußert er sich im Rundschreiben noch über Mandatsbescheinigungen und Kopfsteuerbegleichung. Wer da bis 3. Februar seine restlichen Beiträge nicht beglichen hat,

ist am 17. März ohne Stimmrecht.

Höher gehts nimmer! Wir werden zu dieser Tagung, auf die wir noch eingehend zu sprechen kommen, viel erleben können. Den Boden aus dem Faß schlägt ein anderer Absatz. Er lautet: **Vereine, die gegen die Bundesstatuten verstoßen, haben kein Stimmrecht.** Wer gebietet da Einhalt? Hieß es nicht früher einmal: „und sollten wir 50 000 rausschmeißen!" Das Wohlwollen läßt sich aber leicht verstehen, denn kein anderer wie Festerling schrieb diese Sätze; und der versteht ja von der verderblichen Politik des Bundesvorstandes, die er nur durchführt, um zu Orden und Ehren zu kommen, nichts. Er ist gut genug, den Bundesbeschlüssen zurzeit „Geltung" zu verschaffen, die sich mit den Sportlern in W i d e r s p r u c h stellen. Dann will man aber, wie wir wissen, einen S o z i a l d e m o k r a t e n an die Spitze des Bezirkes stellen, der von sozialdemokratischer Spaltungspolitik mehr versteht, als Festerling. Dessen Rolle ist also schmutzig genug!

A n a l l e V e r e i n s v o r s t ä n d e richten wir den dringenden Appell, reicht bis zum 27. Februar Eure Anträge für Wiederaufnahme der Ausgeschlossenen usw. ein. Stellt solche A n t r ä g e g e g e n w e i t e r e A u s s c h l ü s s e von Vereinen und Funktionären, g e g e n eine V e r b ü r g e r l i c h u n g des Arbeitersports, g e g e n T e i l n a h m e a m V e r f a s s u n g s t a g, g e g e n d a s V e r b o t d e s „K l a s s e n k a m p f" als amtliches Organ.

Turn- und Sportverein Fichte, Halle, e. V.

Sonntag, den 24. Februar, finden zwei Veranstaltungen statt:

Vormittags ½9 Uhr Treffpunkt im Restaurant Stützer, Krausenstraße, zur Besichtigung der Feuerwehr, Hauptwache.

Abends 6 Uhr im „Volkspark" Lichtbilder-Vortrag

Drei Monate durch Sowjet-Rußland und von Leipzig bis Nürnberg (Bundesfest)

Freunde und Gönner sind herzlich willkommen.

Sonnabend, den 23. Februar, abends, Treffen in der „Teerose". [213

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt

urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019290220-19/fragment/page=0007

Haus - Hof - Garten - Feld

Neue Steuerermäßigungen in der Landwirtschaft der USSR.

Die Sowjetpresse veröffentlicht das Gesetz des Zentralexekutivkomitees der Sowjets und des Sowjets der Volkskommissare der USSR. über die neuen Steuerermäßigungen in der Landwirtschaft. Die Gesamtsumme der einzutreibenden einheitlichen landwirtschaftlichen Steuern soll im Jahre 1929/30 auf 370 Millionen Rubel herabgesetzt werden. **Die armen Bauern (35 Proz. der Gesamtzahl der Bauernwirtschaften) bleiben nach wie vor steuerfrei.** In den Gebieten, wo die Besteuerung nach der Anbaufläche vorgenommen wird, wird in den Jahren 1929/30 und 1930/31 jeder Zuwachs der Anbaufläche steuerfrei sein. In den Steppengebieten der Ukraine und in den Gebieten des sogenannten Schwarzerde-Distrikts werden die Steuernormen herabgesetzt. Um die Bauernschaft an der Hebung der Landwirtschaft und Steigerung des Ernteertrages zu interessieren, wird ein Abschlag von 10 Prozent von den Steuern jeder Bauernwirtschaft festgesetzt, die Neuerungen zur Hebung der Ertragsfähigkeit einführen. Ebenso werden diejenigen Mittelbauern steuerfrei bleiben, die neue vervollkommnete Methoden im Ackerbau durchführen. Weitere Steuererleichterungen beziehen sich auf die Gebiete, die von der Dürre betroffen werden. Steuererleichterungen genießen die mittleren Bauern mit kopfreichen Familien.

Den neuen Gesetzbestimmungen liegt die Tendenz zugrunde, die Landwirtschaft der Mittel- und Kleinbauern möglichst zu fördern. Bereits in diesem Jahre soll die Aufgabe erreicht werden, die Anbaufläche mindestens um 6 bis 7 Millionen Desjatinen zu erweitern, und den Ernteertrag um mindestens 3 Prozent zu steigern. **Die Steuergesetze für die Kulaki bleiben dieselben.** Die Ausführungsbestimmungen der neuen Gesetzverfügungen sollen dem Präsidium des Zentralexekutivkomitees zur Bestätigung vorgelegt werden.

Frostschutz

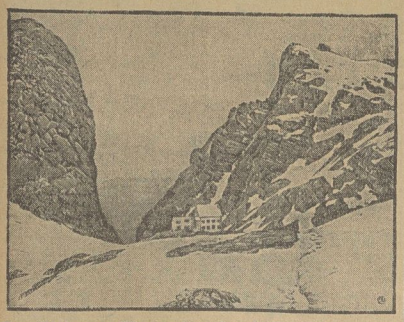
Obwohl Obst- und Weingegenden im allgemeinen schon einen natürlichen Schutz aufweisen, können die oft sehr spät, wie im vergangenen Jahre Anfang Juni, auftretenden Fröste gerade dort schwerste Schäden anrichten. Im allgemeinen wirkt ja die Verbindung von Frost und Wind verderblich. In den Mittelmeergebieten werden zum Schutze der Frühobstgärten gegen Frostschäden, die allerdings nur selten in Erscheinung treten, durch Anpflanzung von geeigneten Bäumen in der Richtung, aus welcher die kalten Winde kommen, große Windschützer vom Staat aus errichtet. Leicht kann man sich ja helfen bei Spalierobst, wo auch bei uns in Lattenrahmen gefaßte Strohmatten allgemein üblich sind, die an frostdrohenden Abenden in der Windrichtung aufgestellt werden. Auch die Hecken aus Weißdorn sind allgemein bekannt wegen ihrer schützenden Wirkung.

Die Bienen im Winter

Der diesjährige Winter ist sehr schlimm für die Bienen. Man war an milde Winter gewöhnt und da mag mancher Bienenzüchter für seine Völker nicht so gesorgt haben, wie es für einen strengen Winter notwendig ist. Die Bienen brauchen nämlich **ausreichenden Schutz gegen die Kälte und genügende Nahrung.** Schon dadurch sündigen manche Imker, daß sie ihren Völkern zu viel Honig wegnehmen und sie mit Zucker füttern. Sie verlassen sich wohl auch darauf, daß sie zur Not im Winter an milden Tagen, füttern können. Die in den Holzkasten eingebauten Futterträge vermögen aber in einem strengen Winter die Bienen vor dem Hungertod nicht zu retten, weil der Weg dorthin zu weit und zu kalt ist. Die Bienen sitzen im Winter auf den Waben dicht beisammen und wärmen sich gegenseitig. Jede Biene, die sich von der Traube loslöst, wenn das Thermameter unter 0 Grad zeigt, ist ohne weiteres verloren. Deshalb ist jetzt jede Störung des Bienvolkes von übel. Infolge der andauernden Kälte fehlt auch die Möglichkeit eines Reinigungsausflugs, wie er sonst oft im Januar oder Februar bei warmem Sonnenschein eintritt. Die Folge des harten Winters wird wahrscheinlich eine starke Abnahme der Bienenvölker sein.

Betrunkene Tiere

Genußmittel spielen auch in der Tierwelt eine nicht unerhebliche Rolle, es sei da nur an die verschiedenen Ameisengäste erinnert, die aus besonderen Drüsen aromatische Flüssigkeiten absondern und gewissermaßen als lebende Litörflaschen von den Ameisen geschützt und behütet werden. Bei jeder Gärung süßer Flüssigkeiten entsteht Alkohol; so kann man recht häufig an Saftflüssen von Birke und Eiche eine ganze Versammlung der verschiedenen Tagfalter beobachten, die sich im wahrsten Sinne des Wortes an dieser Flüssigkeit berauschen. Neben ihnen sammeln sich natürlich auch sonstige Insekten mit gutem Geruchsinn: Hornissen, Fliegen und Ameisen, Hirschkäfer, die alle mehr oder weniger von der gärenden Substanz benebelt werden, so daß sie oft jedes Gefühl für das natürliche Gleichgewicht verlieren und leicht zu fangen sind. Aus diesem Grunde kommen wohl auch die verschiedenen insektenfressenden Vögel gern zu solchen Freischankstätten; sie wissen aus Erfahrung, daß hier auch ihr Tisch gedeckt ist.



Das Steinerne Meer, eines der schönsten Hochtourgebiete der bayrisch-salzburgischen Alpen

Die ansässige Bevölkerung ist den ärmlichsten Verhältnissen ausgesetzt, da durch die Fremdenindustrie die Lebenshaltung sehr verteuert ist und sie durch den Aufkauf der Wiesen seitens kapitalistischer Villenbesitzer nicht mehr imstande sind, ihre Viehzucht rentabel zu betreiben. Für Hungerpfennige müssen sie Schnitzarbeit verrichten.

Wieviel Kälte kann der Mensch ertragen?

Bei dieser Frage, die gerade jetzt aktuell ist, muß man zwischen Praxis und Theorie unterscheiden. Die Völker im hohen Norden, wie die Eskimos, ertragen 55 Grad Celsius unter Null, weil sie abgehärtet sind, während ein Mitteleuropäer sich in einer solchen Kälte überhaupt nicht bewegen könnte. Aus den Schilderungen der Polarforscher wissen wir, daß eine solche Kälte auf der Haut wie glühendes Eisen wirkt und Blasen hervorruft (ähnlich wie Kohlensäureschnee bei der ärztlichen Hautbehandlung). Auch der Mitteleuropäer vermag sich allmählich an eine Kälte bis zu 40 Grad zu gewöhnen. — Da die tiefste Temperatur, der „absolute Nullpunkt", 273 Grad unter Null beträgt, so fragt es sich, welchen Einfluß dieser auf den Menschen ausüben würde. Nun hat man in dem Kältelaboratorium in Leyden (Holland) durch Verflüssigung von Gasen eine Temperatur von —272 Grad erreicht, also beinahe den „absoluten Nullpunkt", und hat dabei festgestellt, daß ein Mensch, dessen Körper, einschließlich des Gesichtes, gehörig geschützt ist, diese ungeheure Kälte immerhin für wenige Sekunden ertragen kann. Dem Eindruch einer zweiten Eiszeit könnten wir bei dem heutigen Stande der Technik schon widerstehen, und zwar besser als einer zu großen Hitze, denn dem Einbruch einer Wärme von 90 Grad Celsius vermöchte kein menschliches Leben zu ertragen.

Das Sterben im Wald

Der lang anhaltende strenge Frost droht das Wild völlig zu vernichten. Aus allen Teilen Deutschlands, ebenso auch aus Oesterreich treffen laufend Nachrichten ein, daß ganze Rudel von Hirschen und Rehen — ganz zu schweigen von dem Kleinwildzeug und den Vögeln — erstarrt aufgefunden worden sind. — Unser Bild vermittelt einen tiefen Eindruck von dieser Tragödie, die sich zurzeit in den Wäldern abspielt. Es zeigt Rotwild auf der Futterstelle.

Aus der Geschichte des Kaninchens

Darwin wies schon nach, daß es in Europa und in Asien keine andere Art der Gattung Lepus gibt, die Gänge gräbt, als das gemeine wilde Kaninchen. Dieses war ursprünglich in Spanien beheimatet und erst im Mittelalter ist es zu Jagdzwecken überall verbreitet worden. Wenn es wahr ist, was Darwin berichtet, daß Confucius (geb. 550 v. Chr.) das Kaninchen schon gekannt habe, muß seine Zähmung weit zurückliegen. Es wäre dann interessant festzustellen, auf welchem Wege es die Chinesen so früh erhielten. Von den Schriftstellern der klassischen Völker wird das Kaninchen erst zur römischen Kaiserzeit erwähnt. Die Kaninchen sollen nämlich auf den Balearen so gehaust haben, daß die Einwohner von Augustus militärische Hilfe gegen sie erbaten. Vom Haustaninchen erfahren wir mit Sicherheit zuerst von Varro. Ueber die Herausbildung der einzelnen Rassen wissen wir nur wenig. Abt Wittibald von Corvey ließ sich 1149 zwei Häschen zahme Kaninchen kommen. Markham beschreibt 1531 Silberkaninchen.

Erhaltung der Kaninchenställe

Die Stallanlagen stellen recht oft ein ziemliches Kapital dar, daher liegt es im eigenen Interesse des Züchters, ihre Gebrauchsfähigkeit möglichst lange zu erhalten. Eine entsprechende Pflege lohnt sich daher immer. Außenstallungen aus Holz sind besonders gefährdet, weil die Witterungseinflüsse das Baumaterial ohne entsprechenden Schutz ziemlich rasch zerstören. Ein Anstrich mit Oelfarbe hebt nicht nur das Aussehen, sondern erhöht auch die Haltbarkeit. Häufig werden auch die Käfige mit Teerpappe umkleidet, doch empfiehlt sich diese Bauart nur dann, wenn die Breiter ungenutet verarbeitet werden, um so eine entsprechende Dichtung herzustellen. Die Umkleidung darf allerdings keine Fehler aufweisen, da sonst der eigentliche Zweck nicht erfüllt wird und die Kaninchen trotz aller Aufwendung in Zugluft sitzen.

Im Frühjahr und Herbst sind die Innenwände mit Kalkmilch zu streichen, man erzielt dadurch nicht nur eine längere Haltbarkeit des Holzes, sondern vernichtet auch gleichzeitig eine Menge von Krankheitskeimen und erhöht so den Gesundheitszustand der Tiere. Auf gute Ableitung des Regenwassers durch ein geeignet konstruiertes, dichtes Dach ist besonderer Wert zu legen. Leider fehlt bei sehr vielen Anlagen die Dachrinne. Infolgedessen läuft das Wasser einfach an den Wänden herunter und durchfeuchtet die ganzen Stallanlagen, bewirkt damit ein rasches Zerstören des Holzwerkes. Der Pappbelag muß im Sommer öfters geteert werden, da er sonst durchlässig wird. Besser als Dachpappe sind Blech- und die neuzeitlichen Dachbeläge, da ihre Haltbarkeit wesentlich größer ist.

Der Stallboden sollte sich immer in entsprechendem Abstand über der Erde befinden, um die Holzzerstörungen, welche sonst durch die Feuchtigkeit in Kürze hervorgerufen werden, möglichst zu verringern. Auf die Anbringung genügender und zuverlässiger Ableitungen für die flüssigen Entleerungen der Kaninchen wird oft genug hingewiesen, trotzdem kann man in dieser Hinsicht noch recht häufig ungenügende Anlagen sehen. Es ist dann kein Wunder, wenn das Holz in kurzer Zeit brüchig wird. Auf der Innenseite sollte ein dicker Farbanstrich vorhanden sein, wenn nicht der Boden gar mit Blech ausgeschlagen wird. Voraussetzung hierfür ist jedoch, daß eine sehr aufsaugfähige Streu, wie z. B. Torf, zur Verwendung kommt. Das Drahtgewebe der Käfigtüren ist ab und zu durch einen Rostschutzanstrich vor der Zerstörung zu bewahren. Unter jedem Bestand gibt es Tiere, die trotz Verabreichung von geeignetem Futter: Baumzweige, hartes Brot usw., die inneren Stallwände benagen. Hier kann man sich nur helfen, wenn man an den Türrahmen usw. einige Leisten befestigt, die, soweit sie zerstört sind, herausgenommen und ersetzt werden.

Richtige Ziegenhaltung

In geräumigen Ställen hält man oft die Tiere freilaufend und betont auf Vorhaltungen, daß hierdurch die Gesundheit infolge der gegebenen Bewegungsmöglichkeit gefördert werde. Für Jungtiere mag dies gelten, bei älteren kann man jedoch dieses Verfahren nicht empfehlen, da die Ziegen futterneidisch sind. Bei dem entstehenden Gedränge während der Fütterung wird viel vergeudet oder in die Streu getreten. Man muß daher der Einrichtung von besonderen Ständen für jedes Tier den Vorzug geben, wobei natürlich auch die Fütterung und Tränkeinrichtung gesondert angebracht werden muß. Das Anbinden vermehrt übrigens auch die Milcherträge, da in der Ruhe das Futter besser verdaut und damit auch günstiger vermertet wird. Eine zu ausgiebige Bewegung vermindert in jedem Falle den Milchertrag und bewirkt außerdem eine Abmagerung des Tieres. Die Unterbringung der Ziegen in einzelnen Ständen bedingt aber eine ziemliche Streuersparnis, weil das eigentliche Lager länger trocken bleibt und gleichzeitig der gewonnene Dung gehaltvoller wird.

Die Rübenmüdigkeit

Im Hackfruchtbau ist die durch einen Fadenwurm hervorgerufene Rübenmüdigkeit sehr gefürchtet. Bei starker Verseuchung des Bodens sterben die Rüben ganzer Schläge ab. Die verschiedenen versuchten Bekämpfungsmaßnahmen zeitigten nur geringeren Flächen gute Erfolge. Nach neueren Untersuchungen findet sich der Fadenwurm auch beim Getreide, jedoch verschieden stark, so daß man beim Fruchtwechsel auf Weizen, Hafer und Gerste verzichten muß, während Roggen, Klee und Mais durchaus empfehlenswert sind. Selbstverständlich dürfen alle Kreuzblütler, wie z. B. Raps und Rübsen, **auf rübenmüden Böden nicht angebaut werden.**

Vermehrung des Apollofalters. Der selten gewordene, schöne Apollofalter (Parnassius apollo) ist nicht nur in Preußen, sondern auch in Bayern durch Verordnung geschützt. Die Nährpflanze der Raupe dieses Schmetterlings ist die weiße Fetthenne (Sedum album). Wie berichtet wird, sind an den mit dieser Pflanze bestandenen Berghalden bei Gichstätt in Bayern (Mittelfranken) im vergangenen Jahre Dutzende von Apollofaltern beobachtet worden. Man darf annehmen, daß diese Vermehrung des Falters dem ihm zuteil gewordenen Schutze zuzuschreiben ist. R. H.

Wie taut man das eingefrorene Ablaufrohr einer Badewanne auf?

Bei starker Kälte muß man an Badewannen, deren Ablaufrohr unmittelbar hinter der Wanne auf dem Wege zum Abfallrohr Krümmungen liegt, die Erfahrung machen, daß es leicht einfrieren, aber nur schwer wieder aufzutauen ist. Mit einem einfachen Kunstgriff läßt sich das Eis darin entfernen. Man führt von der Wanne aus ein Schlauchende ein und gießt mit Hilfe eines Trichters heißes Wasser hindurch. Das außen am Schlauch zur Wanne zurückfließende heiße Wasser schmilzt in kurzer Zeit das Eis vor dem Kopf des Schlauchstücks weg und durch allmähliches Nachschieben des Schlauches läßt sich das Rohr auf seiner ganzen Länge in kurzer Zeit auftauen. Wenn man laufend heißes Wasser zum Durchspülen zur Verfügung hat, geht diese Arbeit natürlich noch viel leichter und rascher.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019290220-19/fragment/page=0008

Aus den Betrieben

Revolutionäre Betriebsräte sind unbequem

Genosse Otto Kaiser, Betriebsratsvorsitzender auf Grube Vollert bei Teuchern, fristlos entlassen

A.-K. Nachdem man den größten Teil der Belegschaft auf Grund des Frostes entlassen hatte, wagte es das Grubenkapital, auch den Betriebsratsvorsitzenden, Genossen Otto Kaiser, fristlos zu entlassen. Es ist bereits das zweitemal, daß man so gegen ihn vorgeht. Das erstemal mußte er

unter dem Druck der Belegschaft wieder eingestellt werden!

Obwohl die Verwaltung der Gesellschaft mehrere Klagen vor dem Arbeitsgericht Weißenfels verloren hatte, strengte sie eine Klage gegen ihn an, um ihn zu bestrafen zu können. Obgleich man einen ganzen Stab von Ingenieuren und Betriebsleitern vor das Arbeitsgericht zitiert hatte, um ihn am 13. Februar 1929 in verleumderischer Weise als „Faulenzer und Störenfried" im Betrieb hinzustellen und ihn so mit Hilfe des Arbeitsgerichts seines Amtes als Betriebsratsvorsitzenden zu entheben, gelang ihnen dies nicht.

Wären die „Herren" Beamten unter Eid genommen worden, so hätten sie sich alle strafbar gemacht.

Es gelang daher auch dem Genossen Kaiser, alle Beamten mit ihren Lügen und Widersprüchen vor Gericht als unglaubwürdige Personen zu kennzeichnen. Er konnte sie in der Verhandlung öffentlich als Lügner bezeichnen, und das geschah, ohne daß er eine Rüge vom Gericht erhielt.

So wurde die Gesellschaft mit der Klage abgewiesen,

mit der Bemerkung, ihn für sein Vergehen zu verwarnen. Nun hat Genosse K. beim Arbeitsgericht Weißenfels seinerseits Klage angestrengt.

Wenn die Gesellschaft noch etwa glaubt, die Belegschaft der Grube Vollert ließe ihren Betriebsratsvorsitzenden im Stich, hat sie gewaltig geirrt.

Die Belegschaft wird zu gegebener Stunde aus dem Betrieb hinausgehen, um ihre Rechte gemeinsam mit ihrem Betriebsratsvorsitzenden zu verteidigen.

Körperliche Züchtigung einer Arbeiterin

in der Schokoladenfabrik David Söhne, Büschdorf. Nachher Entlassung anstatt Entschädigung

Vorige Woche spielte sich folgender Vorfall in dieser Fabrik ab. Eine an der Staniolmaschine beschäftigte Arbeiterin hat bei der Direktion Direktrice ständig eine Stunde vor Arbeitsschluß die Bitte zum Saubermachen anhalten können. Das paßte aber der neuen noblen Dame nicht und sie erlaubte nicht daß die Maschine gereinigt werde. Die Arbeiterin erklärte ihr daraufhin, daß dann die Karre am nächsten Tage vor Dreck nicht laufen könnte. Die Direktrice holte nun den Meister zu Hilfe. Dieser befahl, sie solle die Maschine weiterlaufen lassen. Darauf kam Meister B., der für diesen Saal maßgebend ist, und sagte zur Arbeiterin, sie solle die Maschine säubern, das andere würde er verantworten. Kurz vor Feierabend erschien der Meister aus dem Maschinensaal und sagte, die Arbeiterin sollte sich einrichten und am nächsten Morgen andere Arbeit bekommen. Die Arbeiterin sagte darauf: „Ich habe hier meine Arbeit", und am anderen Morgen ging sie wieder an ihre Maschine. Darauf erschien der Meister wieder und brüllte wie ein Löwe: „Sie sollte sich an die andere Arbeit scheren, und wenn sie nicht ginge, wäre es Arbeitsverweigerung." Dann schlich er von dannen.

Die Tür flog auf und nun stürmte der Inspektor Böttcher herein und fing gleich an zu schreien: „Was fällt Ihnen denn ein? Wer hat hier zu bestimmen? Scheren Sie sich raus! Holen Sie Ihre Papiere im Kontor, das ist Arbeitsverweigerung" usw. Darauf die Arbeiterin nur erwiderte: „Ich habe meine Arbeit hier und bin schon über ein Jahr an der Maschine. Ich verweigere keine Arbeit." Darauf bekam der Inspektor das Mädel zu packen,

zerrte sie zur Tür hinaus und schmiß sie vor die Wand.

Nun ging das Mädel zum Betriebsrat. Dieser erklärte, er könne sie nicht vertreten! Sie ließ sich aber nicht einschüchtern, ging ins Kontor und verlangte beim Direktor Franke vorgelassen zu werden. Dieser erklärte daraufhin: „Gehen Sie nur ruhig wieder hoch an Ihre Maschine, ich werde die Sache regeln."

Das Regeln sah so aus, daß die Arbeiterin nach einigen Tagen ohne Grund entlassen wurde.

Arbeiter, denkt bei Euren Einkäufen an diese Arbeiterschikanen, kämpft gemeinsam in geschlossener Front gegen den gemeinsamen Feind, das unersättliche Kapital!

Zur Wahl revolutionärer Betriebsräte in Leuna

Die Reformisten haben sich die erste Niederlage geholt — Diktatur der Bureaukratie

Die am Donnerstag in Merseburg im „Tivoli" stattgefundene Leuna-Belegschaftsversammlung, welche vom DMV., FAV., Maschinisten- und Heizerverband und dem Holzarbeiterverband einberufen war, gab ein treffendes Bild von dem „Vertrauen", das die Belegschaft der reformistischen Gewerkschaftsbureaukratie noch entgegenbringt. Ganze 35 Mann, darunter der gesamte Funktionärstab der SPD., waren erschienen. Zwei große Referate von zusammen 2½stündiger Dauer sollten der Opposition die Möglichkeit nehmen, zu Worte zu kommen.

Der Angestellte Lange vom FAV. las aus mitgebrachten Manuskripten ein Referat ab, ohne auch nur mit einem Wort auf die Notwendigkeit der Kündigung des Reichsrahmentarifes einzugehen, desselben Reichsrahmentarifes, der die übergroße Mehrzahl der Belegschaft noch heute, trotz des Vorhandenseins der drei Millionen Erwerbslosen,

zu 54- bzw. 56stündiger Arbeitszeit verpflichtet.

Das einzige, was in seinem Referat von Bedeutung war, war die Erklärung, daß die Chemiegewaltigen infolge ihres hohen Profits jederzeit in der Lage seien, 50 Prozent höhere Löhne zu zahlen. (Natürlich ist das auch noch Irreführung, wenn nicht gleichzeitig die ganze Wahrheit gesagt wird, daß nämlich 300 und 400 Prozent höhere Löhne von dem Profit bezahlt werden können. Die Red.) Wenn er trotz dieser Erklärung nicht für die Kündigung des Lohnabkommens eintrat, so beweist das wiederum, daß die reformistische Gewerkschaftsbureaukratie bewußt ablehnt, Wirtschaftskämpfe zur Verbesserung der Lebenslage des Proletariats zu führen.

Nach der „Rede" Langes trat der berüchtigte Walter vom DMV. auf. Sein ganzes „Referat" war eine glatte Kapitulation vor der Macht des Chemiekapitals. Er erklärte von vornherein, daß die Leuna-Belegschaft keinen Anspruch auf einen „Platz an der Sonne" habe. Seine arbeiterfeindliche Einstellung versuchte er damit zu entschuldigen, daß er die Behauptung aufstellte, die Führung von Wirtschaftskämpfen würde durch die große Zahl von Unorganisierten unmöglich gemacht. Diese Erklärung rief Entrüstung in der Versammlung hervor. Auf die Zwischenrufe einiger oppositioneller Kollegen (Bergarbeiterstreik, Metallarbeiterstreik 1928 im Februar, Ruhrkampf) einzugehen, hielt er für unnötig, und tat sie mit einer Handbewegung ab. Ganz offen bekannte er, daß an die Beseitigung des Akkordsystems nicht zu denken sei.

Nach der Rede Walters brachte Grimm vom DMV. einen Maulkorbantrag, der die Redezeit der Diskussionsredner auf zehn Minuten beschränken sollte, ein. Die Opposition wandte sich dagegen und forderte das Recht der freien Meinungsäußerung in unbeschränkter Redezeit. Dieser Vorschlag wurde auf Grund der vorgeschrittenen Zeit abgelehnt.

In der Diskussion, welche nur von selten der Opposition geführt wurde, wurde die Kündigung des Reichsrahmentarifes sowie des Bezirkslohnabkommens gefordert,

Abschaffung des Akkordsystems, Einführung des Achtstundentages und Erhöhung der Löhne.

Eine entsprechende Entschließung wurde eingebracht, die Grimm in seine Manteltasche versenkte und mit den fadenscheinigsten Argumenten eine Abstimmung darüber verhinderte. Ein weiterer Vertreter der Opposition geißelte mit scharfen Worten die Untätigkeit der reformistischen Gewerkschafts- und Betriebsräte, deren heutige Versammlung aus der

Angst vor der Abrechnung bei der kommenden Betriebsratswahl

einberufen war. Er besprach weiterhin die planmäßige Sabotage Walters in Arbeitsgerichtsfragen. Durch dauernde Störungsversuche versuchte man die gute Wirkung seiner Ausführungen (nämlich die Selbstentlarvung der SPD.) abzuschwächen, bis durch die, jeder proletarischen Einstellung hohnsprechende Diktatur Grimms, seine Rede abgewürgt wurde. Einem vollständig unfähigen Versammlungsleiter, der sich nur vermittels seiner Diktatur durchsetzte, stand die Versammlung in schärfster Opposition gegenüber. Zwei weiteren Rednern der Opposition wurde das Wort nicht erteilt, da die Versammlung durch das aktive Vorgehen der Opposition für die Reformisten gefährlich wurde. Unter den stürmischen Protestrufen der Opposition wurde die Versammlung kurzerhand geschlossen.

Leuna-Arbeiter! Es liegt an Euch, in Zukunft nicht wieder derartige Arbeiterschädlinge vom Schlage Walters, der bewußt die Interessen der Belegschaft mit Füßen tritt, als Betriebsrat zu wählen. Besucht die kommenden Belegschaftsversammlungen und schließt Euch dort den Forderungen der Opposition an.

Wir bringen nachstehend den Wortlaut der von dem DMV.-Angestellten Grimm unterschlagenen, d. h. nicht zur Abstimmung gestellten Entschließung.

Entschließung:

„Die am 14. Februar in Merseburg im „Tivoli" stattfindende öffentliche Leuna-Versammlung stellt fest, daß sich die Lebenslage der Arbeiterschaft, insbesondere auch der Leuna-Arbeiter, immer mehr verschlechtert, während der Profit der Untenehmer ganz gewaltig steigt, was schon aus ihren eigenen Berichten hervorgeht. Die Versammlung nimmt deshalb mit Entrüstung Kenntnis von der Haltung des Hauptvorstandes des FAV., der es ablehnt, den Reichsrahmentarif der chemischen Industrie zu kündigen, denselben Reichsrahmentarif, der die 54- bzw. 56stündige Woche zuläßt, während Millionen Erwerbsloser auf den Straßen liegen. Doch nicht nur in der Arbeitszeitfrage, sondern auch in den Akkordbestimmungen läßt der Rahmentarif den Unternehmern alle Möglichkeit offen, die Akkordpreise immer mehr zu drücken. Die Versammlung fordert deshalb die sofortige Kündigung des Reichsrahmentarifs. Zugleich fordert die Versammlung von den in Frage kommenden Gewerkschaften die Vorbereitung einer breiten Mobilisation der Chemiearbeiter zur Kündigung des Lohnabkommens."

Betriebsratswahl in der Saalkreiskrankenkasse

„Unpolitische" Liste der Stahlhelmer mit Hilfe von Reformisten

Das Ergebnis der Vorstandswahl, bei der die kommunistische Liste den Sieg davon trug, läßt die in der Kasse beschäftigten Faschisten und Reformisten immer noch nicht schlafen. Der neue Wind, welcher dadurch in die Kasse getragen wurde, will ihnen gar nicht behagen. Befürchten sie doch durch die positive Arbeit unserer Genossen im Vorstand, die Verwaltung im sozialen Sinne auszubauen, eine

weitere Stärkung des kommunistischen Gedankens bei den Saalkreisarbeitern.

Schon mehr als einmal konnten wir eine Art Sabotage der Anweisungen des Vorsitzenden durch den deutschnationalen Verwaltungsdirektor Stöbe und den Bureauvorsteher Westphal feststellen. Das alles nur, um die Mehrheit des Vorstandes und die in der Kasse beschäftigten Genossen zu diskreditieren. Sozialdemokraten und Stahlhelmer Arm in Arm im Kampf gegen die Kommunisten.

Wahren Feuereifer entwickeln diese Blutsbrüder bei den Vorbereitungen zur Betriebsratswahl, weil sie hoffen bei Besetzung des Betriebsrates den Vorstand entgegenarbeiten zu können. Vor einigen Tagen fand eine Sitzung aller im ZdA. organisierten Kollegen statt, die zur Aufstellung der Liste Stellung nehmen sollte. Wer nicht erschien, waren Westphal, sein Schwiegersohn „Berger" und zwei unter ihrem Druck stehende sozialdemokratische Angestellte. Der alte Betriebsrat mit Ausnahme Bergers (dessen moralische Qualitäten eine Wiederwahl unmöglich machten) wurde durch einen unserer Genossen ergänzt und durch Beschluß als „freigewerkschaftlicher Vorschlag" eingereicht.

Die Intrigantennatur Westphals fand auch bald einen Weg, um die Sabotage perfekt zu machen. Er setzte sich mit dem reaktionären Direktor in Verbindung und ließ ihm gegenüber durchblicken, daß, falls die Stahlhelmer eine Liste aufstellen würden, die sozialdemokratischen Gewerkschaftler für diese Liste stimmen würden. Stöbe übernahm die Vermittlerrolle zwischen Westphal und dem Stahlhelmer Heinrich mit dem Erfolg, daß von letzterem eine Liste eingereicht wurde. Um noch einige schwankende Angestellte auf den Leim zu führen, nannten sie das Produkt ihrer Intrigen „unpolitische Liste". Der Wahlvorschlag enthält drei Namen wie Heinrich I, Busch und Heinrich II, alles organisierte Stahlhelmer.

Dieser Vorgang wird wohl den übrigen sozialdemokratischen Angestellten, welche Westphal nachliefen, die Augen öffnen, damit sie sehen,

wer die Feinde der freigewerkschaftlichen Bewegung sind.

Der Saalkreisarbeiterschaft rufen wir zu, Vertrauen zu haben zu der kommunistischen Mehrheit im Vorstand, die auch mit diesen gelben und rosaroten Sumpfpflanzen fertig werden wird.

Was muß die RUWo. lehren? — Kampf dem Ausbeutungs- und Hetzsystem in den Betrieben!

Ein Meister das Opfer seiner eigenen Hetz- und Treibjagd im Stahlwerk Gröditz

Vor längerer Zeit wurde an gleicher Stelle über einen Meister Müller der Röhrengießerei des Stahlwerkes Gröditz berichtet und wurde u. a. folgendes geschrieben: Der Meister Müller, welcher früher Vorarbeiter war, hatte es bis zum „Meister" gebracht und sich als Antreiber für die Unternehmer gut geeignet und daß er sich in seinem kapitalistischen Eifer noch den Kopf einrennen wird. Nun hat ihn am 13. Februar sein Antreiberinstinkt selbst gestürzt. Er hat beide Beine im Wert gebrochen, längere Zeit, etwa 20 Minuten ohne Hilfe im Schnee gelegen und ist am 14. Februar an den Folgen im Krankenhaus Großenhain gestorben.

Opfer der Profitsucht

A.-K. Die Profitsucht der Reudener Ziegelei-Aktien-Gesellschaft steigert sich ins unermeßliche. Das beweisen die Unfallziffern, welche dauernd zunehmen. Vergangene Woche verunglückten an einem Tage ein Mädchen, der die Hand gequetscht wurde, und zwei Arbeiter,

denen einer seinen Verletzungen im Zeitzer Krankenhaus erlegen ist.

Am 13. Februar wurden sieben Mädchen ins Zeitzer Krankenhaus eingeliefert wegen Gasvergiftung. Hier müßte die Gewerbepolizei einmal nach dem Rechten sehen, aber wir wissen allerdings auch, was dabei herauskommt.

Arbeiter und Arbeiterinnen, wie lange wollt Ihr Euch noch drücken unter den Druck der Ausbeutung? Steht geschlossen gegen die Antreibermanieren. Organisiert Euch in der Kommunistischen Partei, seit den „Klassenkampf"!

Wir werden in Zukunft die Neudener Ziegelei mehr unter die Lupe nehmen.

Unglücksfälle bei der J. G. Farbenindustrie, Werk Süd, Bitterfeld

Am Montagfrüh verunglückte der Vorarbeiter Schäbel aus Bitterfeld dadurch, daß er im Kohlenbunker beim Losbrechen der festgefrorenen Kohle abrutschte. Da er sich anscheinend innere Verletzungen zugezogen und eine Kopfverletzung hatte, wurde er ins Krankenhaus gebracht.

*

Weiter verunglückte der 65jährige Arbeiter Otto Lamm aus Bitterfeld, indem er beim Ueberschreiten der Bahngleise innerhalb des Werkes von einer rangierenden Lore erfaßt wurde. Er trug schwere Beinverletzungen davon und wurde in das Karlsfelder Krankenhaus überliefert.

Wie man in der Wasserbude in Lauchstädt Vorarbeiter wird

Eine Mahnung zur Betriebsratswahl

Bekanntlich ist der Brunnenversand in Lauchstädt, in dem nur der seine Lebenslage verbessern kann, der es versteht, andere Leute zu verklatschen, ein großer Schmarotzerbetrieb. Da aber die Zahl der Anwärter auf einen besseren Posten ganz enorm ist, und bald keiner mehr zum Verklatschen übrig bleibt, so wendet man einfach eine andere Methode an.

Man läßt sich bei den Betriebsratswahlen als Kandidaten aufstellen, und sobald die Betriebsproleten über zu wenig Lohn murren, so wird man als „Vertreter der Arbeiter" bei der Betriebsleitung wegen Lohnerhöhung vorstellig. Und nun geht das Einseifen los. Die Proleten, die immer hofften, daß eine annehmbare Lohnerhöhung bei diesen Verhandlungen herausspringt, waren immer sehr enttäuscht, als ihnen plausibel gemacht wurde, daß der Chef nicht mehr bezahlen kann. Mit einigen Pfennigen mußten die Arbeiter sich zufrieden geben, und als Dank für die Bemühungen" der Proleten wurde der „Vertreter der Arbeiter", Vorarbeiter.

Wir raten deshalb den dort Beschäftigten, sich in diesem Jahre besser vorzusehen, sich gewerkschaftlich zu organisieren und ihre Interessen durch den Verband, unter gleichzeitiger Unterstützung der Opposition gegen den Reformismus, vertreten zu lassen. Es ist doch eine Lächerlichkeit, wenn die dort Beschäftigten nicht einmal wissen, nach welchem Tarif sie bezahlt werden. Natürlich werden die Schmarotzer, die sich ihnen heute als „Vertreter" aufgedrängelt hatten, keine Aufklärung geben. Daher nehmt sofort die Verbindung mit der Opposition im Fabrikarbeiterverband auf und bereitet die Betriebsratswahlen in Eurem Sinne vor.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019290220-19/fragment/page=0009

Aus der Provinz

Ist die JAH. Gewerkschaftsersatz?

Die Internationale Arbeiter-Hilfe in der proletarischen Bewegung

Von Georg Dünninghaus

Eine Antwort.

Wenn die JAH. heute von bestimmten Kreisen angegriffen wird, so kann eine Diskussion über diese Angriffe nur begrüßt werden. Die Argumente sind in diesem Falle, die JAH. mache eine neue Schwenkung, die JAH. werde jetzt ein Gewerkschaftsersatz und die Sozialpolitik der JAH. wird in den Hintergrund gedrängt. So ungefähr lauten die Argumente dieser Gegner.

Hat die JAH. eine neue Schwenkung gemacht?

Wie schon immer betont und wie das vergangene Jahr auch aufzeigt, stellt sich die JAH. bewußt und frühzeitig auf Wirtschaftskämpfe ein. Diese bewußte und frühzeitige Einstellung ist nach den Erfahrungen der letzten Jahre heute zu einer bestimmten Planmäßigkeit gereift. Durch diese Arbeit beeinflußt die JAH. die Kampfvorbereitungen der revolutionären Arbeiter. Ist das neu? Nein! Schon immer war die Solidaritätskolonne des kämpfenden Proletariats — die JAH. — stolz darauf, die Klassensolidarität und den Klassenkampf zu fördern. Etwas Neues liegt nur darin, daß die im internationalen Maßstab ansteigende Welle der Wirtschaftskämpfe eine gesteigerte Tätigkeit der JAH. notwendig macht. Die großen Auseinandersetzungen zwischen Kapital und Arbeit tragen aber in der gegenwärtigen Periode nicht nur den Charakter rein wirtschaftlicher Kämpfe, sondern haben den Sinn grundsätzlicher Entscheidungen, die das Kapital in der Umgestaltung der Arbeitsbedingungen herbeiführen will. Diese Kämpfe sind daher der Ausdruck einer allgemeinen verschärften Offensive des Kapitals gegen die Arbeiterklasse. Die JAH. muß daher mit der Unterstützung des Verteidigungswillens der Arbeiter auch die politische Aufgabe, Schulung zum Klassenkampf, übernehmen.

Ist die JAH. deshalb ein Gewerkschaftsersatz?

Wirtschaftliche Organisationen will und kann die JAH. nicht ersetzen, wie sie überhaupt keine Organisation ersetzen will. Die JAH. will den Gewerkschaftsapparat nicht kopieren und seine spezialisierten Funktionen übernehmen. Seit Jahren wirbt die JAH. in der Arbeiterschaft für den Eintritt in die freien Gewerkschaften unter der Parole: Hinein in die Gewerkschaften und Stärkung der Opposition. Nach wie vor hält die JAH. daran fest, daß die revolutionäre Opposition in den Gewerkschaften wichtige Aufgaben zu erfüllen hat.

Aber mit der Bureaukratisierung und der Diktatur der Reformisten in den Gewerkschaften werden die Mitglieder ihrer Mitbestimmungsrechte beraubt und in der Entfesselung von Streiks niedergehalten — gehemmt. Die Gegenwehr der oppositionellen Gewerkschaftler und der Arbeiter schlägt daher aus diesem Grunde andere Wege ein als früher. Die eigene Initiative, der Kampfwille bei Wirtschaftskämpfen ist das Ursächliche, um was es heute geht. Soll die JAH. hier ihre grundsätzliche und schon immer durchgeführte Unterstützung versagen? Und gerade deshalb versagen, weil ein Teil dessen, was immer bei allen Maßnahmen zur Unterstützung bei kämpfenden Gruppen erreicht werden sollte (Stärkung des Kampfwillens), in Erfüllung ging? (Ob durch die Arbeit der JAH. oder durch den Druck der Verhältnisse, ist bei der Fragestellung nebensächlich.) Die JAH. ist sich bewußt, daß der breiten Offensive des Kapitals der Massenwille des Proletariats entgegengesetzt werden muß.

Wie bisher setzt die JAH. sich daher zum Ziele, die Klassenfront in den Wirtschaftskämpfen auch gegen den Willen der Gewerkschaftsbureaukraten zu stärken und alle, auch die unorganisierten Arbeiter, zu mobilisieren.

Die JAH. wird jetzt erst recht alle Kräfte anspannen müssen und die jetzige Werbewoche muß eine Verdoppelung der Mitarbeiter bringen. Die Hilfe der JAH. wird konkreter, die JAH. macht einen Schritt nach vorwärts innerhalb der Arbeiterschaft. Das findet seine Anerkennung bereits in der Zunahme der Mitglieder in den Kampfgebieten an der Ruhr und an der Wasserkante.

Die JAH. darf nicht in der Arbeit starr ihren Weg gehen — die Weltgeschichte verläuft nicht nach schönen Wünschen. Das reale Geschehen ist maßgebend, es gilt, mit beiden Füßen auf den Boden der gegebenen Tatsachen zu bleiben und getreu der bisherigen Erfahrungen in jeder Phase als Hilfsorganisation eine Stütze in den Auseinandersetzungen zwischen Kapital und Arbeit zu bleiben. Die Verschärfung dieser Kämpfe bedingt also, daß der JAH. im proletarischen Klassenkampf eine größere Rolle als bisher zukommt.

Wird die sozialpolitische Betätigung aufgegeben?

Wie bei allen Kampfunterstützungen, so besonders im Ruhrgebiet, wurden Kinder in Heimen der JAH. oder bei Freunden außerhalb des Kampfgebietes in Einzelpflege untergebracht. Die offizielle Jugendpflege stellt bei Kindertransporten Eisenbahnfahrten zu erheblich billigeren Preisen zur Verfügung. Diese Verbilligung, die bekanntlich allen „Staatsbürgern" resp. den zuständigen Organisationen zukommt, wird der JAH. selten gewährt, zumeist verweigert. In allen Bezirken kämpft die JAH. um diese selbstverständliche Verbilligung der Transporte bei Kinderverschickungen. Der Klassenstaat hat kein Interesse an dieser „Jugendpflege", die eine Selbsthilfe des kämpfenden Proletariats darstellt und letzten Endes eine Stärkung der Kämpfenden bringt. Hier entspinnt sich der Kampf gegen die „sozialen" Maßnahmen der „demokratischen" Republik. Den bürgerlichen Wohlfahrtsorganisationen (Caritas, Innere Mission, 5. Wohlfahrtsverband usw.) werden ohne weiteres die Fahrtverbilligungen zugesprochen — der JAH. nur dann, wenn der nötige Druck von unten dazu zwingt. Hiervon ausgehend entwickelt sich eine Phase des Kampfes der JAH. auf sozialpolitischem Gebiete. Bei der Betreuung der Kinder kommt das Gebiet der Jugendfürsorge hinzu. Die Anfänge — schon erfolgreich — werden weiter und zielbewußter mit einer Konzentration auf diesem Gebiet ausgebaut.

Die Betätigung auf sozialpolitischem Gebiete wird also nicht zurückgestellt, sondern auch hier, verbunden mit den Aufgaben, die der JAH. aus der augenblicklichen Situation erwachsen, gesteigert. Die Aufgaben werden auch hier konkreter, der Kampf gegen die bürgerliche Wohlfahrt bleibt voll und ganz bestehen, da immer bei der Durchsetzung der oben erwähnten Aufgaben die Auseinandersetzung mit dem offiziellen Wohlfahrtsapparat, wie der damit verbundenen privaten Wohlfahrt kommen muß. Die Aufzeigung des Klassencharakters der heutigen Wohlfahrtsmaßnahmen und damit Demaskierung der heutigen Klassenherrschaft bleibt weiter ein hervorragendes Mittel, um den breiten Massen die Augen zu öffnen.

Ganz im Gegenteil, zur Behauptung gewisser Gegner ergeben sich durch die Verhinderung der Kämpfe weitere sozialpolitische Aufgaben für die JAH., indem sie die im Mittelpunkte der Wirtschaftskämpfe stehenden Fragen, z. B. das Zwangsschlichtungswesen, aufgreift und in den Wirtschaftskämpfen selbst die Massen gegen die sozialpolitische Reaktion mobilisiert.

Weder das eine noch das andere Argument der Gegner der JAH. ist stichhaltig, und der Kampf gegen die JAH. bedeutet letzten Endes, wenn er Erfolg haben soll, nur eine weitere Verwirrung des Vortrupps der revolutionären Arbeiterschaft, die dadurch wohl zeitweilig gehemmt werden kann, aber nicht von ihren historischen Aufgaben: Niederringung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung und Aufrichtung der sozialistischen, abzubringen ist.

Sammelt zum Märztreffen in Bitterfeld

Merseburg-Leuna-Querfurt

Achtung, Unterbezirks-Frauenkonferenz für den Unterbezirk Merseburg-Querfurt!

Sonntag, den 24. Februar, vormittags 9 Uhr, in der „Funkenburg" zu Merseburg

Tagesordnung:

1. Die Partei und die Frauenarbeit. Referentin: Genossin Lotte Leibrich, Halle.
2. Die Vorbereitung der internationalen Frauenwoche. Referentin: Genossin Frida Koenen, Merseburg.
3. Die Frau und die Sozialpolitik. Referent: Genosse Emil Grabow, Halle.

Alle Ortsgruppen müssen Vertreter entsenden. Wo es nicht möglich ist, eine oder mehrere Frauen zur Unterbezirks-Frauenkonferenz zu delegieren, müssen Genossen oder Jugendgenossen teilnehmen. Der 6. Weltkongreß legte fest, der Frauenarbeit die größte Aufmerksamkeit zuzuwenden. Alle Ortsgruppen sind verpflichtet, diesen Beschluß des Weltkongresses zu beachten und durchzuführen.

U.-B.-L. der KPD., Abteilung Frauen.

Merseburg. Auf zur Demonstration! Am Freitag veranstaltet der RFB. eine Demonstration durch die Straßen Krähwinkels. Es gilt, auch in Merseburg das Proletariat daran zu erinnern, daß vor elf Jahren im Vaterlande aller Arbeiter, in der Sowjetunion, die Rote Armee organisiert wurde. Es gilt, dem Bürgertum zu beweisen, daß die rote Klassenfront unerschütterlich steht, daß sie wächst. Genossen, Kameraden, tretet geschlossen an! Macht die Erwerbslosen, macht die Betriebsarbeiter mobil! Abmarsch am Freitag auf dem Roten Markt, abends 7 Uhr. Am Sonnabend findet in der „Funkenburg" eine Werbeveranstaltung des RFB. statt. Alle Arbeiter sorgen für Massenbesuch!

Merseburg. Endlich eine Notstandsmaßnahme der Stadt. Der anhaltende Frost läßt die Ausführung der von der Stadt vorgesehenen Notstandsarbeiten größtenteils nicht zu. Der Magistrat hat daher beschlossen, zur Linderung der in diesem harten Winter vielfach eingetretenen wirtschaftlichen Nöten eine warme Mittagssuppe an Hilfsbedürftige auszugeben. In erster Linie kommen die sogenannten Ortsarmen und ausgesteuerten Erwerbslosen in Betracht, dann aber auch Erwerbslose mit Erwerbslosenunterstützung, deren Familienverhältnisse einen frauenlosen oder getrennten Haushalt bedingen. Die Essenausgabe erfolgte erstmalig gestern, Montag, zwischen 11.30 und 12.30 Uhr im Schloßgartensalon. Sie erfolgt nunmehr täglich. Die Suppe kann an Ort und Stelle verzehrt, aber auch mit nach Hause genommen werden. Eßgeschirr bzw. Transportgefäße müssen mitgebracht und können nur ausnahmsweise leihweise überlassen werden. Die Reinigung der Geschirre kann im Schloßgartensalon vorgenommen werden.

Spergau. Die Augen zugefroren. Einer 60jährigen Frau sind auf der Straße infolge der grimmigen Kälte die Augen zugefroren. Sie tastete sich an den Häusern entlang, bis sie erschöpft zusammenbrach.

Bad Lauchstädt. Als Mann mit dem Kuckuck ist doch der Gerichtsvollzieher bekannt. Dieser treibt sich recht viel bei uns herum. Kleinbauern und Proleten gilt sein Besuch. Gerade von den ersteren sitzt manchem das Messer an der Kehle auf Grund der Politik, die der reaktionäre Landbund, zusammen mit der großen Sozialdemokratie betreibt. Steuern, nichts als Steuern hat der Kleinbauer aufzubringen. Um so mehr müßte sich dieser gegen die Schreibweise der bürgerlichen Schmierblätter empören, die sich darüber lustig machten, daß einer der Ihren vor dem Mann mit dem Adlerwappen (also dem Gerichtsvollzieher) ausrückte.

Groß-Kayna. Rebellion im gelben Lager. So nach und nach kommen auch die gelben Sumpfpflanzen von Groß-Kayna zu der Einsicht. Sie begreifen, daß sie in ihrem Bliemchenverein nur die milchgebenden Kühe sind. Aus ihren Proletentaschen macht sich andere ein angenehmes Leben. Wer Ohren hat zu hören, konnte in den letzten Tagen die Wahrnehmung machen, daß unter den bisher willigen Lohnsklaven des Michel-Konzerns eine Rebellion im Gange ist. Warum? Nun, paßt auf: Einige dieser Leute hatten vor kurzem, wahrscheinlich weil ihre Hungerpfennige nicht mehr zum Sattessen reichten, den Wunsch, auf Kosten der gelben Kasse, ein Schlachtefest zu veranstalten, um sich dabei wieder mal gehörig den vaterländischen Mut anzufressen. Aber o Schreck, in der Kasse war eine furchtbare Pleite, und so mußten sie sich, der „wahre Jakob vom Geiseltal", Räuscher, einbegriffen, den schönsten seiner Träume verkneifen. Und nun stand die Frage so: Ausscheiden aus dem gelben Verein oder warten, bis sieben fette Jahre kommen! Der „wahre Jakob" will die gelbe Fahne verlassen. Auch andere Mitglieder, darunter auch ein gewisser S., betonten ihren Austritt erklären zu wollen. Recht so, Arbeitskollegen, heraus aus dem Klub, aber nicht nur wegen dem ausgebliebenen Schlachtefest, sondern weil Ihr als Proleten einfach nicht in solche Schmarotzervereine gehört. Werdet klassenbewußt und lernt kämpfen!

Mansfeld-Sangerhausen

Schutz vor den Amtspersonen

oder die Haussuchung bei einem Sozialrentner in Görsbach

Unglaubliches hat sich vor einigen Tagen hier zugetragen. Dem Sozialrentner Albert Ernst wurde vom Gemeindevorsteher die Zuschußrente für Februar eigenmächtig gekürzt. Er erhielt statt 30 Mark nur 13 Mark außer seiner Sozialrente. Ernst hat noch zwei schulpflichtige Kinder. Die neuen Richtlinien in Rentensachen, die bis heute noch nicht in Kraft gesetzt sind und die für E. einen Rentenabzug bedeuten, wendet der Gemeindevorsteher also schon an, ohne die geringste Anweisung zu haben. (Nette Zustände, Herr Landrat. D. Ver.) Ernst hatte in Erwartung seiner 30 Mark Rente, schon Schulden in dieser Höhe gemacht. Da er sich nun außerstande sah, seine Familie mit den 13 Mark durchzubringen, fuhr er nach Sangerhausen. Das Fahrgeld kostete ihm 2 Mark. Er trug dem Landrat die Sachlage vor. Dem Gemeindevorsteher wurde sofort mitgeteilt, daß die Abzüge zurzeit unberechtigt seien.

Was geschah aber in der Zeit, wo Ernst in Sangerhausen war? Der Amtsvorsteher, der Gemeindevorsteher, der erste Schöffe und der Landjäger Freiwald von Heringen kamen zur Frau Ernst. Da die Tür verschlossen war, forderten sie Einlaß. Die Frau, die selbst krank ist, weigerte sich, die Leute hereinzulassen. Sie wollte wissen, was sie wollten. Die Antwort lautete:

„Wenn Sie nicht sofort aufmachen, dann schlagen wir die Tür ein."

Die Frau ließ sie darauf ein. Die tüchtigen Amtsfiguren gaben nun an, eine Haussuchung vornehmen zu wollen. Die Frau brauchte nicht dabei zu sein! Sie suchten darauf nach Holz und Kohlen, wie man annehmen kann. Sie fanden auch etwas Wellholz und acht Zentner Kohlen. Das Holz hatte Ernst von Nachbarn erhalten. Und wenn er die alten Kohlen nicht bezahlt hätte, hätte er auch die acht Zentner neue nicht bekommen. Aber weil man einmal beim Suchen war, wurden auch Kisten und Kasten untersucht. Was nicht offen war, wurde eben aufgebrochen. Gefunden wurde nichts als ein alter Karabiner, der früher beim Kriege-schießen gebraucht worden ist. Den hat der Herr Landjäger mitgenommen. Stolz zog der Mann mit seiner Beute und der erwähnten Gesellschaft von dannen. Niemand störte sich daran, daß die Frau des Invaliden durch das unglaublich ruppige Vorgehen der Amtspersonen schwer beleidigt wurde.

Es drängt sich nunmehr die Frage auf, mit welcher Berechtigung wurde bei Ernst gesucht? Wer war der Auftragerteiler? Sind die Sozialrentner in der Hindenburg-Hunger-Republik schon vogelfrei? Wir verlangen Aufschluß, Herr Landrat, denn nach dem Vorgefallenen können sich die Sozialrentner und Hilfsbedürftigen auf so manches gefaßt machen.

Achtung, werktätige Frauen von Sangerhausen und Umgebung!

Eilt zur roten Front, kämpft gegen § 218

Der RFMB., Ortsgruppe Sangerhausen, veranstaltet am kommenden Sonnabend, abends 8 Uhr, im „Herrenkrug" seine Bundesgründungsfeier anläßlich des dreijährigen Bestehens des Bundes. Diese Veranstaltung soll zugleich ein Auftakt zu unserem Kampfe gegen den Schandparagraphen 218 sein. Die Reichstagsfraktion der KPD. hat einen Antrag eingebracht, in dem die Beseitigung des § 218 gefordert wird.

Es ist nun die Aufgabe aller werktätigen Frauen und Männer, die Durchsetzung dieses Antrages durch den Massendruck von außen wirksam zu unterstützen. Deshalb läßt der RFMB. auch Unterschriftenlisten zirkulieren, in die sich alle diejenigen Männer und Frauen eintragen sollen, die ernsthaft die Beseitigung des § 218 fordern. In der obengenannten Veranstaltung werden neben Musikstücken auch noch Rezitationen vorgetragen und zwei kleine Theaterszenen „Die Wohltat" und „In der Drosselspinnerei" aufgeführt.

Wir erwarten von der werktätigen Bevölkerung Sangerhausens, daß sie diese Veranstaltung zahlreich besucht.

Arbeiter von Teutschenthal und Betrieb Etzdorf!

Wir geben hiermit bekannt, daß sich das Betriebsratsmitglied O. Dittwar als großer Schädling der Arbeiterbewegung entpuppt hat. D. gehörte früher unserer Partei an. Wegen seines parteischädigenden Verhaltens ist er schon längst aus der Partei ausgeschlossen worden. Wir warnen für heute jeden Arbeiter vor dem benannten Dittmar. Ein aufklärender Artikel über alle seine Schandtaten folgt in den nächsten Tagen.

Riestedt. Lokomotive entgleist. Auf der Strecke Blankenheim—Riestedt brach an der Lokomotive des gegen 3.30 Uhr die Strecke passierenden Güterzuges die rechte Kolbenstange. Die Maschine entgleiste und blieb auf der Strecke liegen, so daß eine starke Verkehrsstockung eintrat.

Nordhausen und Harz

Drei Kinder erstickt

(Frauenkorrespondenz zu der Nordhäuser Tragödie)

Schon in der Sonnabend-Nummer berichteten wir kurz darüber. Diese Kindertragödie ist für uns mehr, als ein entsetzlicher Unglücksfall. Wir sehen auch hier politische und wirtschaftliche Zusammenhänge.

Die Wohnung der Familie Krug am Ammerberg, in der sich der Unglücksfall ereignete, ist für die fünfköpfige Familie nur eine Art Notwohnung gewesen. Schon seit einigen Jahren sind die betreffenden Eheleute als „Dringend Wohnungsuchende" beim Wohnungsamt eingetragen. Vergeblich haben sie auf eine andere Wohnung gewartet, in einer Zeit, in der der Vater Staat für die Kirche, Militär usw. viele Millionen Mark ausgab.

Die Wohnungsnot ist also zum großen Teil schuld an der Kindertragödie.

Es heißt, die Mutter war außer dem Hause und mußte ihre Kinder allein lassen. Dieses „Alleinlassen" kleiner Kinder ist immer eine Gefahr für diese. Haben es denn die Frauen der besitzenden Klasse notwendig, ihre Kinder allein zu lassen? Nein! Schlechtbezahlte Haus- und Kindermädchen haben dort die Kinder in Obhut. Diese Frauen können beruhigt ihre Wege besorgen.

Und die Arbeiterfrauen?

Keine oder schlechte Krippen und Kinderhorte stehen den Kindern der Arbeiter zur Verfügung. Gehetzt und beängstigt um ihre Kinder, müssen die Arbeitermütter ihrer Arbeit nachgehen.

Ist das nicht auch ein Schuldmoment? Drei Kinder erstickt, ermordet, durch die Schuld der kapitalistischen Gesellschaftsordnung, die für die einen nichts und für die anderen allet hat.

Ihr Arbeiterfrauen, seht Ihr diese Schuld? — Ja!

Dann kämpft mit den Frauen in der KPD., im RFMB., um eine bessere Gesellschaftsordnung, in der auch unseren Kindern genügend Schutz gewährt wird. Kämpft mit uns, wenn Ihr Euere Kinder liebt.

Nordhausen. Und wieder einmal: „Der Dank des Vaterlandes." Bei vielen, wohl bei den meisten, ist er ausgeblieben, der versprochene Dank. Statt dessen müssen die meisten Kriegsteilnehmer noch heute mehr oder weniger unter den Folgen des Krieges leiden. So in unserem Städtchen auch ein kleiner, aufrichtiger Gewerbetreibender. Ein im Felde zugezogenes Leiden zwang ihn viele Monate aufs Krankenlager. Keine Rente und auch sonst keinerlei Einkommen half ihm über die schwere Krankenzeit hinweg. Seine beiden Töchter von 20 und 22 Jahren mußten ihn von ihrem niedrigen Lohn mit ernähren. Aber auch die Abgaben für sein kleines Häuschen liefen weiter und die Steuerzettel flatterten auf sein Krankenbett. Was lag nun näher, als eine Eingabe ans Steueramt, um Stundung der Hauszinssteuer. Und die Antwort kam. Die Stundung wurde abgelehnt mit der Begründung, daß das Einkommen der Töchter (von denen eine jetzt heiraten will), von zusammen 35 Mark wöchentlich, hoch genug wäre, um nicht nur den Vater mitzuernähren, sondern auch noch sämtliche Abgaben zu decken! — Ob durch solche Maßnahmen die „Liebe zur Republik" gesteigert wird?

Nordhausen. Wer kennt den Lehrer? Der Lehrer, das Kind und die Erwerbslosen. An der Wiedigsburg soll ein Lehrer unterrichten und in seinem Unterricht gesagt haben, „die Erwerbslosen wären nur zu faul zur Arbeit". Wer von unsern Lesern diesen Lehrer kennt, muß ihn sofort dem Erwerbslosenrat mitteilen. Die Erwerbslosen werden dem Herrn „mal uff de Bude" rücken und sich bei ihm Arbeit holen.

Kehmstedt. Erfolgreiche Veranstaltungen. Am 10. Februar fand hier eine öffentliche Volksversammlung statt, in der der Landtagsabgeordnete Genosse Schulz-Berlin als Referent erschienen war. Die Versammlung war sehr gut besucht. Der größte Teil der Anwesenden waren Landwirte, die mit der KPD. sympathisieren. Es wurden deshalb gründlich Agrarierfragen und die Lage der Landwirtschaft besprochen. Die Landwirte waren vollkommen mit unserem Redner einverstanden. Sie gelobten, mit der KPD. gemeinsam zu arbeiten. Am Abend war eine LLL.-Feier. Und trotz der strengen Kälte waren die Genossen von Nordhausen und Pustleben zu dieser Veranstaltung zur Stelle. Sie trugen zum Gelingen dieser Veranstaltung mit bei, die einen guten Verlauf nahm und ein voller Erfolg war.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019290220-19/fragment/page=0010

Weißenfels-Naumburg-Zeitz

Der hinausgeworfene Stadtrat

[illegible] aus einer Naumburger Gewerkschaftsveranstaltung „ging“ . . .

Ein vielsagender Vorfall spielte sich vor kurzem in dem SPD.-Lokal Hotel „Zur Post“ ab. Der Gemeinde- und Staatsarbeiterverband, Ortsgruppe Naumburg, feierte sein Stiftungsfest. Dazu hatte der SPD.-Vorsitzende Sens seinen „Brotgeber“, den hohen Magistrat, eingeladen. Man hatte auch diesmal sein Erscheinen zugesagt. Aber wer da glaubt, daß der Herr „Ober“ sich soweit vergessen könnte, zu Arbeitern zu gehen, der ist im Irrtum.

Wie alljährlich kam als Magistratsvertreter der SPD.-Stadtrat (diesmal Grunert) und vergnügte sich am Büfett. Er machte auch regelrecht „Pröiterchen“. Die Sache hatte in diesem Jahre einen anderen Ausklang. Dere Vorsitzende der Gewerkschaft des Gemeinde- und Staatsarbeiterverbandes, Sens, war bei der Bewerbung Grunerts als Beisitzer zum Arbeitsgericht nicht für diesen eingetreten, weil eben Grunert nicht gewerkschaftlich organisiert ist. Das mußte natürlich gesühnt werden, und eine bessere Gelegenheit, sich zu rächen fand sich nicht als gerade an diesem Abend.

Achtung, Schöffen und Geschworene!

Teilt umgehend der Bezirksleitung Euren Namen und die Adresse mit. Es soll demnächst ein Kursus für alle kommunistischen Schöffen und Geschworenen stattfinden.

Bezirksleitung der KPD., Abt. Agitprop.

Grunert wurde es ungemütlich. Er lehnte es ab, weiterhin am Feste der Arbeiter teilzunehmen. Demonstrativ setzte er sich in die Gaststube und dort zog er mit seinen Trabanten über das „undisziplinierte Verhalten“ der Gemeindearbeiter vom Leder, bis es sogar einigen seiner „linken“ Genossen zuviel wurde und sie ihm den Kopf wuschen.

Vor allen Gästen warf man ihm

faschistisches und selbstsüchtiges Gebaren

vor. Man graulte so lange, bis Otto schließlich unter allgemeinem Gelächter seiner eigenen Genossen Leine zog. Wir knüpfen an diesen Vorfall die Vermutung, daß es auch einmal in den Köpfen der „linken“ SPD.-Genossen Tag wird.

Habt Ihr Proleten denn mit so einem Postenjäger noch etwas gemein?

Seid Ihr tatsächlich der Meinung, daß er Euch zum Sozialismus führt?

Seht die Vorgänge in der Stadtverordnetenversammlung, mit welcher Skrupellosigkeit die Arbeitslosen abgeschustert werden!

Dorfarmut in Muschwitz

Wo bleibt die „christliche Nächstenliebe“ und das „menschliche Pflichtgefühl“?

Einen wirklich unkonsequenten Standpunkt vertreten unsere hiesigen Kirchenväter. In dem in hiesiger Flur gelegenen Grundstück, dem ehemaligen Steigerhaus des wohlbekannten Herrn Schomburg, wohnt die Witwe Kraft mit ihrem schulpflichtigen Kinde, verlassen von ihrem Manne. Sie ist auf die Beihilfen aus der Gemeinde angewiesen. Ihre Wohnung ist in einem Zustande des Zerfalls, so daß man es keinem Menschen zumutet, sich darin aufzuhalten. Der Schornstein ist eingefallen. Bei Morgenwind hat die Frau die Stube voll Rauch und muß es dann vorziehen, ins Freie zu gehen. In den um den Wohnraum gelegenen Nachbarräumen sind sämtliche Fenster eingeschlagen, so daß es hineinschneit. Der Schnee liegt bis zu einem halben Meter hoch in der „Wohnung“. Daß dabei die Witwe Kraft ihr Wohnzimmer nicht erwärmen kann, ist selbstverständlich. Zumal sie infolge des geringen Einkommens bei jetziger Kälte nicht imstande ist, sich die nötige Feuerung zu beschaffen.

Nun sollte Frau Kraft ins Pfarrhaus ziehen, das ginge nicht (?). Dann nachträglich in den „Stall“, in die ehemalige Konfirmanden-Unterrichtsstube. Erst sollte es gehen, dann kam es anders! Es müßte, wie man sagt, ein Schiedt in die Stube gemauert werden, um kleinere Räume zu schaffen. Da deshalb Ausgaben entstehen würden, ging es auch nicht. Der Herr stellv. Kirchenratsvorsitzende Fuchs erklärte der Witwe Kraft prompt: „'s wärd wo n'scht wärn, daß Du in die Pfarre ziehn kannst“ Hier kommt der Standpunkt unserer Kirchenväter so richtig zur Geltung.

Im Punkte Einnahmen halten sie alle die Hände auf, im Punkte Ausgabe ist keine Hand frei.

Da wird nicht an die Notlage der Aermsten gedacht. Das reichliche Nehmen der Kirche ist ja den Gemeindeangehörigen bekannt. Wo bleibt denn die vielgepriesene Nächstenliebe?

Hier wäre es angebracht, weil eine wirkliche Notlage der Frau Kraft vorliegt, zu helfen, auch wenn es etwas mit Geldkosten verbunden ist. Andernfalls müßten die Herren Kirchenväter mit Frau Kraft einmal Wohnungstausch vornehmen. Die Herren Kirchenväter laufen wohl immer mit Bibel und Gebetbuch zum Gottesdienst, aber von Nächstenliebe keine Spur.

Auch die Herren der Gemeindebehörde einschl. -vertretung, die über Wohnungsangelegenheiten zu bestimmen haben, könnten einmal die Wohnung der Frau Kraft besehen und ihr Urteil abgeben. Man spricht immer viel von sozialem Beistand und Gewährleistungen? Hier gilt es Abhilfe zu schaffen, so bald wie möglich. Wenn Frau Kraft auch keine Parteifreundin ist, in sozialer Hinsicht muß man ihr helfen. Gewisse Leute sollten sich merken, daß das Los der Armen über ihr Parteiinteresse zu gehen hat. Ob man das mal begreift?

Also schafft Abhilfe, die Einwohner sehen in diesem Fall Euren Taten entgegen.

Naumburg. Die Kleider am Leibe verbrannt. Die in den 60er Jahren stehende Frau des Droschkenbesitzers Bergmann in der Großen Marienstraße kam dieser Tage mit den Kleidern dem heißen Ofen zu nahe, so daß sie Feuer fingen. Auf die Hilferufe der Frau eilten Hausbewohner herbei, die ihr die brennenden Stücke vom Leibe rissen. Sie hatte jedoch schon solche Brandwunden erlitten, daß sie ins Krankenhaus aufgenommen werden mußte.

Zeitz. Man will „Ordnung“ schaffen! Infolge der Kälte und des anhaltenden Schneewetters versuchen alle Erwerbslosen beim Arbeitsamt Zeitz auf der Moritzburg so schnell wie möglich abgefertigt zu werden. So war es auch am vergangenen Sonnabend bei der Auszahlung der Unterstützung für die Erwerbslosen. Durch Nichteinhaltung der Reihenfolge entstand ein ungeheures Gedränge. Die Ordner erhalten keine Anweisung über die Reihenfolge. Das Gedränge war so stark, weil alle, die bis ½10 Uhr der Reihenfolge nach abgeführt sein müßten, sich vor dem Eingang der Kasse stauten. Das veranlaßte einen Angestellten vom Arbeitsamt zu sagen: „Man müßte doch anrufen, um Ordnung zu schaffen!“ Das „Ordnungschaffen“ war allen, die dies hörten, zur Genüge bekannt, denn damit war gemeint, die Polizei muß mit dem Gummiknüppel dreinhauen! Als dann ein Mitglied vom Erwerbslosenrat mit dem Vorsitzenden des Arbeitsamtes wegen der schlechten Abfertigung verhandeln wollte, lief dieser, Dr. Lorenz, weg mit den Worten: „Ich verhandle nicht mit dem Erwerbslosenrat.“ Den Erwerbslosen muß das alles zu denken geben. Hier hilft nur Zusammenschluß und Kampf.

Zeitz. Skandalöse Zustände beim Kohlenverkauf. Die Kohlenvorräte vom Sommer her sind aufgebraucht, die Kohlenbarone leiden zurzeit nicht an Absatzschwierigkeiten und glauben nun, mit den Kleinabholern Schindluder zugunsten der Großabholer treiben zu können, besonders in der hiesigen Brikettfabrik. Ein wüstes Durcheinander herrscht auf dem Werkshof. Die Kleinabnehmer werden dauernd zurückgedrängt durch die Fuhrwerke, und nur nach stundenlangem Warten bekommen sie ihre Briketts. Aber auch dann sind sie noch nicht vom Warten erlöst. Vor der Wage staut sich wieder alles. Da viel Personal abgebaut wurde, ist zur Bedienung von zwei Wagen nur eine Person vorhanden! Und auch hier wieder werden in erster Linie die Fuhrwerke abgefertigt. Hier zeigt sich so recht die „Arbeiterfreundlichkeit“, die den Proleten in der Werkszeitung zentnerweise aufgetragen wird.

Grana. Einen eigenartigen Selbstmordversuch unternahm die Frau eines hier wohnenden Beamten. Der Strick war so lang, daß die Füße noch den Fußboden berührten, die Tür war geöffnet und die Hausbewohner rechtzeitig durch Schreien alarmiert. Die Beweggründe zu dieser Tat dürften nach bürgerlichen Begriffen in sexuellen Entgleisungen, die Krankheit nach sich zogen, zu suchen sein.

Aus dem Saalkreis

Antragsteller zur Erwerbslosenunterstützung, aufgepaßt!

A.-K. Bekanntlich muß zur Erlangung der Erwerbslosenunterstützung erst der Entlassungsschein der zuständigen Krankenkasse zur Beglaubigung der Krankenkassenversicherung zugeschickt werden. Nun kommt es oft vor, daß bei diesen Briefen die Angabe des Absenders fehlt und die Krankenkasse dadurch nicht in der Lage ist, diese Briefe an den Besteller zurückzuschicken.

Neulich hörte ich folgende Aeußerung:

„So eine verdammte Krankenkasse, nun warte ich schon 14 Tage auf den Schein. Da sind nun Kommunisten am Ruder und es klappt auch nicht.“

Ich mischte mich sofort in diese Angelegenheit, lehnte den Vorwurf entschieden ab und versprach, den Fall sofort zu untersuchen. Was stellte sich aber heraus? Der Antragsteller hatte den Absender vergessen mit auf dem Kuvert anzugeben. Und so suchte ich aus dem „herrenlosen Stoß“ (unter Mithilfe eines Krankenkassenangestellten) für Beesenlaublingen allein vier Anträge heraus, nahm diese mit und lieferte sie ab. Jetzt erst konnten die Anträge fertiggemacht werden zur Erlangung der Erwerbslosenunterstützung.

Aus Beesenlaublingen liegt noch ein ähnlicher, krasserer Fall vor:

Ein Arbeiter hatte auch nach zehn Tagen seinen Schein noch nicht von der Krankenkasse zurückerhalten. Nach genauer Untersuchung stellte sich heraus, daß die Arbeitsbescheinigung, nachdem die Saalkreiskrankenkasse den Schein abgeschickt hatte, denselben am nächsten Tage wieder zurückerhielt. „Adressat nicht auffindbar“. Dies ist natürlich ein Skandal.

In diesem Falle lag der Fehler an der Postbehörde. Also nicht immer auf die bösen Kommunisten schimpfen, die — auch bei der Saalkreiskrankenkasse — leider nicht allwissend sind!

Landgemeindetag in Könnern

Am Montag tagte in Könnern die Kreisabteilung Saalkreis des Verbandes der preußischen Landgemeinden. Als bemerkenswert von dieser Tagung ist zu verzeichnen, daß auf kommunistischen Antrag hin

eine Resolution einstimmig angenommen wurde, die von der Regierung die sofortige Inangriffnahme des Ausbaues des Südflügels des Mittellandkanals fordert.

Eine von sozialdemokratischer Seite eingebrachte Resolution gegen den berüchtigten Deutschnationalen Dr. Gereke erhielt nur die sechs Stimmen der Sozialdemokraten und Kommunisten. Genosse Steinmetz nahm aus diesem Anlaß das Wort und deckte rücksichtslos die Demagogie der SPD. in ihrem „Kampfe“ gegen Gereke auf. Er bezeichnete ihn richtig als einen Scheinkampf. Auf die in der vorigen Woche stattgefundene Tagung des Provinziallandtages der Provinz Sachsen hinweisend, betonte er, daß die Deutschnationalen und Sozialdemokraten im Kampfe gegen die Kommunisten in Wirklichkeit immer Arm in Arm vorgehen. Er forderte, daß die Tagung der Landgemeinden zum mindesten verlangen müsse, daß den Gemeinden die Kreissteuern erlassen würden, da überall der finanzielle Zusammenbruch drohe. Die Not der Gemeinden treffe in allererster Linie die ärmsten der Armen, das Proletariat.

Wenn die Kommunisten auf dieser Tagung in Könnern nicht einiges Grundlegende gesagt und gefordert hätten, so wäre diese ganze Tagung wie das Hornberger Schießen auseinandergelaufen.

Gröbers. Ein neugeborenes Kind aus dem Zuge geworfen. Auf der Bahnstrecke Halle—Gröbers, unweit der Grube „Alwine“, wurde von einem Weichenwärter die Leiche eines neugeborenen Kindes in ein Stück Hemdentuch gewickelt gefunden.

Dem Glück entgegen ★

Roman von Victor Margueritte

48)

Herr Lemaronnier nickte:

„Das steht zu befürchten. Ich kenne keine moralische Macht, die bei der Zersetzung der heutigen Gesellschaft die Gewalt der durch die Liquidation des Sieges in der ganzen Welt entfesselten Interessen neutralisieren könnte. Man hätte Deutschland aufteilen und den Rhein annektieren müssen.“

„Das hätte England uns nicht gestattet,“ warf Jourdan ein.

Lemaronnier seufzte:

„Auch Amerika nicht. Ergebnis: Man muß noch einmal von vorn anfangen! Ist's nicht mit Berlin, ist's mit Rom. . . Wir haben nur die Qual der Wahl: ein neuer Balkankrieg, Krieg im Stillen Ozean . . . Es ist vorauszusehen, daß unsere Erfindungen zwangsläufig hier oder dort in den Tanz eintreten werden. . . Ehe zehn Jahre vergehen, werden die Generationen, die den Krieg noch nicht mitgemacht haben, durchaus bereit sein, leichten Herzens das Signal dazu zu geben.“

„Eher! Eher! Darum ist es auch die erste Pflicht für Patrioten wie uns, die mörderischste Waffe zu schmieden für den radikalen Krieg. Dem Bestvorbereiteten die Krone!“

„Um so mehr,“ warf Herr Lemaronnier schlau ein, „ich habe gerade gestern sehr exakte Betrachtungen gelesen, und zwar in dem Buche eines Generals, der die moralische Abrüstung ebenso brennend wünscht wie wir — um so mehr, als inzwischen all diese neuen Industrien: Teerdestillate, Zellulose und Kunstseidefabrikation, Farben, Kunstdünger, unsere synthetischen Kohlenstoffe usw. usw. . . .“

„Und die Flugzeugindustrie, lieber Meister, die Flugzeugindustrie!“

Herr Lemaronnier war unzufrieden darüber, daß man ihn unterbrach und reckte seinen mageren Oberkörper:

„Kurz, alle diese zweischneidigen Waffen sind für die allgemeine Produktion kein Ballast, sondern im Gegenteil — es ist fabelhaft! — die dauernde Quelle unberechenbarer Einnahmen!“

Er schloß:

„In diesem Sinne verstanden ist die Vorbereitung der nationalen Verteidigung von nun an für die Völker eine Quelle des Reichtums und nicht des Ruins.“

„Ausgezeichnet beurteilt!“ rief Jourdan mit einer Begeisterung, in der der Patriotismus durch die Ueberzeugung des Finanzmannes verstärkt wurde . . .

Friede oder Krieg, er würde sein Schicksal nicht von dem seines Volkes trennen. Denn er war sicher, auf alle Fälle zu verdienen, am Reichtum so gut wie am Ruin. Spi horchte, von einem Staunen ergriffen, das eine instinktive Empörung noch vergrößerte, mit wachsendem Ekel auf diesen Austausch von Wahrheiten, deren egoistischen Sophismus ihr gesunder Verstand sofort durchschaute. In dem großen Zimmer schien ihr eine verdünnte Luft von mörderischem Druck zu herrschen . . . Glücklicherweise brachte der Eintritt Herrn Gründlichs, eines dicken, hochgewachsenen Greises mit einem Kranz weißer Haare rund um das rosige Ei eines Schädels, Ablenkung. Fréval, der ihn feierlich hereingeleitet hatte, verschwand, durch einen Blick Jourdans entlassen, der den Salemaleikums durch ein schwerfälliges Geschwänzel antwortete. Herr Gründlich und Herr Lemaronnier bekomplimentierten einander ausführlich.

Endlich kam die Unterhaltung in Gang. Mechanisch hatte Spi, die durch die Spalte ihres Wandschirmes gerade die beiden Greise, den Stolz ihrer Vaterländer, sehen konnte, begonnen, dem erhaltenen Auftrag entsprechend, die Worte des deutschen Gelehrten nachzustenographieren.

Zuerst einige Beileidsphrasen über den tragischen Tod von Lussac. Spi fühlte unter der höflichen Absicht dieselbe Gleichgültigkeit, die eben die anderen kundgegeben hatten. Tote, Verwundete gehörten zu den unvermeidlichen Opfern für eine Sache, die in ihren Augen so hoch stand, daß sie einen solchen Verlust berechtigt, ja edel erscheinen ließ. Der Fortschritt. Die als Opfer auf seinem Wege gefallen waren, waren wie Soldaten, die auf dem Felde der Ehre fallen.

Eine diskrete Anspielung Herrn Lemaronniers auf die neulich durch das Phosgengas in Hamburg verursachten Todesfälle zeitigte die entsprechende Anwort: Das waren nur Handelsreserven, die für die Käufe der Mächte der kleinen Entente bestimmt waren . . .

Herr Lemaronnier verneigte sich:

„Verehrter Meister, ich habe mir sagen lassen, daß Sie selbst . . . selbstverständlich nur zu rein wissenschaftlichen Zwecken — erst kürzlich ein Uebergas produziert haben, das das wirksamste bisher erfundene Agens dieser Art und von allen vorhandenen Zerstörungsmitteln das radikalste sein soll . . . ein Aetzgas von fabelhafter Stärke!“

Herr Gründlich gab das bescheiden zu. Man habe eine allergeringste Dosis auf einen fünf Kilometer entfernten Hundezwinger projiziert, und dies Gas, mit dessen Herstellung er sich allerdings augenblicklich beschäftige, habe augenblicklich fünfzig Tiere getötet. Man habe sie ganz verkrümmt und verrenkt aufgefunden.

„Ich schätze,“ fuhr er fort, „daß eine einzige Tonne Gasbomben aus 6000 Meter Höhe von einem unbemannten Flugzeug abgeworfen, das aber durch elektrische Wellen genau gesteuert und im Abwurf reguliert wird, jegliches Leben in einem Umkreis von tausend Quadratkilometern vernichten würde.

„Das ist eine hübsche Durchschnittsleistung“, gab Lemaronnier zu. „Multiplizieren Sie die Belegung mit hundert Flugzeugen zu je hundert Tonnen. Und dann machen Sie sich das Ergebnis klar. Das bedeutet, daß nicht nur Paris oder Rom oder Berlin im Augenblick entvölkert wären, sondern ganze Regionen wären vollkommen verwüstet!

Der französische Gelehrte schwieg mit listigem Lächeln. Gründlich sondierte:

„Ich weiß allerdings, daß Ihr Supergas, das auf Nitratderivaten basiert, annähernd die Stärke und den Wirkungsumfang des meinen haben muß! . . .

Nun, alles, was ich mich darüber zu sagen für berechtigt halte, ist, daß mit dem Produkt, auf das Sie anspielen und das keineswegs das Einzige ist, mit dem wir uns beschäftigen, wir eine noch größere augenblickliche Tötungswirkung erzielen können, und zwar mit der gleichen Präzision. Jedes Schutzmittel ist wirkungslos . . . Ich arbeite noch an einer andern Zusammenstellung, deren Wirkung im ersten Augenblick weniger heftig erscheint, die aber auf die Dauer noch weit entsetzlicher ist. Eine langsame Vergiftung an Stelle der fulminanten. Die Haut löst sich los, die Adern platzen, Blutergüsse aus Nase, Mund und Ohren erfolgen . . . Nach ein paar Stunden stirbt man im Wahnsinn.“

Der Greis machte diese Angaben, als lutsche er ein erfrischendes Bonbon.

In dem Augenblick gesammelter Stille, der entstand, hörte man auf der Landstraße, die an der Fabrik entlangführte, den Fall dumpfer Schritte und Kommandorufe: „Eins zwei, eins zwei! . . . Aufschließen!“ „Haben Sie Militär hier?“ fragte Herr Gründlich Jourdan.

„Ja, Schwarze . . . (er machte eine verächtliche Bewegung). Was Sie da hören, ist nur eine Kompagnie Pfadfinder . . . Die Kinder ziehen alle Donnertag auf den Sportplatz zu militärischen Uebungen.“

Herr Lemaronnier, der ganz in seine Gase vertieft war, bemerkte: „Ich bin froh, daß ich keinen Sohn habe.“

Herr Gründlich, der sich übertrumpft fühlte, aber nichts davon merken lassen wollte — nur das rosige Ei des Schädels war rot geworden — überbot den Kollegen mit dem gleichen stereotypen Lächeln:

„Eine Besonderheit meines Erzeugnisses, über das ich Ihnen begreiflicherweise keine weiteren Einzelheiten angeben kann, ist seine vollkommene Farb- und Geruchlosigkeit.“

Herr Lemaronnier gab sich noch nicht geschlagen:

„Das ist Ansichtssache. Glauben Sie nicht, daß gerade dichte schwere Schwaden, eine Todeswolke, die den Tag verdunkelt oder die Nacht noch finster macht, eine nützliche moralische Wirkung ausüben werden? Man muß die Seelen mit den Körpern zugleich treffen . . . Vor allem das Entsetzen! . . . Das Entsetzen . . .“

Herr Gründlich, ein überzeugter Anhänger der französisch-deutschen Annäherung und des Weltfriedens, war sich als erster darüber klar, wie unangebracht dieser rednerische Zweikampf sei und stimmte eifrig Herrn Jourdan bei, der die Arme gen Himmel hob und die lyrischen Ergüsse seines Direktors abschnitt:

„Gnade, lieber Meister! Wir bekommen sonst noch Alpdrücken! Wenn Herr Gründlich, da er nun einmal hier ist, mir die Ehre erweisen wollte, vor dem Frühstück einen kurzen Rundgang durch die Fabrik zu machen und meine synthetischen Laboratorien zu besichtigen . . .“

„Mit Vergnügen, Herr Jourdan, mit Vergnügen!“

Ganz Rundlichkeit trat der Dickhäuter von seinen berühmten Gästen beiseite. Das Trio verschwand. Spis Nerven bebten. Sie war vollkommen erledigt . . . So viel Grausamkeit und Gewissenlosigkeit! Und das alles, um was zu erreichen, Eines Tages selbst auf dem Haufen der von ihnen ermordeten Opfer zu krepieren, ohne auch nur eine Spur von all dem Gold mitnehmen zu können, um das sich, wenn es nach ihnen ging, auch noch die ganze Menschheit gegenseitig ermorden sollte, nachdem sie die Völker ausgesogen hatten!

Mitten in ihrer Empörung trat Fréval jubilierend ein:

„Schluß, Schluß! Heute Nachmittag ist frei! Der Chef hat mir aufgetragen, Ihnen zu sagen, wir könnten gehen.“

Frei! Der Gedanke traf mit ihren Erwägungen über einen Bruch zusammen und verwandelte sie in einen Willensakt. Mit entschlossener Bewegung setzte sie ihren Hut auf und schlüpfte in ihren Mantel:

„Für mich ist's damit endgültig Schluß! Adieu!“

„Was ist denn los?“

Er betrachtete sie verständnislos mit runden Augen.

(Fortsetzung folgt.)

Delitzsch-Torgau-Liebenwerda

Ein Schildauer Polizeibeamter erfriert

die Beine und erhält noch Strafe dafür

Schrecklich war die Kälte in der vergangenen Woche. Man jagte nicht gern einen Hund auf die Straße, geschweige einen Menschen. Alles hockte sich am liebsten daheim in die Nähe des warmen Ofens. Arme Proleten, die keine Kohlen hatten, legten sich zu Bett. Und wer keins hatte — erfror.

Es waren wirklich schlimme Tage. 32 Grad Celsius unter Null, zeigte das Thermometer an. Die Arbeiter und Angestellten, die im Freien arbeiten mußten, leisteten Uebermenschliches. Tausende erfroren die Ohren oder Finger. Auch meldeten die Krankenhäuser, daß viele junge Mädels mit erfrorenen Waden zur Behandlung eingeliefert wurden.

Größtenteils waren es arme Bureau- oder Fabrikmädels.

Sie haben nicht genügenden Verdienst, um sich Winterkleidung zu kaufen. Wegen ihrer elenden wirtschaftlichen Lage sind viele von ihnen zu Krüppeln geworden, da man die Beine amputieren mußte.

Auch in Schildau ereignete sich ein Vorfall, der so treffend die bürokratischen sowie Klassenzustände in der „freien demokratischen" Republik kennzeichnet. Am Mittwoch, dem 13. Februar, mußte der Polizeibeamte Veit von morgens 7 Uhr bis nachmittags 2 Uhr in der Hundekälte ununterbrochen auf den Viehmarkt Dienst leisten. Die unteren Beamten sind bekanntlich auch nicht auf Rosen gebettet, um sich bei dieser Witterung mit dementsprechender Winterkleidung zu versehen.

So sind dem Polizeibeamten Veit beim Dienst die Füße an die Stiefelsohlen festgefroren.

Trotz dieser körperlichen Leiden erhielt der Polizeibeamte an demselben Tage nachmittags um 4 Uhr vom Bürgermeister der „Weltstadt" Schildau einen Strafbefehl in der Höhe von 2 Mark zugestellt. Der Grund dafür soll angebliche Trunkenheit im Dienst sein. Die ärztliche Untersuchung ergab jedoch, daß Veit nicht betrunken gewesen ist. Durch die Kälte, die ihn körperlich so geschwächt hat, ist er hin- und hergetaumelt. Jetzt liegt er krank zu Bett, was schließlich kein Wunder ist. Zumindest hätte der Beamte öfters einmal abgelöst werden müssen. Das ist leider nicht der Fall gewesen.

So wie es dem Polizeibeamten ergangen ist, ergeht es auch den Erwerbslosen. Diese müssen erst stundenlang wandern, ehe sie zur Stempelstelle nach hier ankommen.

Obendrein stehen diese Erwerbslosen dann noch ein bis zwei Stunden vor der Rathaustür,

da durch die große Erwerbslosigkeit und Andrang das Stempeln zu langsam vor sich geht. Den Erwerbslosen müßte unbedingt für ihre Wartezeit ein geheizter Aufenthaltsraum zur Verfügung gestellt werden.

Doch darum kümmert sich der Bürgermeister nicht. Er sitzt im Ledersessel am warmen Ofen. Er braucht nicht bei der Kälte stempeln zu gehen und auch nicht auf das Vieh aufzupassen. Wenn er einmal in eine derartige Lage käme, da würde er bestimmt eine andere Gesinnung bekommen.

Die Entwicklung schreitet vorwärts, die Proletarier werden zur gegebenen Zeit die Verhältnisse ändern — und dann werden wir mit dem Bürgermeister in seiner heutigen Art verfahren. Vielleicht bessert er sich noch!

Wittenberg-Piesteritz

Hallo, Arbeiter, Jungarbeiter!

Kriegsgefahr und Arbeiterklasse, Berufsausbildungsgesetz, daß sind Dinge, über die Du Dich informieren mußt. Augen auf!

Am Mittwoch, den 20. Januar, abends 8 Uhr, im „Schützenhaus", Piesteritz,

spricht Genosse Konrad Blenkle, M. d. R.,

über dieses Thema.

Arbeiter und Jugendliche, macht diese Veranstaltung zu einer Massenkundgebung gegen den Krieg und gegen das Berufsausbildungsgesetz.

Kommt alle!

Mockrehna. Ein Raubüberfall. In Mockrehna wurde am Montag versucht, die Gemeindekasse zu plündern. Dort erschien ein unbekannter, anscheinend noch jüngerer Mann, der eine schwarze Gesichtsmaske trug. Bei seinem Eintritt in den Dienstraum zog er einen Revolver. Die allein anwesende Frau Beisker rief sofort um Hilfe. Da der Unbekannte Gefahr witterte, zog er es vor, zu verschwinden, ohne sein Vorhaben ausgeführt zu haben. Bis jetzt ist keine Spur des Täters vorhanden.

Torgau. Ein Wasserohrbruch ereignete sich am Montag vormittag im Westring an der Ecke Bahnhofstraße. Erst nachdem man den Boden mit glühenden Briketts aufgetaut hatte, konnte man nach schwieriger Arbeit die Bruchstelle finden und die Ausbesserung vornehmen. Die Arbeiten zogen sich bis tief in die Nacht hinein. — Ein weiterer Wasserrohrbruch wurde am Montagnachmittag gegen 4 Uhr aus der Kleinen Weberstraße gemeldet. Dort mußte ein Keller ausgepumpt werden.

Arbeiterkorrespondenten!

Am Sonntag, dem 24. Februar, vormittags 9 Uhr, findet in Halle in der Produktiv-Genossenschaft, Lerchenfeldstr. 14, die Bezirks-Berichterstatterkonferenz statt. Ein jeder Delegierte hat einen Delegationsschein der Parteiortsgruppe, Partei- und Gewerkschaftsmitgliedsbuch mitzubringen. Sonntagskarte ist zu lösen. Keiner versäume die Konferenz!

Auf nach Halle!

Torgau. Wucher mit Wasser. Infolge der vielfach eingeforenen Wasserleitungen sind vielfach die Leute gezwungen, das Wasser eimerweise von den Nachbarn zu holen. Von diesen werden dann zum Teil für den Eimer 10, 15, ja in manchen Fällen auch 25 Pfennig gefordert. Das ist unverschämt.

Annaburg. Die SPD. schwindelt bewußt. In seinem Schlußbericht über den Provinziallandtag bringt das „Volksblatt" eine Unwahrheit, die gen Himmel stinkt. Es wird mitgeteilt, daß der sozialdemokratische Abgeordnete Lotz beantragt hätte, der Annaburger Einwohnerschaft das Bad der Provinz zur Mitbenutzung freizugeben. Unsere Fraktion stellte im Anstaltsausschuß durch Genossen Holzweißig den Antrag, das Bad, welches die Provinz vom Forstfiskus gepachtet hat, der Einwohnerschaft zur Mitbenutzung freizugeben. Der Anstaltsausschuß war einstimmig für diesen Antrag und Lotz wurde beauftragt, den Antrag weiterzugeben an das Präsidium. Man merkt dieser Sorte Berichterstatter an, daß die Leser der SPD.-Presse bewußt irregeführt werden sollen. Auf der einen Seite sind die SPD.-Mannen die willigsten Knechte von Willmowski und Lohmeier und auf der anderen Seite betreiben sie Irreführung der Massen. Das ist die SPD. von heute.

Mühlberg. Kälteferien. Von Mittwoch, 20. Februar, bis einschließlich Dienstag, 26. Februar, fällt in sämtlichen hiesigen Schulen wegen Kohlenmangels der Unterricht aus.

Hintersee. Leichte „Räumungs"-Arbeit. Im Grundstück des Landwirts König, hier, wurde ein schwerer Einbruch verübt. Da König sich meist auf einem anderen Besitztum aufhält, konnten die Eindringlinge ungestört arbeiten und alle Wertgegenstände mitgehen heißen. Sie haben mehrere Türen zerschlagen und alle Schränke und Kisten durchwühlt. Der Schaden beträgt schätzungsweise 2000 Mark.

Bitterfeld-Wittenberg

Bitterfeld. Der Frühjahrs-Kreistag des Kreises Bitterfeld ist in diesem Jahr auf den 5. März anberaumt worden, um den Gemeinden möglichst frühzeitig Gewißheit über die Höhe der zu erhebenden Kreissteuer zu geben. Im Mittelpunkte der Tagung steht die Feststellung des Kreisetats für das Rechnungsjahr 1929. Der Haushaltsplan des Kreises schließt in Einnahme und Ausgabe mit 3,7 Millionen Mark ab und erhöht sich gegen das Vorjahr um 330 000 Mark. Die Kreissteuer soll in diesem Jahr ebenso wie im Vorjahre 46 Prozent betragen. Die Höhe der Kreissteuer wird allerdings abhängig davon gemacht, daß die Provinzialabgabe auf 14 Prozent festgesetzt wird und sich im Laufe des Haushaltsjahres nicht ändert. Weiter ist Voraussetzung für die Höhe des Steuersatzes, daß sich die Einnahme des Kreises aus Kreissteuerüberweisungen und an direkter Kreissteuer im Laufe des Rechnungsjahres über die jetzigen Beträge erhöhen muß. Jedenfalls werden die Steuern eine beträchtliche Höhe erreichen, die die kommunistische Kreistagsfraktion im Interesse der Werktätigen ablehnen wird.

Bitterfeld. Achtung, RFB.-Funktionäre! Sonntag, den 24. Februar, nachmittags 1 Uhr, findet im „Volkshaus" zu Bitterfeld die Untergaukonferenz des RFB. statt. Die Untergauleitung verpflichtet alle Ortsgruppen, unbedingt einen Delegierten zu schicken. Es wird nochmals Stellung genommen zum Märztreffen.

Sandersdorf. Oeffentliche Versammlung. Am Sonnabend, dem 24. Februar, abends 8 Uhr findet im Gasthaus Sandersdorf eine öffentliche Freidenkerversammlung statt. Genossin Christel Amon spricht über das Thema: Braucht der Arbeiter eine Kirche? Die Geistlichkeit beider Richtungen ist schriftlich eingeladen. Auch das Lehrerkollegium laden wir hiermit höflichst ein. Arbeiter und Arbeiterinnen, zeigt durch einen Massenbesuch, daß Ihr Euch von der Kirche freigemacht habt.

Holzweißig. Dynamit auf dem Friedhof. Da hier der Boden bis zu einer Tiefe von einem Meter gefroren ist, konnte in der letzten Zeit kein Grab geschaufelt werden. Die Friedhofsverwaltung mußte daher Sprengungen vornehmen.

Wittenberg. Zur Abstellung der Wassernot wird von seiten des Wasserwerkes in der Berliner Straße das nötige Wasser durch Oeffnung der Hydranten abgegeben. Ferner in der Pfaffen- und Marstallstraße sowie in der Dresdener Straße durch Sprengwagen. Ferner sind in der Gartenstadt zwei neue Brunnen geschlagen worden, um auch dort das nötige Wasser sicherzustellen.

Rundfunk-Programm

Freitag, den 22. Februar

12 Uhr: Schallplattenkonzert. 15 Uhr: Frostmeldungen. 15.15 Uhr: Stunde der Hausfrau mit Funkwerbung. 16.30 Uhr: Unterhaltungskonzert. (Von 16.30 bis 17.30 Uhr Uebertragung auf den Deutschlandsender.) 18.05 Uhr: „Labora kaj ideoj de D-ro Zamenhof." (Esperanto.) 18.20 Uhr: Wettervoraussage und Zeitangabe. 18.30 bis 18.55 Uhr: Englisch für Fortgeschrittene. (Deutsche Welle, Berlin.) 19 Uhr: „Störungen des Rundfunks und ihre Vermeidung." 19.30 Uhr: Elternsprechstunde. (Besprechung praktischer Erziehungsfragen.) 20 Uhr: Klavierquartette. 21 Uhr: Uebertragung von der Südwestdeutschen Rundfunk A.-G., Frankfurt am Main. 21.25 Uhr: Volkstümliches Orchesterkonzert. Schauspielmusik. 22.15 Uhr: Arbeitsnachweis, Schneebericht, Wettervoraussage, Pressebericht und Sportfunk. Danach: Funktanzstunde. Anschließend bis 24 Uhr: Tanzmusik.

Sonnabend, den 23. Februar

12 Uhr: Schallplattenkonzert. 15 Uhr: Frostmeldungen. 16 Uhr: Funkschach: „Das indische Problem." 16.30 Uhr: Konzert 17.45 Uhr: Funkwerbenachrichten. 18 Uhr: Funkbastelstunde. 18.20 Uhr: Wettervoraussage und Zeitangabe. 18.30 bis 18.55 Uhr: Spanisch für Anfänger. (Deutsche Welle, Berlin.) 19 Uhr: „Die Himmelserscheinungen des Jahres 1929." 19.30 Uhr: „Wie entsteht ein Film?" 20 Uhr: Aus der Operette: Eine Ballnacht. Musik von Oskar Straus. 21.15 Uhr: Tänze. 22.15 Uhr: Arbeitsnachweis Schneebericht, Wettervoraussage, Pressebericht, Bekanntgabe des Sonntagsprogramms und Sportfunk. Anschließend: Tanzmusik.

Wie wird das Wetter?

Für Donnerstag: Ziemlich trübes Wetter mit Neigung zu leichten Schneefällen. Später aufklärend. Temperaturen meist zwischen — 10 bis 15 Grad.

Für Freitag: Vorläufig wieder heiteres Wetter mit starkem Strahlungsfrost. Auf den Bergen milder.

Briefkasten

Rasberg. Gemeindevertreterbericht ging hier am 17. Februar ein, also volle sieben Tage nach der Sitzung. Da unaktuell, erscheint er nicht.

Oberröblingen a. H. Erwerbslosenbericht mußte stark gekürzt werden. Berichte sollen nach Möglichkeit zwei Manuskriptbogen nicht überschreiten.

Verantwortlich: Alfred Grade, Halle a. d. S., für Politik und Wirtschaft; Erich Behnke, Halle a. d. S. für Lokales und Saalkreis; Kurt Kühn, Merseburg, für Provinz (Merseburg Weißenfels, Mansfeld, Nordhausen) und Sport; Fritz Lessig, Halle a. d. S., für Provinz (Bitterfeld, Wittenberg, Delitzsch, Torgau); Marianne Gundermann, Halle a. d. S., für Feuilleton; Bernhard Koenen, Merseburg, für Gewerkschaften und Aus den Betrieben; Fritz Kroh, Halle a. d. S., für den Verlag, Anzeigenteil und Druck.

Postbezieher!

Die Bestellung muß bis zum 25. d. M. für März erfolgen, da sich sonst der Bezugspreis erhöht.

K·P·D

Bezirksleitung für Halle-Merseburg
Bureau und Kasse: Lerchenfeldstraße 14
Tel. 214 73, Postscheckkonto Leipzig 107 001
Artur Sämisch, Bezirks-Sekretär
Geschäftszeit: Täglich 9 bis 18 Uhr
Sonnabends nachmittags geschlossen

Achtung, Agitprop-Funktionäre der Ortsgruppen und Zellen!
Dem politischen Rundschreiben der Bezirksleitung Nr. 3/29 vom 15. Februar ist eine Sonderanweisung für die Agitprop-Leiter beigefügt. Jeder Agitprop-Leiter der Zellen und Ortsgruppen muß sich vom Pol-Leiter dieses Rundschreiben geben lassen und ist für die Durchführung der Anweisungen verantwortlich.
BL., Abteilung Agitprop.

Achtung, Schöffen und Geschworene!
Teilt umgehend der Bezirksleitung Euren Namen und die Adresse mit. Es soll demnächst ein Kursus für alle kommunistischen Schöffen und Geschworenen stattfinden.
Bezirksleitung der KPD., Abteilung Agitprop.

Stadtorganisation Halle
Genossenschaftsabteilung. Die im Arbeitsplan für Freitag angesetzte Sitzung muß Umstände halber ausfallen.
Achtung, Stadtteil-Delegierten-Konferenzen finden statt:
Stadtteil Westen: Donnerstag, 21. Februar, 20 Uhr, in der Produktiv-Genossenschaft. Alle Delegierten der Straßen- und Betriebszellen sowie Pol-Leiter haben zu erscheinen. Referent: Gen. H. Schmitt.
Stadtteil Süden: Donnerstag, 21. Februar, 19.30 Uhr, im „Thüringer Schlößchen". Die gesamte Stadtteilleitung und alle gewählten Delegierten der Betriebs- und Straßenzellen haben zu erscheinen. Referent: Gen Gutjahr.
Stadtteil Zentrum: Donnerstag, 21. Februar, 20 Uhr, in der „Goldenen Kette". Referent: Gen. B. Koenen.
Stadtteil Norden: Donnerstag, 21. Februar, 20 Uhr, im „Volkspark". 19.30 Uhr Sitzung der Stadtteilleitung. Referent: Gen. Baumgärtel.
Stadtteil Osten: Die Stadtteil-Delegierten-Konferenz findet erst am Mittwoch, dem 27. Februar, statt.

Unterbezirk Halle-Saalkreis
Löbejün. Donnerstag, 21. Februar, 20 Uhr, im „Adler" Mitgliederversammlung. Referent ist anwesend.
A.-G. Zwintschöna. Freitag, 22. Februar, 20 Uhr, im Lokal Horn, Zwintschöna, Kommunal-Konferenz. Alle Gemeindevertreter u. Kommunalfunktionäre erscheinen.
Sennewitz. Freitag, 22. Februar, 20 Uhr, Mitgliederversammlung. Um 16.30 Uhr findet eine Erwerbslosenversammlung statt. Referent: Gen. Gutjahr.

Unterbezirk Merseburg-Querfurt
Goddula. Donnerstag, den 21. Februar, 20 Uhr, Mitgliederversammlung. Referent: Genosse Drese.
Merseburg. Gewerkschaftskursus heute abend fällt aus.

Unterbezirk Weißenfels-Naumburg-Zeitz
Zeitz. Donnerstag, den 21. Februar, 20 Uhr, in der „Händlerbörse", Zelle 8. Referent: Genosse B.

Unterbezirk Bitterfeld-Wittenberg
Greppin. Donnerstag, den 21. Februar, 20 Uhr, bei Schmidt Mitgliederversammlung. Referent: Genosse O. Plättner.
Bitterfeld. Donnerstag, den 21. Februar, 20 Uhr, im „Volkshaus" Gewerkschafts-Konferenz. Alle Gewa.-Funktionäre erscheinen. Referent: Gen. K. Lüttich.
Holzweißig. Donnerstag, 21. Februar, 20 Uhr, im Lokal Bischof (früher Häser) Mitgliederversammlung.

Unterbezirk Torgau-Liebenwerda
A.-G. Bockwitz. Donnerstag, 21. Februar, 20 Uhr, im „Volkshaus" A.-G. Kommunal-Konferenz. Alle Funktionäre müssen erscheinen.

„Roter Frontkämpfer-Bund"

Adresse: Max Bentwitz, Halle a. d. S., Pfännerhöhe 2, Hof 2 Treppen. Telephonnummer 299 95. Postscheckkonto: Max Bentwitz, Leipzig Nr. 291 97.

Alle Ortsgruppen und Abteilungen werden aufgefordert, die Jungfront-Sammellisten sofort zurückzusenden bzw. abzurechnen. Die Ortsgruppen und Abteilungen, die bis zum 1. März nicht abgerechnet haben, werden in der Presse veröffentlicht.

Untergau Halle-Saalkreis
Halle, Abt. 5 (Zentrum). Donnerstag 21. Februar, 20 Uhr, bei Wötzel, Unterberg, engere Abteilungsführungssitzung.
Halle. Sämtliche Abteilungen treten am Freitag zur 11jährigen Feier der Roten Armee 18.30 Uhr auf den ihnen bekannten Sammelplätzen an. Hauptsammelplatz 19.15 Uhr Abmarsch Paradeplatz.
Halle, Abt. 2 (Süden). Sonnabend, 23. Februar, 20 Uhr, Mitgliederversammlung im „Thüringer Schlößchen". Gruppenführer haben einzuladen und sind für das Erscheinen aller Kameraden verantwortlich. Referent anwesend. Zimmer sehr gut geheizt.
Landsberg. Sonnabend, 23. Februar, 20 Uhr, in Reinsdorf Mitgliederversammlung.

Untergau Merseburg
Merseburg. Donnerstag, den 21. Februar, 19 Uhr, Uebungsstunde Spielmannszug „Stadt Leipzig".
Merseburg. Freitag, 22. Februar, 18½ Uhr, Antreten der Ortsgruppen Merseburg und Kötzschen-Beuna mit Spielmannszug und Kapellen zum Propaganda-Umzug zum 11jährigen Bestehen der Roten Armee auf dem Marktplatz.

Untergau Schkeuditz
Sonnabend, den 23. Februar, in „Stadt Berlin", O. Silber, Untergau-Generalversammlung. Erscheinen aller RFB.-Kameraden sowie RJ.-Kameraden Pflicht. Bundeskleidung anlegen.

Untergau Naumburg
Naumburg. Freitag, den 22 Februar, 20 Uhr, im „Goldenen Stiefel" außerordentliche Mitgliederversammlung (Märzkampagne, Bitterfelder Reichstreffen) gemeinsam mit KPD.
Roßleben. Donnerstag, den 21. Februar, 20 Uhr, in Bottendorf „Zur schönen Aussicht" wichtige Mitgliederversammlung. Referent der Gauführung anwesend.

Untergau Zeitz
Zeitz. Freitag, 22. Februar, Kameradschaftsversammlung 8 Uhr. 7 Uhr KPD.-Frkt.

Untergau Wittenberg
Wittenberg. Donnerstag, den 21. Februar, 20 Uhr, Ortsgruppen-Funktionärsitzung bei Kameraden Matz.
Piesteritz. Freitag, den 22. Februar, Versammlung im „Schützenhaus".

Untergau Sangerhausen
Bottendorf. Donnerstag, den 21. Februar, 20 Uhr, im Gasthaus „Zur schönen Aussicht" wichtige Mitgliederversammlung. Referent der Gauführung anwesend.

Untergau Delitzsch
Delitzsch. Freitag, 22. Februar, 20 Uhr, im „Lindenhof" wichtige Mitgliederversammlung. Vortrag: RFB. und Gewerkschaften. Referent zur Stelle. Jeder Kamerad hat zu erscheinen.

Rote Jungfront Halle-Merseburg

Alle Ortsgruppen und Abteilungen werden aufgefordert, die Jungfront-Sammellisten sofort zurückzusenden bzw. abzurechnen. Die Ortsgruppen und Abteilungen, die bis zum 1. März nicht abgerechnet haben, werde in der Presse veröffentlicht.
Halle. Abt. 1. Donnerstag, den 21. Februar, Arbeits- und Bastelabend 20 Uhr im „Braustübl". Leiter K. Kießling.
Halle. Abt 2. Donnerstag, den 21. Februar, 20 Uhr, im „Thüringer Schlößchen" Arbeits- und Bastelabend. Leiter K. Laue. Funktionäre eine Stunde früher.
Halle. Abt. 3. Donnerstag, den 21 Februar, 20 Uhr, im Lokal Polzin Arbeits- und Bastelabend Leiter: K. Dietrich.
Halle. Abt. 4. Donnerstag, den 21. Februar, 20 Uhr, im „Volkspark" Arbeits- und Bastelabend. Leiter: K. Brauisch.
Halle. Abt. 5. Donnerstag, den 21. Februar, 20 Uhr, in der „Goldenen Kette" Arbeits- und Bastelabend. Leiter: K. Heyl.
Wittenberg. Freitag, den 22. Februar, 19 Uhr, Abmarsch vom Gewerkschaftshaus zur Jugendversammlung in Piesteritz.
Wittenberg. Mittwoch, 20. Februar, 20 Uhr, Versammlung im Gewerkschaftshaus.
Piesteritz. Donnerstag, 21. Februar, 20 Uhr, Abteilungsabend im „Volksheim".
Weißenfels. Sonnabend, 23. Februar, 15 Uhr, Funktionärsitzung.
Weißenfels. Sonntag, 24. Februar, 10 Uhr, Versammlung in „Hermanns Garten".

Kommunist. Jugendverband Deutschlands

Bezirk Halle-Merseburg
Jugendsekretariat Halle a. d. S., Lerchenfeldstraße 14
Fernsprech-Nummer 21473

Mitteilung der UBL. Saalkreis. Sonntag, 24. Februar, vormittags 10 Uhr, im Jugendheim Ammendorf Wochenendkursus. Thema: Das Programm der Komintern. Alle Ortsgruppen des Saalkreises haben daran teilzunehmen, ebenfalls die Ortsgruppen Teutschenthal und Schwoitzsch.

Alle Ortsgruppen haben sofort betr. Rundschreiben Nr. 2 an die UBL. zu schreiben. Januar ist sofort abzurechnen. Fragebogen und Monatsprogramm für Januar fehlen. Dies sofort nachholen.

Unterbezirk Halle-Saalkreis
Halle. Gruppe Westen und Süden, Rote Jungfront und Sportler. Alle Mitglieder nehmen am Sonnabend, 23. Februar, 20 Uhr, im Saale der Produktiv-Genossenschaft und Sonntag, 24. Februar, pünktlich 9 Uhr, an der Jungarbeiterschule teil. Alle Genossen können Freunde mitbringen.
Halle. Donnerstag von 19 bis 20 Uhr Bibliothekstunde in der „Goldenen Kette".
Halle. Donnerstag Agitprop-Gruppe 20 Uhr „Volkspark".
Donnerstag, 21. Februar, 19 Uhr, UBL.-Sitzung in Ammendorf, Jugendheim, gemeinsam mit den Funktionären der Ortsgruppe Ammendorf.
Halle. Freitag 20 Uhr Beteiligung an der Veranstaltung des RFB. im großen Saale des „Volkspark": „11 Jahre Rote Armee." Eintritt für Lehrlinge und Erwerbslose 30 Pf. Mitgliedsbuch mitbringen. Gruppenabende fallen aus.
Halle, Gruppe Norden. Freitag 20 Uhr im „Volkspark" Gruppenabend: Berufsausbildungsgesetz.

Halle, Gruppe Zentrum. Freitag 19 Uhr Paradeplatz. Zehnerschaftsführer müssen einladen.
Ammendorf. Donnerstag, 21. Februar, 19 Uhr, Funktionärsitzung mit UBL.
Ammendorf. All Genossen haben an dem Wochenendkursus teilzunehmen. Papier und Bleistift ist mitzubringen.
Ammendorf. Freitag, 22. Februar, Funktionärsitzung.
Könnern. Donnerstag 20 Uhr Gruppenabend. Reichsjugendtag. Liederbücher mitbringen.

Unterbezirk Merseburg
Merseburg. Informationsabend heute in der „Stadt Leipzig".
Kötzschen. Freitag, 22. Februar, Gruppenabend. Thema: Jugendtag in Düsseldorf.

Arbeitsgebiet Schkeuditz
Schkeuditz. Donnerstag, den 21. Februar, Gruppenabend im Jugendheim. Thema: Unsere Gewerkschaftsarbeit.

Unterbezirk Weißenfels
Weißenfels. Donnerstag, 21. Februar, Gruppenabend im Jugendheim. Thema: Die sexuelle Frage.
Zeitz. Freitag, 22. Februar, im Jugendheim Aufstellung eines Arbeitsplanes.

Unterbezirk Nordhausen
Nordhausen. Mittwoch, 20. Februar, im Vereinshaus. Thema: Gewerkschaftsfrage.

Jung-Spartakus-Bund

Bezirksleitung Halle-Merseburg
Halle a. d. Saale, Lerchenfeldstraße 14

Halle. Mittwoch Süden „Thüringer Schlößchen", Zentrum u. Westen Produktiv.
Halle. Freitag Spielen Produktiv.
Halle. Sonntag 14 Uhr Hallmarkt.
Piesteritz, Zelle Lenin. Donnerstag, 21. Februar, von 18 bis 20 Uhr Arbeitsabend.
Ammendorf. Donnerstag, 21. Februar, Spielnachmittag.
Wittenberg. Donnerstag, 21. Februar, treffen sich 17.30 Uhr alle Pioniere beim Gen. Beck, Collegienstraße 62. Bleistift und Papier mitbringen.
Piesteritz, Zelle Hoelz und Luxemburg. Freitag, 22. Februar, Monatsversammlung.

Bund der Freunde der IAH

Landesverband Halle-Merseburg
Bureau: Halle, Gr. Steinstr. 16 Telephon 291 50
Postscheckkonto Leipzig 16379, Joh Höcker

Ammendorf. Donnerstag, den 21. Februar, 20 Uhr, in Langes Kino Filmaufführung „Dirnentragödie".
Dieskau. Donnerstag, den 21. Februar 20 Uhr im Lokal Frenzel Mitgliederversammlung Referent vom Landesvorstand ist anwesend.
Bitterfeld. Donnerstag, den 21. Februar, 20 Uhr, im „Volkshaus" Mitgliederversammlung Alles hat zu erscheinen.
Gleisen. Donnerstag, den 21. Februar, 20 Uhr, im Gasthof Bley, Ennewitz, Filmaufführung „Die Mutter".
Holzweißig. Freitag, 22. Februar, 20 Uhr, wichtige Versammlung im „Preußischen Hof", bei Bischoff, früher Häßer. Referent vom Landesvorstand: Genosse Hans Höcker. Jedes Mitglied ist verpflichtet, zur Mitgliederversammlung zu erscheinen.
Zschorndorf. Freitag, 22. Februar, 20 Uhr, im Lokal Dubielzig Filmaufführung: „Dirnentragödie."
Kemberg. Freitag, 22. Februar, 19 Uhr, in der Gastwirtschaft „Zur Weintraube" Filmaufführung: „Palast und Festung."

Internationaler Bund der Opfer des Krieges und der Arbeit (Deutsche Sektion)

Zeitz. Jeden Freitag 18 bis 21 Uhr Beratungsstunde in der „Händlerbörse".
Zeitz. Freitag, 22. Februar, 20 Uhr, bei Wagner Mitgliederversammlung.
Zeitz. Sonntag, 24. Februar, 10 Uhr vorm., bei Wagner Unterbezirkskonferenz. Referent: G. Krüger.

Wohin ruft mich die Pflicht?

Zentralverband der Zimmerer, Zahlstelle Halle. Sonnabend, den 23. Februar, pünktlich 19½ Uhr, im „Volkspark" Mitgliederversammlung. Thema: Der Reichstarifvertrag für das Baugewerbe und das Gesetz über Sonderfürsorge.

Werbt für den „Klassenkampf"

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019290220-19/fragment/page=0012

Klassenkampf

Kommunistisches Organ für den Bezirk Halle-Merseburg

Der „Klassenkampf“ erscheint jeden Werktag nachmittag, außer Sonn- und Feiertag. Bezugspreis: frei Haus monatlich 2,30 Mark; durch die Post bezogen 2,00 Mark ohne Zustellungsgebühr. Verlag und Druck: Produktiv-Genossenschaft für den Bezirk Halle-Merseburg, eGmbH. Halle, Lerchenfeldstraße 14

Mit der Illustrierten Arbeiter-Zeitung **Der Rote Stern**

Anzeigenpreis: 13 Pf. f. d. mm Höhe u. Spalte; 70 Pf. im Textteil. Fernrufe: (Red.) 21045. (Verl.) 21047, (Prod.-Gen.) 22251. Telegr.-Adr.: Klassenkampf Halle. Bankkonten: Commerz- u. Privat-Bank Halle; Friedmann & Co. Halle; Kreisbank d. Saalkreises, Halle. Postscheckkonto: Leipzig 106848 Fritz Kroh, Halle.

Einzelpreis 15 Pf. | Halle, Mittwoch, 20. Februar 1929 | 9. Jahrgang • Nr. 43

Spaltungsoffensive der Gewerkschaftsführer

DMV.-Bezirksleiter Rößler legt den kommunistischen Ortsverwaltungsmitgliedern schamlose Reverse vor — Gesinnungszwang und Spaltungsterror im Interesse der Koalitionspolitik

Betriebe, antwortet den Spaltern

durch geschlossenes Austreten unter Führung der Gewerkschaftsopposition

Halle, 20. Februar.

Ausgerechnet der „links“sozialdemokratische Bezirksleiter Rößler, Halle, hat im Auftrage der sozialimperialistischen Führer der SPD. den ersten Schlag zur Spaltung der freien Gewerkschaften durchgeführt. Der Mann, dessen ganze Tätigkeit seit seiner Gastrolle in der USPD. in nichts anderem besteht, als in der schmutzigsten Hetze gegen die Kommunisten, hat damit eine Aufgabe erhalten, die hundertprozentig der Rolle dieser linkssozialdemokratischen Phraseure entspricht. Im Auftrage des Hauptvorstandes des DMV. hat er nämlich sieben kommunistischen Genossen der Ortsverwaltung des DMV. Halle folgenden Revers zur Unterschrift vorgelegt, der in seiner Endkonsequenz auf nichts weiteres hinausläuft, als auf die Spaltung der Gewerkschaften. Der Revers lautet:

Das Dokument der politischen Erpresser

Erklärung, vorgelegt der hallischen Ortsverwaltung des DMV. auf Veranlassung des Hauptvorstandes durch Bezirksleiter Rößler

Unterzeichneter erklärt, daß er die Beschlüsse der Kommunistischen Internationale und der Zentrale der KPD. in der Gewerkschaftsfrage nicht anerkennt und sich dagegen wendet, falls Außenstehende oder Mitglieder des DMV. versuchen sollten, diese innerhalb der Organisation zu propagieren.

Für mich als Mitglied der Ortsverwaltung des DMV. ist nur maßgebend das Statut, Verbandstagsbeschlüsse sowie Anweisungen des Vorstandes und der Bezirksleitung. Gegenüber den letzten Beschlüssen der Kommunistischen Partei zur Betriebsrätewahl hebe ich ausdrücklich hervor, daß für mich der Beschluß des Verbandstages in Karlsruhe maßgebend ist, der die Beschlüsse des erweiterten Beirats von 1920, des Gewerkschaftskongresses in Leipzig von 1922 sowie vorhergehender Verbandstage bekräftigt.

Es ist mir bekannt, daß der Beschluß des Verbandstages zu Kassel zwingend vorschreibt:

a) Die Wahl der Betriebsräte muß nach einheitlicher freigewerkschaftlicher Kandidatenliste erfolgen.

b) Eine Organisation innerhalb der Organisation ist unzulässig und mit den Verbandsinteressen unvereinbar.

c) Kein Mitglied darf im Verband eine Tätigkeit ausüben, nach Anweisung von Stellen, die außerhalb der Organisation stehen.

d) Für die Einberufung von Gewerkschaftsversammlungen und Kongressen, Betriebsrätekonferenzen, Ortsausschüssen des ADGB. usw. sind zuständig die in den Statuten der Gewerkschaft vorgesehenen Organe.

Ich bin mir dessen bewußt, daß ein Verstoß gegen die Beschlüsse meinen Ausschluß aus dem Deutschen Metallarbeiterverband zur Folge hat.

*

Dieses schamlose Erpresserdokument kommt nicht von ungefähr. Es ist die konsequente Fortsetzung aller Versuche der reformistischen Bureaukratie, die Linksbewegung der Arbeiterklasse zu zersetzen, ihre wachsende Kampfkraft zu schwächen und die sich in den Betrieben unter Führung der Gewerkschaftsopposition immer mehr entwickelnde Einheitsfront der Arbeiterklasse zu zerstören.

Je weiter die sozialdemokratischen Führer nach rechts marschieren, je enger sie mit dem Staatsapparat der Trustbourgeoisie und mit dem Trustkapital selbst verwachsen, je mehr sie auch im Interesse des Unternehmerprofites auf die Verhinderung aller Wirtschaftskämpfe, der Bekämpfung jeder Lohnerhöhung und der Forderung nach Achtstundentag sich einsetzen müssen, je brutaler sie alle Forderungen der Erwerbslosen im Namen der Bourgeoisie bekämpfen, je intensiver sie die sozialimperialistische Wehrpolitik des neudeutschen Imperialismus betreiben, je brutaler müssen sie gegen die wachsende Opposition innerhalb der Gewerkschaften und besonders gegen die Führer dieser Opposition, die Kommunisten, vorgehen.

Daß dieser erste Schlag zur Spaltung der Gewerkschaften ausgerechnet im Deutschen Metallarbeiterverband, Ortsverwaltung Halle, geführt wird, hat ebenfalls seine Gründe. Die Metallarbeiterschaft von Halle ist trotz aller Versuche durch die Rößler und Konsorten, sie von unserer Führung loszulösen, ein festes Bollwerk im Kampf gegen den Reformismus geblieben. Gerade die gute proletarische Einstellung der hallischen Metallarbeiter hat in dem letzten Jahr das Organisationsverhältnis gestärkt. Viele hundert neue Mitglieder sind durch die Kommunisten dem Deutschen Metallarbeiterverband zugeführt worden. Parallel damit ging auch das Wachsen des Klassen- und Kampfbewußtseins, der entschiedene Wille, unter Führung der Kommunisten, den Reformismus restlos zu schlagen und den Arbeitermassen bessere Existenzbedingungen zu erkämpfen.

Gerade weil sich hier die Linksbewegung des deutschen Proletariats mit am schärfsten herausgebildet hatte, mußte hier zuerst der Schlag geführt werden. Den Rößler und Ko. kommt es dabei nicht darauf an, daß das zerstört wird, was von dem gesamten Funktionärkörper des Metallarbeiterverbandes in unendlich zäher und beharrlicher Kleinarbeit aufgebaut worden ist.

Weiter ist es besonders die hervorragende Bedeutung, die Mitteldeutschland im Kampf gegen die Trustbourgeoisie und gegen die Kriegsgefahr spielt, die die Reformisten veranlaßt hat, hier zuerst loszuschlagen. In der Ortsverwaltung Halle des Deutschen Metallarbeiterverbandes sitzen Kommunisten, die an der Spitze von Betrieben stehen, die morgen schon in riesigen Mengen Giftgase, Tanks, Munitionswagen, Granaten usw. für den Krieg herstellen können. Das mitteldeutsche Wirtschaftsgebiet wird bei dem kommenden Krieg eine entscheidende Rolle spielen und

die Entscheidung darüber, ob die mitteldeutsche Metallarbeiterschaft den Kriegskurs der Sozialdemokratie mitmacht oder den Bürgerkrieg gegen den Krieg erklärt, liegt im wesentlichen darin, wer die Gewerkschafts- und Betriebspositionen im Bezirk Halle-Merseburg in den Händen hält.

Durch diese Tatsache entlarvt sich dieses neue Spaltungsmanöver der Rößler u. Ko. als ein verbrecherischer Akt im Interesse der Vorbereitung des Krieges, denn nicht die Sozialdemokraten, die Daniel, ehemaliger Betriebsrat von Leuna, jetzt Merseburger Wohlfahrtsdirektor, Krüger, ehemaliger Gewerkschaftssekretär, jetzt Polizeipräsident von Weißenfels, Merseburg, Leuna, Zeitz, Waentig, Novembersozialist, bürgerlicher Professor und Nachfolger des „Schmiedes“ Hörsing, Beims, ehemaliger Holzarbeiter, jetzt reaktionärer Bürgermeister von Magdeburg, Claus, Goldstein, Stammer und Konsorten, werden das Proletariat zum Kampf gegen den Krieg aufrufen. Im Gegenteil, sie werden das Proletariat zum „Durchhalten“ veranlassen und die Kommunisten einsperren und verfolgen.

Heute spalten sie im Interesse der Politik der Trustbourgeoisie die Gewerkschaften, morgen werden sie noch offener jenseits der Barrikaden stehen und die Maschinengewehre gegen das Proletariat kommandieren, wenn es sich gegen den Kriegskurs des neudeutschen Imperialismus erhebt.

(Fortsetzung auf Seite 2)

Rundfunk-„Attentäter […]ht

(Eig. Meldg.) Berlin, 19. Februar.

In einem dichtbesetzten, für die Zuhörermassen viel zu kleinen Gerichtssaale des Schöffengerichts Neukölln wurde heute gegen die Genossen Dr. Karl Frank, Scherlinsky und Peuke wegen der

Entführung des „Vorwärts“-Redakteurs Schwarz

in der bekannten Rundfunkaffäre während des Panzerkreuzer-Volksentscheids verhandelt. Genosse Frank wurde zu 4 Monaten, die Genossen Scherlinsky und Peuke zu je 3 Monaten Gefängnis verurteilt. Außerdem erhielten die Genossen Frank und Scherlinsky je 20 Mk. Geldstrafe wegen unbefugten Waffentragens. Bei Genossen Frank wird die fünfwöchige Untersuchungshaft auf die Strafe angerechnet.

In der Urteilsbegründung wurde ausgeführt: Alle drei Angeklagten haben aus innerer politischer Ueberzeugung gehandelt. Obwohl jedoch die Angeklagten in der Person des Redakteurs Schwarz die Sozialdemokratische Partei treffen wollten, haben sie den Redakteur Schwarz durch Nötigung und Freiheitsberaubung persönlich getroffen. Das falle strafverschärfend ins Gewicht. Der Rundfunk sei ein besonders geeignetes Mittel zur Beeinflussung der Oeffentlichkeit; deshalb hat der Staat die Rundfunkverwaltung übernommen, deshalb war auch der „Anschlag“ auf den Rundfunk eine Verletzung der Staatsautorität! Eine Haftentlassung Franks, der der geistige Urheber der Rundfunkentführung gewesen sei, könne nicht stattfinden, auch könne Strafaussetzung nicht gewährt werden, weil die Angeklagten in ihrem Schlußwort erklärten, da[…] […]egehen würden, […]

Die drei […]sanwälten Dr. Apfe[…] […]handlungsvorsitz füh[…] […]ge vertrat Staatsan[…] […]lügeln des Gerichtsge[…] […]nnschaften in g[…] […] ungeheuerlicherwei[…] […]wie Rechtsanwalt D[…] […]handlung in einer du[…] […]de noch der Staatsan[…] […]nlaßt haben. Bei ihre[…] […]enossen ausführlich, […] […]warz bauend, die Entf[…] […]Unter großer Heiterkei[…] […]erlinsky dem Gericht […] […]warz während der Au[…] […]Schwarz habe schließli[…] […]ß-Zieten mitzunehm[…] […]Genosse Peuke bemerkt[…] […]bsicht gewesen, das bü[…] […]sentscheid zu bre[…] […]sich eingehend über di[…] […]lichen Klassenstaat u[…] […]SSR. und betonten[…] […]funks für den Volkse[…] […]ihrerseits dazu beitrag[…] […]en Imperialismus zu führen. […]nden nicht, die Genossen durch ständige Unterbrechungen […] Ausführungen über die politischen Beweggründe ihrer Tat zu hindern.

Gegenüber einem plumpen Versuche des Redakteurs Schwarz, die Kommunistische Partei als solche für die Entführungsaffäre verantwortlich zu machen, erklärten alle drei Genossen übereinstimmend, daß sie ihre Tat voll und ganz auf sich nehmen und von niemandem dazu „angestiftet“ worden sind.

Das Urteil ging bei Genossen Frank über den Antrag des Staatsanwalts, der für alle Angeklagte drei Monate Gefängnis beantragt hatte, noch hinaus. Mit diesem Urteil ist nunmehr die „Ehre“ der SPD. wieder mal gerettet! Es ist charakteristisch, daß die SPD. zur Wahrung ihrer „Ehre“ die Klassenjustiz anrief und daß die Klassenjustiz ihr bereitwilligst zur Hilfe eilte. Die Verurteilung unserer Genossen ändert jedoch nichts daran, daß die SPD. durch die ganze Angelegenheit schwer kompromittiert ist. Die mutige Tat der drei Genossen, die vor der Klassenjustiz stolz und freimütig als Kommunisten aufgetreten sind, wird der **Kommunistischen Partei die Sympathie wachsender Arbeitermassen sichern.**

Eine ganze Ortsverwaltung des BAV. abgesetzt

Der Spaltungskurs der reformistischen Bureaukratie

(Eig. Drahtm.) Essen, 20. Februar.

Vor einigen Wochen traten die Gewerkschaftsbureaukraten an die Ortsverwaltung der BAV.-Zahlstelle Zabernberg heran, um sie auf Grund der Entschließung der Bergarbeiterkonferenz aufzulösen und die Funktionäre ihrer Funktionen zu entheben. Jetzt hat der Hauptvorstand diesen Beschluß durchgeführt und die gesamte Ortsverwaltung abgesetzt. Für Sonntag, den 3. März, ist eine Versammlung anberaumt, in der die Neuwahl erfolgt. Die Bureaukraten lehnten ab, noch irgendwelche Untersuchungen oder Aussprache unter den Kameraden herbeizuführen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019290220-19/fragment/page=0013